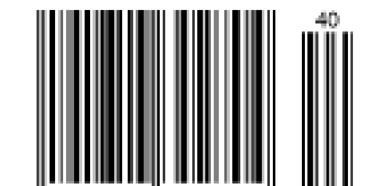
Die Mär von den reichen Deutschen, S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 40 – 6. Oktober 2017
Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro
ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Eingemauerte „Elite“: FDP-Chef Christian Lindner (l.) mit Grünen-Spitzenkandidat Cem Özdemir

Bild: pa

Die Unbelehrbaren

»Jamaika« würde die Kluft im deutschen Volk noch weiter vertiefen

Schwarz-Gelb-Grün mutet an wie ein Pakt des „reichen Deutschland“ gegen diejenigen, welche die Zeche zahlen sollen.

Dass hinter den Kulissen allem Anschein nach bereits um Ministerposten in einer schwarz-gelbgrünen Koalition geschachert wird, offenbart das ganze Elend einer völlig fehlgeschlagenen Aufbereitung des Wahlergebnisses. Die Dimension des Geschehenen und die Botschaft, welche Millionen Wähler am 24. September ausgesendet haben, werden nahezu völlig ausgeblendet.

„Jamaika“ würde die schmerzhaften Risse im Volk weiter vertiefen. Es ist ein Bündnis oben gegen unten und alte gegen neue Bundesländer. In jener Konstellation fände sich endgültig zusammen, was als schwarz-grüne Annäherung unter der Bezeichnung „Pizza-Connection“ bereits in den 90er Jahren die Fühler zueinander ausstreckte und nun durch die Liberalen komplettiert würde.

Die CDU müsste mittlerweile eigentlich bemerkt haben, wohin das führt: Mit ihrem scheinbaren Selbsterneuerungsplan zur „modernen Großstadtpartei“, die sich am linksgrünen Lebensgefühl orientiert, rauschte sie ausgerechnet in den großen Metropolen in den Keller. Wie etwa in Hamburg, wo sie im Februar 2015 auf 15,9 Prozent stürzte.

Aber ein Nachdenken setzte nicht ein. Stattdessen steuerte CDU-Chefin Merkel im selben Jahr Deutschland in die Asylkrise, entschied selbstherrlich, dass das Land ethnisch-kulturell rabiat verändert werde wie noch nie so gründlich in so kurzer Zeit. Die Deutschen wurden nicht gefragt. Diejenigen, welche die Wucht der Veränderung am härtesten treffen wird, die unteren und mittleren Schichten nämlich, fühlten sich überrollt. Überrollt von den wohlhabenden, vor allem westdeutschen Großstadtkultur-„Eliten“ – vom tatsächlich „reichen Deutschland“. Beiseite geschoben von der Kanzlerin und jenen, die ihren Kurs unterstützen und die in Politik, Medien, Wirtschaft, Kirchen, Verbänden sowie fast überall sonst den Ton angeben.

> Viele bisherige Wähler der Altparteien sind auf dem Sprung

Die Überrollten fürchten, dass sie die Zeche zahlen werden für diese Politik, ob über einen knapper werdenden Sozialstaat, neue Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, höhere Kriminalität oder auch „nur“ über ein dramatisch verändertes Wohnumfeld, ja, über die Veränderung ihres ganzen Landes, ohne dass sie je ihre Meinung dazu wirksam äußern konnten.

Der Erfolg der AfD war die explosionsartige Äußerung ihres grassierenden Unmuts. Doch niemand hört den aufgebrachten Menschen zu. Stattdessen scheinen sich jene „globalistisch“ orientierten „Eliten“ nur noch inniger einzumauern und sich zu ihrem Traumbündnis zusammenzuschmieden.

Dies wird die Entfremdung von einem wachsenden Teil des Volkes abermals beschleunigen. Eines Teils, der weit mehr Bürger umfasst, als es das Wahlergebnis der AfD offenlegt. Viele bisherige Wähler der Altparteien sind ebenfalls auf dem Sprung. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Unwürdig

Wenn zwei das Gleiche tun, ist es noch lange nicht das Selbe. Das Oberlandesgericht Hamm hat die Verurteilung eines ehemaligen Berufssoldaten wegen Volksverhetzung bestätigt. Er hatte bei Facebook mehrere Kommentare veröffentlicht, in denen er kriminelle Ausländer und Zuwanderer unter anderem als „Gesochse“, „Affen“ und „Pack“ bezeichnet hatte. Diese Wortwahl kommt einem bekannt vor, seit sich Spitzenpolitiker der sogenannten etablierten Parteien über AfD-Anhänger und friedliche Pegida-Demonstranten abfällig zu äußern pflegen. Zwar war bei denen nicht auch noch von Affen die Rede, dafür aber von „Mob“, „Nazis“, „Lumpen“ und „Arschlöchern“. Selbstredend hatte das keinerlei strafrechtliche Konsequenzen für Gabriel & Co. Anders im Fall des Soldaten: Das Amtsgericht Detmold verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 3750 Euro. Die Berufungsinstanz bestätigte das Urteil, weil das Vorgehen des Angeklagten geeignet sei, „den öffentlichen Frieden zu stören“ – die Voraussetzung für eine Verurteilung wegen Volksverhetzung.

Gesinnungsstrafrecht ist ein Merkmal repressiver Regime. Sie benötigen eine Strafrechtsnorm wie den Volksverhetzungs-Paragrafen, um Kritiker kriminalisieren und mundtot machen zu können. Der Paragraf 130 des Strafgesetzbuches bietet dafür die allerbesten Möglichkeiten. Durch zahlreiche Änderungen ist er mittlerweile so dehnbar geworden, dass er nicht nur das verfassungsmäßig garantierte Grundrecht der Meinungsfreiheit systematisch aushebelt, sondern staatlicher Willkür Tür und Tor öffnet. Er ist zu einem Gummiparagrafen degeneriert, mit dessen Hilfe „die Herrschenden“ gegen jeden, der eine ihnen missliebige Äußerung tätigt, vorgehen können. Das ist einer Demokratie unwürdig.

Hunderttausende bleiben

Bundesregierung nennt Asylzahlen zur Jahresmitte

Mitte des Jahres waren im Ausländerzentralregister (AZR) gut 40 500 asylberechtigte Ausländer registriert. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der Linkspartei hervor. Dabei entfielen die drei Hauptstaatsangehörigkeiten auf die Türkei mit knapp 11 000 Asylberechtigten, Syrien mit gut 6400 und den Iran mit 5800 Personen.

Die Zahl der zur Jahresmitte im AZR registrierten Menschen mit Flüchtlingsschutz betrug knapp 547 000. Hauptstaatsangehörigkeit war in diesen Fällen Syrien mit gut 300 000 Personen vor dem Irak mit über 94 000 und Afghanistan mit knapp 35 000.

Der Drucksache zufolge genossen am 30. Juni 152 000 Menschen subsidiären Schutz und somit eine Aufenthaltserlaubnis. Die Hauptstaatsangehörigkeiten waren hier die Syriens und die des Irak mit gut 112 000 beziehungsweise 12 000 Fällen, gefolgt von der Afghanistans mit knapp 8900 Fällen.

> Allein fast 550 000 mit Flüchtlingsschutz

In gut 54 000 Fällen wurde ein Abschiebungsverbot ausgesprochen, wovon unter anderem knapp 29 000 Afghanen, über 2600 Syrer und gut 2500 Somalier profitierten. Die Zahl der zum Stichtag im AZR erfassten Personen mit einer Duldung gibt die Bundesregierung mit knapp 160 000 an. Hauptherkunftsländer waren demnach Serbien mit knapp 14 000 Personen, gefolgt vom Kosovo mit knapp 11 700 und Albanien mit gut 10 400 Personen.

In einer anderen Antwort an die Linksfraktion nennt die Bundesregierung Zahlen für das zweite Quartal. Demnach lag die Gesamtschutzquote in diesem Zeitraum bei 42,3 Prozent. Hauptstaatsangehörigkeiten der Bleibeberechtigten waren laut Drucksache Syrien mit insgesamt 25 000 Fällen vor Afghanistan mit knapp 16 600 und dem Irak mit fast 11 900 Fällen. *J.H.*

Chaos droht

Deutschland auf den Familiennachzug nicht vorbereitet

Von Anfang 2016 bis Mai 2017 haben 43 000 syrische Staatsangehörige einen Aufenthaltstitel aus familiären Gründen erhalten. Das war in 26 500 Fällen der Nachzug von Kindern, in 13 900 der von Ehegatten und in rund 1600 Fällen der von Eltern gewesen. Das Auswärtige Amt gibt an, dass 2016 und im ersten Halbjahr 2017 Syrer rund 65 000 Visa zum Familiennachzug erhalten hätten. Es wird erwartet, dass die Zahl der per Familiennachzug nach Deutschland einreisenden Syrer bald deutlich steigen wird. Das Auswärtige Amt geht in einer „groben Schätzung“ davon aus, dass insgesamt zwischen 200 000 und 300 000 Familienmitglieder zu ihren aus Syrern und dem Irak stammenden Angehörigen nachziehen könnten. Die Schätzung gehen nach den Erfahrungen der letzten 20 Jahre von einem Kind pro Familie aus. Dass

> Bis zu 300 000 Nachzügler erwartet

allerdings in Syrien vier bis fünf Kinder pro Familie, in vielen Fällen noch mehr, der Normalfall sind und dass es trotz des Bürgerkrieges einen wahren Kinderboom gegeben hat, wird in den Schätzungen nicht erwähnt.

Die Wohlfahrtsverbände warnen vor einer Überlastung angesichts fehlender Wohnungen sowie fehlender Kita- und Schulplätze. Wenn der Familiennachzug nun für deutlich mehr Menschen erlaubt würde, droht Chaos. Dann kann es vorkommen, dass sieben Personen auf wenigen Quadratmetern leben müssen.

Zudem dürfte eine Ungerechtigkeit für Unmut bei anderen Ausländern und Aussiedlern sorgen: Während Asylberechtigte ihre Familien ohne Deutschkenntnisse nachholen dürfen, müssen Ausländer, die zu ihrem Ehepartner nach Deutschland ziehen wollen, diese schon vor der Einreise nachweisen. Daran ist im letzten Jahr fast ein Drittel der nachzugswilligen Ehepartner gescheitert. *B.B.*

MELDUNGEN

Fabritius verliert sein Mandat

Berlin – Bernd Fabritius (CSU), Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), wurde nicht wieder in den Deutschen Bundestag gewählt. Der BdV-Vizepräsident Stephan Meyer (CSU) hingegen hat das bayernweit zweitbeste und zugleich bundesweit drittbeste Erststimmenergebnis erzielt und wird für den Wahlkreis Altötting weiterhin dem Parlament angehören. Eine Niederlage musste auch der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Brähmig, hinnehmen. Er verlor seinen Wahlkreis an die AfD-Vorsitzende Frauke Petry und scheidet nach 27 Jahren aus dem Bundestag aus. Wilhelm von Gottberg, ehemaliger Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, wurde über die Landesliste der AfD in den Bundestag

Nordstaaten am sozialsten

Hamburg – Das Beratungsunternehmen Deloitte hat die weltweite Entwicklung von Staaten bezüglich sozialer Gesichtspunkte analysiert. Demnach belegt Dänemark Platz eins, gefolgt von Finnland, Island und Norwegen. Deutschland ist erstmals mit Rang 13 in der Spitzengruppe mit dem höchsten sozialen Fortschritt vertreten. Im Vergleich zum Vorjahr klettert die Bundesrepublik um zwei Plätze nach oben. In den Hauptkategorien Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse, Grundlagen des Wohlbefindens sowie Chancen und Möglichkeiten erreicht Deutschland jeweils Plätze unter den 15 besten Nationen. Die Kategorien berücksichtigen Faktoren wie die Verfügbarkeit bezahlbaren Wohnraums, persönlicher Sicherheit und Freiheit, Zugang zu Trinkwasser oder Bildungsmöglichkeiten. In Umweltfragen nimmt Deutschland den fünften Platz ein. *J.H.*

Dem deutschen Wald geht es gut

Berlin – Die Waldfläche in Deutschland beträgt insgesamt mehr als elf Millionen Hektar und damit 32 Prozent der Landesfläche. Die Flächenveränderungen fallen laut Waldbericht 2017 gering aus. Der Wald wird von vier Baumarten geprägt: Die Fichte stellt mit rund 2,8 Millionen Hektar und 25 Prozent der Waldfläche die häufigste Baumart dar. Allerdings ist ihr Anteil mit minus acht Prozent rückläufig. Die Kiefer folgt mit 2,4 Millionen Hektar und 22 Prozent der Waldfläche und verzeichnet einen Rückgang von drei Prozent. Dritthäufigste Baumart ist die Buche mit rund 1,7 Millionen Hektar und 15 Prozent Waldflächenanteil. Ihre Fläche hat um sechs Prozent zugenommen. An vierter Stelle steht die Eiche mit 1,1 Millionen Hektar und zehn Prozent der Waldfläche bei einem Flächenzugewinn von sieben Prozent. Das Durchschnittsalter der Bäume ist im Vergleich zum Jahr 2002 um viereinhalb Jahre auf 77 Jahre gestiegen. Dem Bericht zufolge befindet sich der Wald in einem guten Zustand, was die seit Jahrzehnten von Grünen und Umweltverbänden aufrecht erhaltene These vom „Waldsterben“ widerlegt. Die Wertschöpfung der Holzwirtschaft basiert mit 77 Prozent überwiegend auf Nadelholz. Heimische Laubbaumarten sind in ihren technologischen Eigenschaften nicht mit Nadelholz vergleichbar und Massenprodukte aus Laubholz im Baubereich kaum konkurrenzfähig und verfügbar. *J.H.*

Nato-Mitglied kauft russische Waffen

Die Türkei zieht das S-400 »Triumf« der »Patriot« vor – US-Senator Ben Cardin fordert Sanktionen

Vergangenen Monat unterzeichneten Russland und die Türkei den Vertrag über einen Rüstungshandel, gemäß dem ersteres letzterem zwei Batterien des Raketen-Abwehr-Komplexes S-400 „Triumf“ liefern wird. Das mobile allwetterfähige Langstrecken-Boden-Luft-Raketen-System zur Bekämpfung von Kampfflugzeugen, Marschflugkörpern sowie ballistischen Kurz- und Mittelstreckenraketen ist nach seinem technischen Standard weltweit allen konkurrierenden Systemen überlegen Die NATO reagiert darauf entsprechend betreten.

Kurz nachdem alles unter Dach und Fach war, erklärte Kremlberater Wladimir Koschin: „Der Vertrag ist unterzeichnet, sein Vollzug wird vorbereitet.“ Auf der anderen Seite bestätigte der türkische Präsident Recep Tay-yip Erdogan: „Unsere Freunde haben die Vereinbarung über das S-400-System bereits unterzeichnet. Meines Wissens haben wir auch schon eine Anzahlung geleistet. Der Prozess wird fortgesetzt durch die Vergabe eines Kredits von Russland an uns. Wir beide, Wladimir Putin und ich, sind in dieser Angelegenheit entschlossen.“

Was den Handel politisch derart brisant macht, ist, dass ein Nato-Mitglied in Russland ein Waffensystem einkauft. Die USA tragen daran auch einige Schuld, denn sie haben die Türken bei Verhandlungen über die „Patriot“-Raketen allzu lange hingehalten. Es ist in noch frischer Erinnerung, dass Deutschland der Türkei mit dieser Waffe ausgeholfen hat, was den türkischen Stolz verletzt hat. Die Hinwendung an Russland war so zumindest psychologisch vorbereitet.

Die erste Reaktion seitens der NATO auf diesen Handel sollte verschleiern, dass man es hier mit einer Katastrophe zu tun hat. Man mache sich Sorgen, so hieß es etwas einsilbig, ob die russische S-400 mit der Ausrüstung der NATO technisch kompatibel sei. Es sei nämlich „generell eine gute Idee“, so hieß es im US-Verteidigungsministerium, wenn die NATO-Mitglieder vollständig kompatibles Material kauften. Das ist freilich eine Frage ganz am Rande, und wenn die russisch-türkische Annäherung keine anderen Aspekte aufwiese, so wäre dieses Problem nicht der Rede wert.

> Der Eklat zeugt von einer vielschichtigen Verstimmung Ankaras über Washington

Wie indes die Reaktion im politischen Washington wirklich aussieht, zeigt der Vorstoß des demokratischen Senators Ben Cardin, eines Schwergewichtes im Außenpolitischen Ausschuss. Er fordert, dass die USA Sanktionen gegen die Türkei beschließen sollten. Cardin beruft sich dabei auf ein erst kürzlich verabschiedetes Gesetz, das Sanktionen gegen alle Länder vorschreibt, die erhebliche Geschäfte mit Verteidigungs- und Aufklärungs-Einrichtungen in Russland tätigen. Dass sich diese Vorschrift als erstes gegen einen NATO-Partner richten könnte, war nicht vorherzusehen. Die USA, so Cardin weiter, sollten auch überlegen, ob eine weitere Mitgliedschaft Ankaras in der Nato überhaupt noch sinnvoll sei. Solange der Nordatlantikpakt besteht, hat es eine derartige Lage noch nicht gegeben.

In Ankara reagierte Erdogan prompt und gewohnt scharf auf die Stimmen in den USA. „Unsere Vereinbarung zur Lieferung von S-400“, so erklärte er, „hat die USA wütend gemacht. Wie wollen sie es haben? Müssen wir etwa auf sie warten? Wir ergreifen selbstständig alle notwendigen Maßnahmen zur Gewährleistung unserer nationalen Sicherheit und werden das auch in Zukunft so halten.“

Erdogans Grimm ist leicht zu erklären, denn dass er keine US-amerikanischen Abwehrraketen bekommen hat, ist nur die eine Seite. Denn gleichzeitig haben die USA Waffen an die Kurden in Syrien geliefert, was Erdogan auf das Tiefste erbittert hat. Außerdem wirft er den US-Amerikanern vor, dass sie ihm seinen Feind Fethullah Gülen nicht ausliefern, dem er anlastet, den Putsch im vorigen Jahr verursacht zu haben. Man sieht hieraus, dass es nicht die Sorge um die Kompatibilität von Waffen ist, die den inneren Zustand der NATO und im speziellen das Verhältnis der USA zur Türkei bestimmt.

Konstantin Siwkow, Dozent an der Russischen Akademie für Artilleriewesen, beschäftigte sich in einem Pressegespräch auch mit den politischen Folgen des S-400-Handels. Ankara, so seine Meinung, habe begonnen, sich nach Russland statt nach der NATO auszurichten: „Die Türkei hat sich fest dazu entschlossen, die russischen S-400-Systeme zu erwerben. Der Vertrag ist unterzeichnet, Ankara wird diese Raketensysteme erhalten. Dies bedeutet, dass die Türkei sich in militärtechnischer Hinsicht nach Russland orientiert – nicht nach der Nato.“ Auch wenn Siwkow die Folgen der russisch-türkischen Annäherung wahrscheinlich überschätzt, so trifft er mit seiner Ansicht jedenfalls die schlimmsten Befürchtungen in Brüssel und in Washington.

Dazu kommt, dass Erdogan mit der S-400 weitaus besser bedient ist, als er es mit der „Patriot“ gewesen wäre. Die S-400 ist im Jahre 2005 eingeführt worden, die „Patriot“ ist 50 Jahre alt. Die S-400 reicht auf 400 Kilometer Dis-tanz, die „Patriot“ nur auf 45, die S 400 erfasst alles zwischen zehn Metern und 53 Kilometern Höhe, die „Patriot“ zwischen zehn und 15 Kilometern. Und das System S-400 kann noch manch anderes, was die „Patriot“ nicht kann. So ist es geeignet zur Bekämpfung von überschallschnellen Kampfflugzeugen, tieffliegenden Marschflugkörpern, extrem hoch fliegenden Maschinen wie denen von AWACS (Airborne Early Warning and Control System) oder JSTARS (Joint Surveillance Target Attack Radar System), sowie ballistischen Kurz- und Mittelstreckenraketen. Und Tarnkappenflugzeuge kann es auch erkennen.

Es ist also leicht möglich, dass die USA die Türkei mit Sanktionen belegen werden, ihrem letzten Mittel, bevor sie die Kavallerie losschicken. Doch die Sanktionen werden ebenso wenig bewirken wie in Nordkorea oder anderswo.

Florian Stumfall



Bild: sokolrusCF

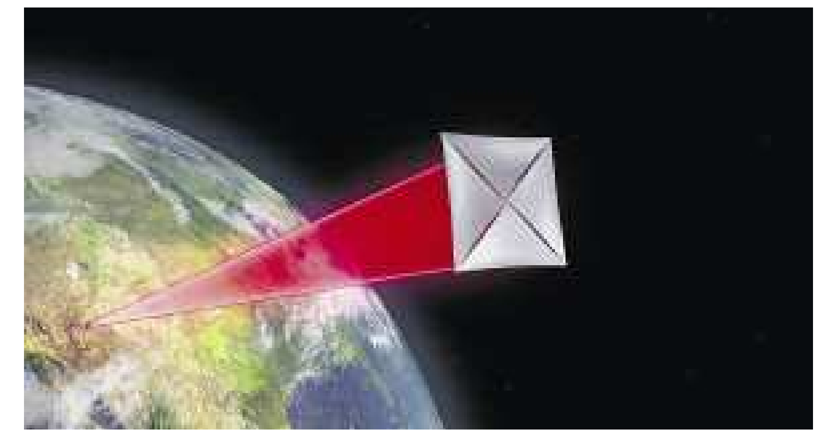
In vielerlei Hinsicht der älteren US-amerikanischen „Patriot“ überlegen: Das Raketen-Abwehr-System S-400 „Triumf“

Mit 60 000 Kilometern pro Sekunde durchs All

Existiert auf dem fernen Planeten Proxima Centauri B fremdes Leben? Eine Raumsonde soll es herausfinden

Ob Mars, Venus oder Pluto – die verschiedensten Planeten unseres Sonnensystems erhielten schon Besuch von Raumsonden der Erde. Für eine Visite bei Planeten außerhalb des Sonnensystems reichte menschliche Technik bislang allerdings nicht. Das möchte der Astrophysiker Avi Loeb von der amerikanischen Harvard Universität nun ändern. Mit seinem Wissenschaftler-Team entwickelte er ein Konzept, um bis zu Proxima Centauri B vorzustoßen. Das Aufregende: Er ist der nächstgelegene erdähnliche Planet, auf dem Leben existieren könnte. Er besitzt einen vergleichbaren Umfang und kreist nah genug um seinen Stern, so dass dort Wasser in flüssiger Form vorkommen kann. Beide Vorrausetzungen sind nötig, damit Leben, wie wir es kennen, entstehen kann.

Allerdings trennen den kosmischen Nachbarn runde vier Lichtjahre von unserem Sonnen-System. Anders gesagt, eine Raumsonde brauchte vier Jahre bis zum Ziel, wenn sie mit Lichtgeschwindigkeit fliegen würde. Davon war die irdische Raumfahrt-Technik bislang aber unendlich weit entfernt. Die schnellsten unbemannten Boten der Erde wie „Voyager“ oder „Pioneer“ bewegen sich mit höchstens 40 Kilometern in der Sekunde. Das Licht legt im selben Augenblick rund 300 000 Kilometer zurück, in Worten dreihunderttausend.



Leichtgewicht auf Langstreckenflug: Die Sonde soll nicht mal ein Gramm wiegen. Sie wäre 18 Jahre unterwegs Bild: pa

Die Megaentfernung von vier Lichtjahren schreckt Astrophysiker Avi Loeb nicht. Mit vorhandener Technik will der Wissenschaftler die fremde Welt erreichen. Deshalb lasse sich ein solches Vorhaben binnen Kurzem verwirklichen, wie der Forscher sagte. Die Kosten schätzt Loeb auf hundert Millionen Dollar. Arbeitstitel des ehrgeizigen Plans: Project Starshot, auf Deutsch: Schuss zu den Sternen.

Die Himmelstürmer von Harvard haben einen Entwurf erarbeitet, mit dem sie immerhin 20Prozent des Licht-Tempos schaffen wollen. Das wären 60 000 Kilometer in der Sekunde. Folglich könnte eine derart schnelle Sonde in 20 Jahren bei Proxima Centauri B sein. Um die Aufnahmen vom Vorbeiflug am Planeten zur Erde zu funken, würde es nochmal vier Jahre dauern. Somit erführen wir innerhalb einer Generation nach insgesamt 24 Jahren genauer, wie es dort aussieht. Für den Flug im Rekordtempo haben die amerikanischen Astrophysiker gegebene Voraussetzungen durchgerechnet und gekoppelt. Mit Hilfe energiereicher Laser soll das rasche Licht selbst den Flugkörper antreiben. Die Sonde ist zudem in extremer Leichtbauweise entworfen und wiegt kaum mehr als ein Gramm. Passende Mikro-Chips werden bereits in der Praxis verwendet. Zusammen wirken die Komponenten dann so ähnlich wie ein Spielzeug-Luftballon, den man nach dem Aufblasen unverschlossen loslässt. Dann fegt ausströmende Luft die leichte Kunststoffhülle so kräftig und schnell herum, dass man sie kaum mit den Augen verfolgen kann.

Um die geplante Sonde nicht mit einem Triebwerk zu belasten, soll eine Batterie starker Laser vom Boden aus in das Segel „pusten“ und innerhalb weniger Minuten in die Tiefen des Alls schleudern. Die einzige technische Herausforderung würde darin bestehen, ein Gewebe von etwa einem Quadratmeter Größe herzustellen, das fast nichts wiegt aber hinreichend haltbar ist, erklärt Projektleiter Loeb. Aber auch dafür haben die Forscher schlüssige Vorschläge unterbreitet.

Jetzt hoffen sie auf Förderer und Geldgeber. Die Wissenschaftler sind zuversichtlich. Hundert Millionen Dollar stellen zwar einen handfesten Betrag dar, aber gängige Erdsatelliten verschlingen ein Mehrfaches dieser Summe. Zudem ginge einzig die wiederverwendbare Infrastruktur von Project Starshot ins Geld. Die Laser-Werfer stünden aber auch für den Start weiterer Sonden zu anderen Himmelskörpern zur Verfügung. Der Planet Pluto am Rand des Sonnen-Systems wäre binnen Stunden erreichbar. Zum Vergleich die Sonde „New Horizons“ brauchte mit herkömmlichem Antrieb neun Jahre bis zum Pluto.

Auch an mehrmals nutzbaren Raketen, die einen ganzen Satz ultraleichter Sonden zum Abflug in eine Umlaufbahn bringen sollen, wird bei der Firma „Spacex“ des Raumfahrt-Technikers Elon Musk erfolgversprechend gearbeitet. Im Vergleich zur Infrastruktur würden die Kosten der Sonden kaum ins Gewicht fallen. Der Gewinn an Wissen wäre hingegen unschätzbar. Er könnte alles Dagewesene in den Schatten stellen, wenn tatsächlich Leben auf Proxima Centauri B entdeckt würde. *Volker Wittmann*

Die Mär von den reichen Deutschen

Selbst in den Euro-Krisenstaaten liegt das mittlere Vermögen höher

Viele Deutsche müssen für ihre Wohnungsmieten einen immer größeren Anteil ihres Einkommens aufwenden. In vielen anderen Ländern Europas führen steigende Preise auf dem Immobilienmarkt stattdessen zu einem Vermögenszuwachs der Privathaushalte.

Wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarischen Anfrage der Grünen-Fraktion hervorgeht, müssen fast vier von zehn Mieter-Haushalten in Deutschland mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für die Wohnungsmiete aufwenden. Rund jeder sechste Haushalt muss sogar Mietbelastungen von mehr als 40 Prozent für die Bruttokaltmiete schultern. Zugrundegelegt hat das Bundesbauministerium Zahlen für Gesamtdeutschland aus dem Jahr 2014.

Verbraucherschützer sehen eine Mietbelastung, die ein Drittel des Haushaltseinkommens übersteigt, als kritisch an. Ein hoher Mietanteil am Nettoeinkommen führt dazu, dass wenig für die übrige Lebenshaltung, aber auch zum Vermögensaufbau zur Verfügung steht.

Wie eine Untersuchung der Europäischen Zentralbank (EZB) aus dem Jahre 2016 belegt, haben die Deutschen schon jetzt deutlich weniger Vermögen als die Bürger anderer EU-Länder. Laut den EZB-Daten verfügt die Hälfte der deutschen Haushalte nach Abzug von Schulden über ein Vermögen unter 60000 Euro. Selbst die Euro-Krisenstaaten schneiden besser ab. Für Zypern ermittelte die EZB ein mittleres Vermögen von 170000 Euro, für Italien knapp 150000 Euro. Auch bei den Privathaushalten in Portugal und Griechenland fiel der Mittelwert höher aus. Das mittlere Vermögen steht für den Betrag, bei dem genau die Hälfte der Haushalte eines Landes mehr besitzt und die andere Hälfte weniger. Diese Berechnungsmethode gilt als aussagekräftiger als der Durchschnittswert, der durch besonders große Vermögen stark verzerrt werden kann.

Dass das Vermögen vieler deutscher Privathaushalte niedrig ist, liegt nicht zuletzt daran, dass die Deutschen trotz der EZB-Nullzinspolitik sehr stark auf Lebensversicherungen, Sparbücher und Festgeldkonten als Anlageformen orientiert sind. Im internationalen Vergleich ist hierzulande der Aktienbesitz und das Eigentum an Immobilien hingegen nur schwach entwickelt. Während 70 bis 80 Prozent der Italiener und Spanier und etwa 65 Prozent der Niederländer und Franzosen über Immobilieneigentum verfügen, liegt der Anteil hierzulande bei nur rund 40 Prozent. Die Folgen sind drastisch. Ein Anstieg der Immobilienpreise führt bei Immobilieneigentümern zu einem Zuwachs an Vermögen. Im Fall der „Mieternation" Deutschland bewirken die steigenden Mieten stattdessen in vielen Haushalten, dass weniger frei verfügbares Einkommen übrig bleibt.

> Ein Grund ist, dass Deutsche vergleichsweise selten in den eigenen vier Wänden wohnen, in Kombination mit der Nullzinspolitik der EZB

Grundlegende Änderungen an dieser Entwicklung sind bislang nicht in Sicht. In der Politik gibt es zwar Überlegungen, Instrumente wie das Baukindergeld wieder aufleben zu lassen, unter Branchenexperten gilt allerdings der Mangel an Eigenkapital als entscheidender Punkt, der in vielen Fällen einen Immobilienerwerb verhindert. Für Immobilienkredite wird vorausgesetzt, dass 25 bis 30 Prozent der Kaufsumme als Eigenkapital vorhanden sind. Viele Normalverdiener scheitern bereits an diese Hürde.

Obendrein hat sich die Politik bislang darauf fokussiert, mit Instrumenten wie der Mietpreisbremse oder dem sozialen Wohnungsbau den Anstieg der Mieten abzumildern. Die Erfolge sind bislang mäßig. Die von der schwarz-roten Bundesregierung im Jahr 2015 eingeführte Mietpreisbremse hat sich vielerorts als wirkungslos herausgestellt. Das Berliner Landgericht hat die Mietpreisbremse vor Kurzem sogar als verfassungswidrig eingestuft. Das Landgericht bemängelte, die ungleiche Behandlung von Vermietern in unterschiedlichen Städten verstoße gegen die grundgesetzlich garantierte Gleichbehandlung vor dem Gesetz.

Fraglich ist auch, inwieweit der soziale Wohnungsbau die Situation vieler Mieter lindern kann. Mit der Föderalismusreform im Jahr 2006 hat der Bund die Verantwortung für den Bau von Sozialwohnung an die Bundesländer abgegeben. Der Bund überweist zwar weiterhin Zuschüsse für den Wohnungsbau, allerdings gilt für die Mittel keine strenge Zweckbindung. Beachten müssen die Länder allenfalls, dass die Gelder für Investitionsmaßnahmen verwendet werden, aber dazu zählt neben Wohnungsmodernisierungen auch der Straßenbau. Entsprechend sieht der Umgang der Länder mit den Bundeszuschüssen aus. Bundesländer wie das Saarland und Mecklenburg-Vorpommern haben zum Beispiel in den Jahren 2013/2014 keine einzige Sozialwohnung gebaut. Zumindest nach den bisherigen Planungen wird der Bund seine Zahlungen für den sozialen Wohnungsbau ab 2020 sogar komplett einstellen. Gleichzeitig ist durch die Massenzuwanderung nach Deutschland ein immenser Zusatzbedarf an preiswerten Wohnungen entstanden. Bereits im Jahr 2016 hat das Marktforschungsunternehmen Empirica die Prognose aufgestellt, die Nachfrage werde bis 2020 deutschlandweit um 656000 zusätzliche Wohnungen steigen. *Norman Hanert*

Mietwohnungen sind typisch für Deutschland: Wohnsiedlung Marzahn Bild: Imago

MELDUNGEN

Mehrheit für klassische Rente

Nürnberg – Mit knapp 70 Prozent hält die Mehrheit der Deutschen das deutsche Rentensystem über den sogenannten Generationenvertrag für gerecht. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag von Easy-Credit hervor. Insbesondere Ruheständler, aber auch viele der unter 30-Jährigen halten das etablierte Umlageverfahren für gerecht, bei dem die Erwerbstätigen mit monatlichen Beiträgen die Renten für die bereits aus dem Arbeitsleben Ausgeschiedenen finanzieren und damit gleichzeitig einen Anspruch auf die eigene Rente erwerben. 29 Prozent der Befragten hingegen empfinden das derzeitige Modell als ungerecht. Das Wunsch-Renteneintrittsalter der liegt zwischen 60 und 63 Jahren. *J.H.*

(siehe Kommentar Seite 8)

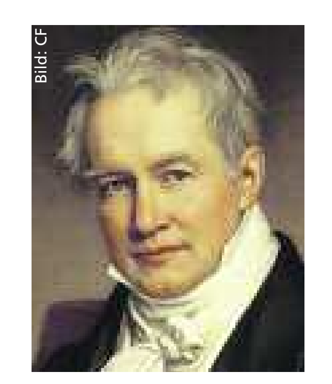
Roma und Sinti »gut integriert«

Heidelberg – In Deutschland leben nach Schätzung des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma etwa 70000 deutsche Sinti und Roma. Diese sähen sich selbst „als gut in die Gesellschaft integriert" Aus diesem Grund hält die Bundesregierung eine „nationale Integrationsstrategie" für diesen Personenkreis für unnötig. Auch für zugewanderte ausländische Zigeuner, die ein Recht zum dauernden Inlandsaufenthalt haben, sei eine nationale Integrationsstrategie nicht erforderlich, denn ihnen stünden – unabhängig von ihrer Ethnie – dieselben Integrationsprogramme offen wie anderen Ausländern. Genauere Angaben zu dieser ethnischen Gruppe können von amtlicher Seite nicht gemacht werden, da die Zugehörigkeit zu einer Minderheit „die persönliche Entscheidung eines jeden Einzelnen" sei, die „von Staats wegen nicht registriert, überprüft oder bestritten werde", so die Regierung. *J.H.*

»Zwerge« dürfen zur Polizei

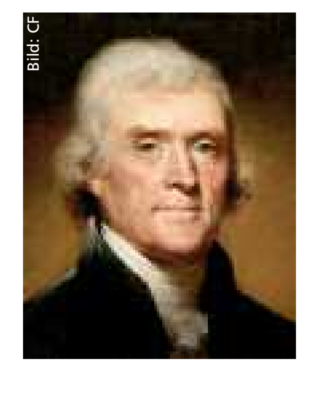
Münster – Das Oberverwaltungsgericht Münster hat die vorgeschriebene Mindestgröße von 1,68 Metern für männliche Bewerber für rechtswidrig erklärt. Der Zugang zum Polizeidienst in NRW dürfe allein von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung abhängen. *J.H.*

Zeitzeugen



Alexander von Humboldt – Der weitgereiste preußische Naturforscher beschrieb als Erster die Natur als einen Raum von Wechselwirkungen, einen Organismus des Lebens, in dem Pflanzen und Tiere voneinander abhängen. Er warnte davor, dass der Verlust einer einzigen Art eine Kettenreaktion katastrophalen Ausmaßes auslösen könne. Damit war er seiner Zeit weit voraus.

Rob Gosnell – Der Chef der Naturschutzbehörde auf der US-amerikanischen Pazifikinsel Guam bekämpft die invasive Braune Nachtbaumnatter aus der Luft mit vergifteten Mäusen. Zehn von zwölf Vogelarten sind der Schlangenart zum Opfer gefallen, ein ökologisches Desaster. Während des Zweiten Weltkriegs war die Natter aus Neuguinea mit Flugzeugen nach Guam eingeschleppt worden. Nun soll sie durch den Einsatz von Flugzeugen ausgerottet werden.



Thomas Jefferson – Den dritten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und Mitverfasser der Unabhängigkeitserklärung verband mit Alexander von Humboldt eine lebenslange Freundschaft. Anders als Humboldt vertrat Jefferson die Ansicht, dass es „die Haushaltung der Natur" nicht zulasse, eine ihrer Tierarten aussterben zu lassen.

Collin Angle – Zur Anwendung gegen die überhandnehmenden Rotfeuerfische in der Karibik, im Golf von Mexiko und an der US-Ostküste hat der Mitarbeiter einer auf Staubsauger spezialisierten Firma einen Roboter entwickelt. Die im Pazifischen Ozean heimischen Rotfeuerfische wurden von Aquarianern an der Atlantikküste ausgesetzt. Der Roboter betäubt den Fisch durch Elektroschock und saugt ihn anschließend in eine Röhre.



James Russell – Auf Neuseeland leitet der Ökologe ein Milliarden Euro teures, auf Jahrzehnte angelegtes Programm zum Schutz der gefährdeten endemischen Arten auf den Inseln des Landes. Ziel ist die 100-prozentige Ausrottung sämtlicher invasiver Wirbeltiere, die räuberisch leben, wie Ratte, Wildkatze und Hermelin. Es werden neuartige Technologien eingesetzt, so etwa für das schwierige Aufspüren der Eindringlinge.

Der fatale Kolumbus-Effekt

Der legendäre Entdecker schleppte Arten und Krankheiten über den Atlantik

Mit Kolumbus' Fahrten setzte ein nie dagewesener Austausch von Spezies und Krankheiten unter entfernten Kontinenten ein. Es war der Beginn einer überaus zweischneidigen Umwälzung, die bis heute andauert.

Vier Mal segelte Christoph Kolumbus 1492 bis 1504 im Auftrag der spanischen Krone über den Atlantik. Während er die Inselwelt der Karibik erkundete, wähnte er sich in Asien. Auf der Suche nach der Gewürzroute, dem noch nicht gefundenen Seeweg von Europa nach Asien, hatte der Genuese den westlichen Seeweg gewählt, da die Portugiesen ein Monopol für Entdeckerfahrten entlang der afrikanischen Küste beanspruchten.

Kolumbus hatte in den Schriften von Aristoteles und Seneca Hinweise auf ein Land jenseits des Atlantiks gefunden. Nach acht entbehrungsreichen Wochen auf See landete er am 12. Oktober 1492 vermutlich auf San Salvador (indianisch: Guanahani), einer Bahamas-Insel, erkundete anschließend Haiti und Kuba. Auf seiner dritten Reise suchte er entlang der venezolanischen Küste nach der Straße von Malakka, um zu den weiter südwestlich vermuteten Gewürzinseln vorzustoßen. Noch ahnte niemand, dass die Molukken-Inseln auf der anderen Seite der Erdkugel liegen.

Infektionen töteten 90 Prozent der Ureinwohner

Unterdessen erreichten die Portugiesen 1498 das indische Kalikut und brachten den lukrativen Asienhandel mit Waffengewalt unter ihre Kontrolle. In Spanien herrschte deswegen extreme Verunsicherung. Dennoch ließ Kolumbus bis zu seinem Tod im Jahr 1506 nicht von seiner Überzeugung ab, in Indien gewesen zu sein – „Indien" war seinerzeit die Bezeichnung für das gesamte südasiatische Gebiet. Die dort lebenden Ureinwohner nannte er Indianer.

Gewürze und Gewürzpflanzen waren in diesen Gegenden nicht zu finden. Außer kleineren Mengen Gold brachte er von seinen Überseereisen aber Tomaten, Paprika, Kakaobohnen und Mais mit nach Spanien. Diese und andere Nutzpflanzen wie auch die später nach Europa eingeführte Kartoffel fanden bei den spanischen Hoheiten aber nur eine geringe Wertschätzung. Zu groß war die Enttäuschung über das Ausbleiben der riesigen Goldschätze, die Kolumbus der spanischen Königin Isabella versprochen hatte.

Nach dem Tod des Seefahrers 1506 eroberten die Konquistadoren die riesigen Reiche in Mittel- und Südamerika. Damit wurde ein reger Austausch von Pflanzen und Nutztieren in Gang gesetzt, und es kam auch zur Übertragung von Krankheiten zwischen der Alten und der Neuen Welt.

Die Bevölkerungszahl der Indigenen schrumpfte rapide durch mörderische Ausrottung sowie vor allem durch die Krankheiten der Europäer wie Masern, Grippe, Pest und Pocken. Den indigenen Stämmen fehlten die Abwehrstoffe gegen diese Seuchen. Es kam zu einem Massensterben. Bis zum Jahr 1600 soll die Bevölkerung Mittel- und Südamerikas von ursprünglich etwa acht Millionen um 90 Prozent reduziert worden sein. Die Europäer wiederum schleppten die Syphilis von Südamerika nach Europa ein.

Die Bedeutung der historischen Ausbreitung von Tieren, Pflanzen, Bevölkerungsgruppen und Technologie zwischen Europa und Amerika beschrieb der US-amerikanische Historiker Alfred W. Crosby Jr. in seinem 1972 erschienenen Werk „The Columbian Exchange", („Der Kolumbus-Effekt"). Auf die Gegenwart angewendet, zielt der Begriff auf die Ausbreitung und Vermischung neuartiger landwirtschaftlicher Waren und Produkte aus Flora und Fauna zwischen der östlichen und der westlichen Hemisphäre.

Dagmar Jestrzemski

Schaden von jährlich zwölf Milliarden Euro

Mit der fortschreitenden Globalisierung der Märkte und der Zunahme des weltweiten Handels sowie des Fernreiseverkehrs wächst das Auftreten von Arten außerhalb ihres natürlichen Verbreitungsgebietes."

Diese Feststellung steht in der ersten EU-Verordnung zu „Prävention und Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten", die am 1. Januar 2015 in Kraft trat. Das bedeutet: Immer mehr Tiere, Pflanzen und Pflanzenparasiten werden in Verpackungen und Transportmitteln über weite Strecken in andere Gebiete befördert und breiten sich dort aus. In manchen Fällen sind absichtliche Freisetzungen die Ursache für ihre Verbreitung oder der Ausbruch von Heimtieren. Außerdem bewirkt der Klimawandel die Ausbreitung von wärmeliebenden Arten einschließlich Fischen in kälteren Regionen.

Im Zentrum der Verordnung steht eine Liste von etwa 80 invasiven Arten (Pflanzen, Tiere, Pilze). Im Gegensatz dazu verzeichnet das Bundesamt für Naturschutz allein für Deutschland 168 solcher Arten, die negative Auswirkungen haben. Teilweise sind sie in EU-Ländern heimisch, teilweise auf anderen Kontinenten. In fremder Umgebung fanden sie günstige Bedingungen vor und behaupten sich beispielsweise durch aggressives Verhalten wie die Nilgans oder der Waschbär als Allesfresser und Eierräuber. Es entstehen Schäden in ökologischer, ökonomischer oder gesundheitlicher Hinsicht.

EU ergreift Gegenmaßnahmen

Laut EU-Kommission beläuft sich der ökonomische Schaden in der EU auf neun bis zwölf Milliarden Euro jährlich. Erhebliche Verluste in der Land- und Forstwirtschaft verursachen Baumschädlinge wie der Asiatische Laubholzbock. Die aus Nordamerika eingeschleppte Beifuß-Ambrosie ruft schwere Allergien hervor. Zweck der EU-Verordnung ist die Eindämmung der nachteiligen Auswirkungen durch die gelisteten Tier- und Pflanzenarten. Verboten sind Haltung, Zucht, Transport, Tausch und das Freilassen dieser Arten in die Umwelt. *D.J.*



Eigentlich ein Nordamerikaner: Seit Mitte des 20. Jahrhunderts breitet sich der Waschbär in Deutschland aus

Bild: Imago

Hier Segen – dort Fluch

Wie der Regenwurm Amerikas Wälder zerstört hat

Mit der Besiedlung Nordamerikas durch die europäischen Kolonisten ging eine radikale Veränderung der Landschaft einher. Seit einigen Jahren sind sich die Forscher beispielsweise sicher, dass der von ihnen eingeschleppte Regenwurm (Lumbricus terrestris) das Vordringen der weißen Siedler auf bewaldetem Territorium der Indianer begünstigt hat.

Anders als in Europa, wo die Böden auf die Durchlüftung durch Regenwürmer angewiesen sind, hatte sich in Nordamerika seit der Nacheiszeit eine Lebensgemeinschaft von Pflanzen und Tieren auf Basis einer dicken, nährstoffreichen Bodendecke herausgebildet. Der Einfluss des Regenwurms fehlte, da diese Art außer in den südlichen USA infolge der Eiszeit ausgestorben war. Mit den europäischen Siedlern kehrten die Würmer zurück und breiteten sich aus, da sie auf keine natürlichen Feinde trafen.

Die in Europa so segensreichen Wühler schaden hier beträchtlich: Wo sie auftauchten, starben die Wälder binnen weniger Jahre ab. Zusätzlich schlugen die Siedler

Alte Symbiose von Pflanzen und Tieren wurde vernichtet

für den Haus- und Schiffbau die Wälder kahl. Rinderweiden ersetzten den Wald, Monokulturen den gemischten Ackerbau. Nach nur 150 Jahren war das nachhaltige Ökosystem der Indianer vernichtet.

Heute setzt sich diese Entwicklung fort, wie eine aktuelle Studie von Wissenschaftlern des Deutschen Zentrums für integrative Biodiversitätsforschung und der Universität Leipzig zeigt. Aus eigener Kraft kommen Regenwürmer nur einige Meter pro Jahr voran. Schneller geht es, wenn Autoreifen, Angler und Wildtiere deren Eier in andere Gegenden verbreiten.

Vom Staat New York über den Mittleren Westen und die Rocky Mountains bis zu den Bundesstaaten am Pazifik wird die über Jahrhunderte entstandene Bodendecke der Wälder abgetragen, wenn eingeschleppte Regenwürmer den Boden durchwühlen. Feuchtigkeit liebende Pflanzen verschwinden. Die Keimlinge der Bäume haben keine Chance, die ersten Jahre zu überstehen. Das Problem ist nicht auf die USA beschränkt, sondern zeigt sich auch in Australien und Gegenden der Südsee. *D.J.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Demokraten im Test

Schwere Schlappe für Rot-Rot-Grün: Berliner stimmen für Weiterbetrieb des Flughafens Tegel



Die Mehrheit der Berliner will, dass er bleibt: Der Flughafen Tegel im Westen der Hauptstadt

Bild: Imago

Berlins rot-rot-grünes Regierungsbündnis hat sich im Koalitionsvertrag für eine Stärkung der direkten Demokratie ausgesprochen. Nun bringt der Volksentscheid zur Offenhaltung des Berliner Flughafens Tegel den Senat in eine Zwickmühle.

Parallel zur Bundestagwahl konnten 2,5 Millionen Berliner am 24. September bei einem Volksentscheid über einen Weiterbetrieb des Stadtflughafens Tegel abstimmen. Das Votum der Wähler viel deutlich aus. Mehr als 56 Prozent stimmten für eine Offenhaltung. lediglich 41,7 Prozent sprachen sich für eine Schließung Tegels aus.

Als Reaktion auf den Volksentscheid sagte Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD): „Für mich ist die rechtliche Lage keine andere als vor dem Volksentscheid.“ Etwas entgegenkommender reagierte Wirtschaftssenatorin Ramona Pop. Die Grünen-Politikerin erklärte, der Senat nehme das Bürgervotum sehr ernst. Weiter erklärte Pop, Berlin wolle auf die anderen Gesellschafter zugehen und ausloten, ob diese bereit seien, die erheblichen finanziellen und rechtlichen Risiken eines Weiterbetriebs von Tegel gegebenenfalls mitzutragen.

Bislang will weder Rot-Rot-Grün in Berlin noch Rot-Rot in Brandenburg Tegel nach Eröffnung des neuen Flughafens BER weiterbetreiben. Als Anteilseigner der Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg (FBB) haben sich Berlin, Brandenburg und der Bund im Jahr 1996 auf ein sogenanntes Single-Airport-Konzept geeinigt. Demnach soll Tegel innerhalb von sechs Monaten nach dem Start des BER dichtmachen.

Befürworter wie Gegner einer Tegel-Offenhaltung haben im Vorfeld des Referendums eine ganze Reihe von Gründen für ihre Position anführen können: So ist unbestritten, dass der neue Großflughafen bereits zu seiner Eröffnung unter Kapazitätsengpässen leiden wird. Die FBB hat bereits einen Masterplan für eine 2,3 Milliarden Euro teure Erweiterung des noch nicht einmal fertiggestellten Großflughafens angekündigt.

> War »mehr direkte Demokratie« ein hohles Versprechen?

Insgesamt würden damit die Kosten von BER auf mehr als acht Milliarden Euro klettern. Die Ausbaupläne bergen allerdings noch mehr politische Brisanz. Bei einer Sitzung des BER-Sonderausschusses im Potsdamer Landtag wurde die Absicht deutlich, die massive Erweiterung ohne neues Planfeststellungsverfahren zu realisieren.

Der Berliner Senat kann sich in seiner Ablehnung einer Tegel-Offenhaltung auf den gemeinsamen Beschluss der Flughafengesellschafter Berlin, Brandenburg und Bund von 1996 berufen. Darüber hinaus führt die Berliner Landesregierung juristische Argumente an. So ist nach derzeitiger Rechtslage die Betriebsgenehmigung für den BER an eine Schließung von Tegel gekoppelt. Bereits vor dem Volksentscheid hatte Müller erklärt: „Wie das Votum auch ausgeht, die rechtliche Situation kann man nicht einfach so wegbeschließen.“

Unter Juristen ist inzwischen ein Streit entbrannt, ob dies tatsächlich das letzte Wort in der Angelegenheit ist. Der Volksentscheid ist für den Senat rechtlich nicht bindend, aber der klare Ausgang bringt insbesondere die Berliner SPD unter politischen Druck. Bei der Bundestagswahl fuhren die Genossen mit 17,9 Prozent ihr bislang schlechtestes Wahlergebnis in Berlin ein. Der gesamte rot-rot-grüne Senat musste zudem zur Kenntnis nehmen, dass seine Kampagne gegen den Tegel-Volksentscheid bei den Berlinern keinen Erfolg hatte.

Mit dem positiven Ausgang der Befragung steht überdies die Glaubwürdigkeit des Dreierbündnisses auf dem Spiel: SPD, Linkspartei und Grüne hatten erst Ende 2016 im Koalitionsvertrag erklärt, sie wollten die Bürgerbeteiligung stärken. Sowohl die Schlappe, die Müller beim Volksentscheid einstecken musste, als auch seine darauffolgende Reaktion liefern den Oppositionsparteien CDU, FDP und AfD politische Munition frei Haus.

So kann die Berliner AfD darauf verweisen, dass sie sich noch vor allen anderen Parteien sehr früh für eine Offenhaltung des Flughafens Tegel ausgesprochen hat. Gestärkt fühlen kann sich auch die Berliner FDP. Der Chef der Liberalen im Abgeordnetenhaus, Sebastian Czaja, fordert, der Senat solle das Ergebnis der Befragung nicht umdeuten und dem Willen der Wähler entsprechen. Bereits vor dem Volksentscheid hatte der FDP-Politiker von der Möglichkeit eines Abwahl-Referendums gesprochen, wenn der Regierende Bürgermeister Müller und der rot-rot-grüne Senat den Tegel-Entscheid nicht umsetzten.

Inzwischen melden sich aus Brandenburg kritische Stimmen. Ortwin Baier, Bürgermeister der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow, die in der Nachbarschaft des neuen Großflughafens liegt, sprach sich für eine radikale Kehrtwende beim Flughafenkonzept aus. Gegenüber dem „Tagesspiegel“ fordertder Sozialdemokrat die politisch Verantwortlichen auf, sie sollten „das Votum der Berliner ernstnehmen“ und endlich zugeben, „dass der BER eine Fehlentscheidung war“.

Norman Hanert

Berliner Groteske

Von Vera Lengsfeld

Fast eine Woche lang gab es in Berlin ein Schauspiel, nein, eine Schmierenkomödie, wie sie nur in der Hauptstadt von Absurdistan möglich ist.

Am Freitag, dem 22. September, besetzten etwa 100 Chaoten, die von den wohlwollenden Medien hartnäckig als „Aktivisten“ bezeichnet werden, die „Volksbühne“ am Rosa-Luxemburg-Platz. Sie erklärten diesen Akt der Nötigung zur „Kunstaktion“. Dem Intendanten wurde bedeutet, er könne sich zu den Spielstätten auf dem Tempelhofer Feld tummeln. Vom Kultursenator der Linkspartei, Klaus Lederer, verlangte man „Unterstützung“. Einen Plan hatten die „Aktivisten“ offenbar nicht. Als auf ihre Besetzung erst mal keine Reaktion erfolgte, weil der wachsweiche Intendant keine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs stellen wollte und der Senator ebenfalls untätig blieb, statt die Theaterleute, die an ihrer Arbeit gehindert wurden, zu verteidigen, wussten die Besetzer tagelang nicht weiter.

Sie veranstalteten Partys, Versammlungen, Abstimmungen, zeigten Filme und behaupteten, dass marxistische Seminare stattfänden. Was das alles mit Kunst zu tun haben sollte, wurden sie weder von den Medien noch von der Politik gefragt. Stattdessen wurde den Gentrifizierungskritikern ein ernstzunehmendes „Anliegen“ bescheinigt. Sie seien gegen steigende Mieten, knappen Wohnraum und soziale Verdrängung. In der Tat, so die „FAZ“, sei „die städtische Wohnungspolitik eines der drängendsten Themen unserer politischen Gegenwart“. Nur hat das alles nichts mit dem Theater zu tun, wo keine Wohnungspolitik, sondern im Idealfall Kunst gemacht wird.

In der viel zu langen Ägide von Frank Castorf war es allerdings eher Propaganda, die auf die Bühne kam. Es waren also eher Ideologiebeflissene, die seinen Inszenierungen huldigten. Warum der neue Intendant, Chris Dercon, so vehement abgelehnt wird, ist nicht recht zu verstehen, denn auch er ist linksideologisch verortet. Angeblich soll es den Besetzern um den „sozialen Zusammenhalt“ in der Stadt gegangen sein. Darf man fragen, wieso es für den sozialen Zusammenhalt förderlich sein soll, wenn man ein Theater zum Protestcamp umfunktioniert und die Künstler draußen bleiben müssen? Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. So boten die Besetzer großzügig ihre „Unterstützung“ bei der Suche nach geeigneten Proberäumen an.

Gegen die sich ausbreitende Langweile unter den „Aktivisten“ half die Teilnahme am gewaltsamen Protestspektakel gegen die Wahlparty der AfD auf dem nahen Alexanderplatz. Am Morgen danach begann die Tristesse sich unter den Besetzern weiter auszubreiten. Es wurden von Tag zu Tag weniger. Am siebten Tag packte das letzte Dutzend seine Sachen, um eine Anzeige zu vermeiden. Als Abschiedsgeschenk bekamen sie die unbegrenzte Nutzung zweier Räume im Theater zugesprochen. Auf die nächste Inszenierung darf man gespannt sein.

Doppelschlag für Woidke

SPD nur drittstärkste Kraft im Land – Rücktritt des Bildungsministers

Die CDU hat bei der Bundestagswahl mit 26,7 Prozent der Zweitstimmen in Brandenburg den ersten Platz geholt. Die seit 27 Jahren im Land regierende SPD fiel mit 17,6 Prozent der Zweitstimmen sogar hinter die AfD, die 20,2 Prozent bekam, und rutschte damit auf den dritten Platz. Die in Potsdam mitregierende Linkspartei kam mit 17,2 Prozent auf Platz vier.

Kaum, dass das Wahlergebnis vorlag, gab es den zweiten Schock für die Brandenburger Sozialdemokraten: den vollkommen überraschenden Rücktritt von SPD-Bildungsminister Günter Baaske – angeblich aus privaten Gründen und um sich mehr um seinen Wahlkreis Potsdam-Mittelmark kümmern zu können.

Nachfolgerin Baaskes soll die SPD-Politikerin Britta Ernst werden, bis zur Abwahl der SPD im Frühjahr Bildungsministerin in Schleswig-Holstein. Die von ihr bevorzugte Tätigkeit in gleicher Funktion in ihrer Heimatstadt Hamburg ist ihr verwehrt, weil der Senatschef Olaf Scholz ihr Ehemann ist.

Die CDU nutzt ihren Höhenflug und die markante Schwäche der SPD, um vorgezogene Neuwahlen in Brandenburg zu fordern. Diese würden eigentlich erst 2019 anstehen. Die rot-rote Regierung unter Führung von Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) sei „auch angesichts eines verheerenden Abschneidens bei der Bundestagswahl“ nicht mehr handlungsfähig, erklärte CDU-Fraktionschef Ingo Senftleben. Aus Sicht der CDU sei der Zeitpunkt gekommen, wo Woidke den Weg für Neuwahlen freimachen sollte. „Sonst drohen zwei Jahre Stillstand bis zur planmäßigen kommenden Landtagswahl im Jahr 2019“, begründete Senftleben die Forderung seiner Partei.

> Brandenburgs CDU fordert vorgezogene Neuwahlen

Der seit August 2013 amtierende Woidke reagiert auf die Wahlschlappe seiner Partei, den Rücktritt seines Bildungsministers und die Forderung der CDU nach Neuwahlen noch gelassen: „Wir arbeiten stabil.“ Bei der letzten Landtagswahl im September 2014 hatte die SPD noch 31,9 Prozent der Stimmen erreicht und damit die CDU, die ein Ergebnis von lediglich 23 Prozent einfahren konnte, klar auf den zweiten Platz verwiesen. An dritter Stelle lag die Linkspartei mit 18,6 Prozent, gefolgt von der AfD mit 12,2 und den Grünen mit 6,2 Prozent der Wählerstimmen. Angesichts der derzeitigen politischen Großwetterlage dürfte im Fall vorgezogener Neuwahlen eine Wiederholung dieses Ergebnisses ausgeschlossen sein.

Jan Heitmann

MELDUNGEN

Muslime in der Mehrzahl

Wien – In der Hauptstadt des katholisch geprägten Österreich besuchen mittlerweile mehr muslimische als katholische Kinder die Pflichtschulen. Nach Angaben des Stadtschulratsamtes stehen genau 31984 muslimische 29894 katholische Schüler gegenüber. Nur die Tatsache, dass 15531 Schüler ohne Religionsbekenntnis sind und 9985 Kinder der serbisch-orthodoxen Religionsgemeinschaft angehören, konnte verhindern, dass es eine absolute muslimische Mehrheit in den Wiener Pflichtschulen gibt. Die Demografie lehrt, dass die Verhältnisse, die jetzt an den Schulen herrschen, in 30 bis 40 Jahren auf die Gesamtbevölkerung zutreffen werden. Das bedeutet, dass die Muslime in wenigen Jahrzehnten in Wien in der Mehrzahl sein werden. *B.B.*

Keine Stütze für Abgelehnte

Bern – Die Schweizer haben sich in einem Referendum über die Änderung des Sozialhilfegesetzes mit deutlicher Mehrheit dafür ausgesprochen, dass Asylbewerber, deren Antrag rechtskräftig abgelehnt wurde, keine Sozialhilfe mehr erhalten sollen. Bisher standen ihnen umgerechnet 777 Euro im Monat zu. Statt dessen erhalten sie künftig aus der sogenannten Asylfürsorge nur noch 310 Euro monatlich. Auch erhalten die Kommunen mehr Entscheidungsfreiheit. Bisher finanzierte der Kanton einen großen Teil der sogenannten Integrationsmaßnahmen. Ab jetzt entscheiden die Gemeinden selbst, ob sie Deutschkurse, Qualifikationsmaßnahmen und Praktika für abgelehnte Asylbewerber finanzieren. Hierfür zahlt ihnen der Bund eine Pauschale. Die Krankenkassenprämien hingegen werden weiter vom Kanton übernommen. J.H.

Zentralafrika droht Genozid

Amnesty International beklagt die gezielte Tötung von Christen in dem gefallenen Staat

Schon seit Wochen warnen Experten vor einem neuen Genozid in Afrika, diesmal in der Zentralafrikanischen Republik, wo seit 2013, von Islamisten angeschürt, ein nicht mehr enden wollender Konflikt zwischen Christen und Muslimen schwelt.

Von Amnesty International (AI) stammt der letzte Bericht über die zunehmende interreligiöse Gewalt in der Zentralafrikanischen Republik. Zuvor hatten schon die UNO, Kirchenvertreter und andere Menschenrechtsorganisationen vor einem Völkermord gewarnt. Vor allem Christen würden in einigen Provinzen gezielt getötet, beklagt AI. Augenzeugen aus der Provinz Basse-Kotto im Süden des Landes berichteten AI von brutalen Überfällen auf die Zivilbevölkerung. Bei einem Massaker in der Stadt Alindao seien mindestens 130 Menschen getötet worden, viele Frauen seien oft vor den Augen ihrer Kinder brutal vergewaltigt worden.

In dem Land stationierte UN-Soldaten seien erst einen Tag zu spät und in nur geringer Zahl erschienen. AI rief die UN auf, das Mandat und die Ausrüstung der Mission in der Zentralafrikanischen Republik zu überprüfen. Offenbar seien die 11000 in dem Land stationierten Soldaten und 2000 Polizisten nicht in der Lage, die Zivilbevölkerung ausreichend zu schützen.

Bei den Tätern, die in Basse-Kotto wüten, handelt es sich um eine Terrorgruppe mit dem Namen „Union für den Frieden in Zentralafrika“ (UPC), eine Abspaltung der muslimischen Rebellengruppe Séléka. Die UPC besteht aus Kämpfern, für die Frieden und Gewalt keine Widersprüche sind. Sie sind mit ihrem Chef Ali Darassa Mahamat, der die rechte Hand des einstigen Rebellenführers Abdel Kader Baba-Laddé im Tschad war, nach Zentralafrika gekommen. Er wird hauptsächlich von dem nomadischen, muslimischen Hirtenvolk der Fulbe, das in vielen Staaten lebt, unterstützt, sodass der Konflikt neben der religiösen Dimension auch eine ethnische und eine internationale Komponente erhalten hat.

> Der Konflikt hat neben der religiösen Dimension auch eine ethnische und eine internationale Komponente

Die Vereinten Nationen wollen angesichts der zunehmenden Gewalt die Blauhelmtruppe in der Zentralafrikanischen Republik aufstocken. Die UN gehören zu denen, die seit Wochen vor einem drohenden Völkermord in dem Land warnen. Allerdings gibt es auch Berichte, dass vor allem UN-Soldaten aus muslimischen Ländern gemeinsame Sache mit der Séléka machen.



Die UNO möchte ihre Zahl in der Zentralafrikanischen Republik aufstocken: Blauhelme Bild: pa

Am bedenklichsten ist die zunehmend religiöse Aufheizung des Konflikts, der nach dem Sturz von Präsident François Bozizé im März 2013 durch die Séléka begann. Im Dezember 2015 verdrängte zwar eine internationale Eingreiftruppe unter Führung Frankreichs und später der UNO die Séléka von der Macht, aber diese rief im Norden unter Führung ihres „Emirs“ Nureddine Adam einen eigenen Staat mit dem arabischen Namen „Dar El Kuti“ aus. Seitdem kommt das Land trotz mehrerer Friedensabkommen nicht zur Ruhe.

Die Bevölkerung von Zentralafrika ist zu jeweils 40 Prozent katholisch und protestantisch sowie zu zehn Prozent muslimisch. Angesicht der religiös aufgeheizten Lage haben die katholische Kirche und Vertreter der Muslime einen verstärken Dialog unternommen.

Es wird behauptet, dass der Konflikt politische Gründe habe und im Zusammenhang mit der Ausbeutung der Bodenschätze des Landes stehe, vor allem der Blutdiamanten. „Wir wollten nie, dass die Anti-Balaka-Kämpfer sich als Christen bezeichnen. Sie sind Mörder und nichts anderes“, so Dieudonné Kardinal Nzapalainga, der Erzbischof von Bangui. Von muslimischer Seite fehlt eine solche Feststellung gegenüber den Séléka-Rebellen und der UPC.

2015 hatte es kurz so ausgesehen, dass ein Friedensvertrag hätte halten können, den die katholische Gemeinschaft Sant'Egidio vermittelt hatte, die bereits in Mosambik einen Friedensvertrag zwischen zwei christlichen Rebellengruppen vermittelt hatte. Der Papst, der im November desselben Jahres im Lande war, um das Heilige Jahr der Barmherzigkeit zu beginnen, konnte die Rükkkehr der Gewalt nicht verhindern. Der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick, der Vorsitzende der Kommission Weltkirche der deutschen Bischöfe, der fünf Tage lang in der Zentralafrikanischen Republik unterwegs war, hat nun berichtet, dass sich viele eine Rückkehr des Papstes wünschen.

Die Voraussetzung für eine Besserung ist ein funktionierender Staat, aber den gibt es seit 2013 nicht mehr. Es gibt keine Verwaltung, keine Schulen und keine Armee. Die Kirchen haben in einigen Bereichen wie Gesundheit und Schulen die Aufgaben des Staates übernommen, aber das reicht nicht. Dem 2016 gewählten Präsidenten des Landes, Faustin Archange Touadéra, werfen vor allem Zentralafrikaner in Frankreich Tatenlosigkeit, Passivität und Erfolglosigkeit vor. *Bodo Bost*

Vorbild für Deutschland

Der Sudan hilft Belgien bei der Identifizierung von Staatsbürgern

Erstmals hat eine Delegation aus einem afrikanischen Land einen EU-Mitgliedsstaat besucht, um dorthin immigrierte Landsleute zu identifizieren. Drei Beamte aus dem Sudan wurden nach Belgien eingeladen, um den dortigen Ausländerbehörden bei der Identifizierung von Landsleuten in Gefängnissen zu helfen Viele Immigranten aus Afrika beantragen in Belgien kein Asyl. Für sie ist die belgische Hauptstadt nur eine Durchgangsstation auf der Reise nach Großbritannien. Darunter sind neben Eritreern auch auffallend viele Sudanesen, die teilweise zu mehreren Hunderten im Brüsseler Nordviertel umherirren, während sie auf eine Chance zur illegalen Weiterreise nach Großbritannien warten. Dies ist den belgischen und Brüsseler Behörden ein Dorn im Auge. Die belgischen Behörden wollen die Bildung eines Lagers verhindern, das dem damaligen „Dschungel von Calais“ vergleichbar ist.

Die Präsenz einer sudanesischen Delegation, die mit der Identifizierung von Immigranten befasst wurde, löste einen politischen Aufschrei im Land aus. Mehrere Oppositionspolitiker warfen der Regierung die „Zusammenarbeit mit einer Diktatur“ vor. Sozialisten und Grüne verlangtem vom Premierminister Charles Michel von liberalen Mouvement Réformateur (MR), der gerade bei der UNO in New York war, um die Kandidatur Belgiens für ein nicht-ständiges Mitglied des Sicherheitsrates zu verteidigen, eine umgehende Erklärung. Die Zusammenarbeit zwischen Belgien und einer Diktatur sei ein Schande, sagte Jean-Marc Nollet von der grünen Partei Ecolo dem öffentlichen Radiosender La Première (RTBF) und sprach von einer „sehr ernsten Angelegenheit“. Ein Editorial in der flämischen Tageszeitung „De Morgen“ sprach gar

> Aus Khartum kam extra eine Delegation nach Brüssel

von einem „Pakt mit dem Teufel“. Innenstaatssekretär Theo Francken von der flämischen Nationalpartei, der für die Aktion verantwortlich ist, habe durch die Zusammenarbeit mit den sudanesischen Behörden vor einem Asylantrag eindeutig gegen geltendes Recht verstoßen, protestierte Alexis Deswaef, Präsident der Liga der Menschenrechte (LDH) von Belgien. Der Sudan sei „die schlimmste Diktatur“, so der Anwalt, der daran erinnerte, dass der sudanesische Präsident Omar al-Bashir durch einem Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gesucht wird. Viele der betroffenen Immigranten verließen eben wegen dieses repressiven Regimes ihr Land. Christen, Oppositionelle und demokratische Politiker, Journalisten und andere verschwänden oft auf Nimmerwiedersehen in der sudanesischen Hauptstadt. Belgiens Asyl- und Einwanderungsstaatssekretär Theo Franken entgegnete dazu, den betroffenen aufgegriffenen Sudanesen stehe frei, hier um Asyl zu bitten, falls sie in ihrer Heimat aus welchem Grund auch immer Verfolgung zu befürchten hätten.

Dass eine Delegation aus einem afrikanischen Land quasi nach Europa zitiert wird, ist neu in der EU. Stellt sich heraus, dass die aufgegriffenen Afrikaner aus dem Sudan kommen, wird ihnen von den belgischen Behörden ein „laissez-passer“ ausgestellt, mit dem sie in ihr Land zurückkehren können. Andernfalls droht ihnen Abschiebehaft. Bei Erfolg der Maßnahme in Brüssel könnte das Beispiel Schule machen, besonders in Deutschland, wo Zigtausende abgelehnte ausreisepflichtige Asylsucher aus aller Herren Länder auf die Feststellung ihrer Staatsangehörigkeit warten und in dieser Zeit dem Steuerzahler auf der Tasche liegen. *B.B.*

Schmiergelder aus Baku?

Schwere Vorwürfe gegen die Bundestagsabgeordnete Karin Strenz

Noch in den letzten Tagen vor der Bundestagswahl hatte die CDU-Bundestagskandidatin Karin Strenz in der Hafenstadt Wismar in Mecklenburg-Vorpommern einen gemeinsamen Wahlkampfauftritt mit Angela Merkel. Am selben Tag wurde nach Ermittlungen der „Süddeutschen Zeitung“ und des britischen „Guardian“ bekannt, dass Strenz, die ihr Bundestagsmandat verteidigen konnte, zwischen 7000 und 15000 Euro über eine Firma des ehemaligen CSU-Bundestagsabgeordneten und Lobbyisten Eduard Lintner für eine Tätigkeit für Aserbaidschan erhalten hat. Dies hatte sie auch in ihrer Bundestagsabgeordnetendatei angegeben. Darin hatte sie jedoch nicht gesagt, wofür sie dieses Geld erhalten hatte. Erst als sich Strenz weigerte, auf Presseanfragen zu antworten, entstand der Verdacht, dass es sich um Korruptionsgelder handeln könnte, wegen denen auch europaweit ermittelt wird. Lintner ist einer von mehreren prominenten Europäern, die große Geldsummen zum Zwecke der Geldwäsche von einem aserbaidschanischen Fonds erhalten haben. Er gibt die Zahlungen zu, sagt aber, dass er nicht persönlich davon profitiert habe und sich der ursprünglichen Quelle der Zahlungen nicht bewusst gewesen sei.

Es ist seit Langem bekannt, dass Aserbaidschans herrschende Elite fast drei Milliarden Euro an Staatsfondsgelder benutzt, um die Kritik an Menschenrechtsverletzungen im Lande mit einer Reihe von verdeckten Zahlungen an führende europäische Politiker zu unterbinden. Lintner erhielt mehr als 800000 Euro von Shell UK, einem Unternehmen, das stark im Ölgeschäft in Aserbaidschan engagiert ist. Ein Teil dieses Geldes wurde an andere Abgeordnete in Deutschland und Belgien weitergezahlt.

> Die Politikerin erhielt wiederholt Geld von Aserbaidschan

Die Zahlungen an Strenz in den Jahren 2014 und 2015 wurden über Lintners Firma Line M-Trade in der Kanzlei seines Nürnberger Anwalts abgewickelt. Es ist nicht bekannt, ob Strenz sich der Herkunft des Geldes, das sie empfangen hat, bewusst war.

Karin Strenz hat Aserbaidschan mehrmals besucht, auch als Wahlbeobachterin, und sie ist Vorsitzende der deutsch-südkaukasischen Freundschaftsgruppe im Bundestag. Sie hat ein Foto auf ihrer Website veröffentlicht – Slogan „Politik kann anders sein“ – mit dem Präsidenten Aserbaidschans, Ilham Aliyev. Strenz, eine ehemalige Sonderschullehrerin, ist seit 2009 Bundestagsmitglied. Sie steht nun unter dem Druck zu erklären, ob die Zahlungen ihr Abstimmverhalten in Berlin und in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der sie seit 2009 angehört, beeinflusst haben. Im Juni 2015 stimmte Strenz gegen ein Votum der Parlamentarischen Versammlung, die Aserbaidschan aufforderte, ihre politischen Gefangenen, zu denen eine Reihe kritischer Journalisten gehören, freizulassen. Sie war der einzige deutsche Vertreter, der gegen diese Resolution stimmte. Strenz hat auch als einzige Wahlbeobachterin ein positives Urteil über die letzten Parlamentswahlen in Aserbaidschan abgegeben, im Gegensatz zu allen anderen Beobachtern, die Kritik äußerten.

Vergangenen Monat trat der belgische liberale Politiker Alain Destexhe, einer der belgischen Beschuldigten im aserbaidschanischen Geldwäscheskandal von allen Ämtern im Europarat zurück. Der ehemalige Generalsekretär von Médecins Sans Frontières (Ärzte ohne Grenzen) war der Verfasser eines parlamentarischen Versammlungsberichts über Aserbaidschan, der die Menschenrechtssituation unerwähnt ließ. *B.B.*

Ausverkauf der deutschen Wirtschaft

Wie die Globalisierer die Spitzentechnologie aus Deutschland abziehen

Die scheidende Bundesregierung verlangt von der EU, Vorschriften zu erlassen, mit denen Firmenübernahmen durch chinesische Investoren erschwert werden (siehe *PAZ* Nr. 38). Dafür ist es aus deutscher Sicht höchste Zeit, denn der Ausverkauf ist längst in vollem Gange, vor allem im Spitzentechnologiesektor Deutschlands.

Die großen Kapitalgesellschaften sind längst international. Sie produzieren nicht nur weltweit, haben weltweite Zulieferer, sondern haben auch weltweit Anteilseigentümer. Mehr als 70 Prozent unserer DAX-Konzerne befinden sich mehrheitlich in ausländischer Hand, meist in US-amerikanischer. Ein vom Ausland beherrschter Konzern hat keine nationale Bindung mehr, hat keine Heimat, verlangt Globalisierung und Freihandel und vor allem Kapitalfreizügigkeit einschließlich der Steuerersparnis durch Steueroasen.

Dem internationalen Handel dieser globalen Konzerne verdankt Deutschland seine Exportüberschüsse. Diese Überschüsse wiederum sind nur dadurch erzielbar, dass Deutschland – meist öffentlich stark subventioniert – in Wachstumsbranchen wichtige technische Vorteile hatte oder noch hat. Verliert Deutschland solchen technischen Vorsprung, verliert es nicht nur seine Exportfähigkeit, sondern auch einen Teil des Wohlstandes des Landes.

In diesem Sinne sind die technologischen Wachstumstreiber der internationalen Konzerne nicht nur von der Eigentumsstruktur einer Kapitalgesellschaft her, sondern auch wegen ihrer Abhängigkeit von ausländischen Großmächten wie den USA oder China für Deutschland höchst gefährlich. In Deutschland ist es weniger als in anderen Ländern möglich, technischen Vorsprung geheim- und zurückzuhalten, weil die US-Amerikaner nach dem Besatzungsstatut das Recht haben, sämtliche deutschen digitalen und Informatiksysteme einschließlich aller Telefonleitungen und Mobiltelefonsysteme in Deutschland flächendeckend und total zu kontrollieren. Sie können also jede in Deutschland entstehende neue Technologie sofort durch ihre Spionagesysteme abgreifen und ihrer einheimischen Industrie weiterübermitteln. Oft weiß also die US-amerikanische Konkurrenzindustrie über neue Patententwicklungen eher Bescheid, als dass ein Patent in Deutschland erteilt ist. Wo die Totalspionage nicht ausreicht, werden sich technische Neuerungen durch Finanz- und Bestechungstricks angeeignet. Beispiel: Die ortungssichere U-Boot-Technologie der Kieler Howaldt-Werft, wo ein ungetreuer Vorstand mit Billigung der Bundesregierung angebliche US-amerikanische Übernahmewünsche durch Aushändigung aller Pläne und technischer Interna solange mitmachte, bis die Amerikaner alles hatten und an der Werft selbst nicht mehr interessiert waren.

Wie gefährlich eine Verlagerung der deutschen Produktion ins Ausland ist, hat vor Jahrzehnten die Fotobranche erfahren. Deutschland war in den 50er und 60er Jahren Weltführer bei Fotoapparaten. Dann wurde „wegen der billigeren Arbeitskräfte“ die Produktion nach Asien verlegt und nur noch in Deutschland verkauft, bis die japanische Konkurrenz die deutschen Modelle besser auf dem Weltmarkt anbot als die Deutschen selbst und die Marktführung an sich gerissen hat. Heute kaufen die Deutschen asiatische Fotoapparate statt deutscher.

> Am schlimmsten für Deutschland ist das Beispiel Airbus

Nach den USA und Japan ist nun China der große Technologieabsauger. Die Chinesen haben mehr als drei Billionen US-Dollar Guthaben, für die sie wahrscheinlich nichts mehr bekommen, wenn sie nicht rechtzeitig auf Sachwerte umsteigen. Sie kaufen deshalb in der ganzen Welt alles, was sie noch bekommen können, vor allem Technologie zu jedem Preis. In den USA können sie nicht einkaufen, weil die US-Regierung ein Sicherheits-Veto-Recht hat und dieses ständig ausübt. In Deutschland gibt es einen solchen nationalen Sicherheitsvorbehalt zwar auch, er wird aber nie genutzt, weil die globalisierungsfreundliche Bundesregierung darin eine „internationale Handelsbeschränkung“ sieht. So können die Chinesen in Deutschland ungehindert Hochtechnologie aufkaufen.

Ein Beispiel des Ausverkaufs deutscher Technologie ist der Erwerb der Aktienmehrheit an der international führenden Roboterfirma Kuka in Augsburg. Sie hat ihre Weltspitze mit vielen deutschen Subventionen erreicht. Nun, wo sie in chinesischem Eigentum steht, ist auch die Produktionstechnologie von Kuka für Deutschland verloren, sie wird systematisch nach China verlegt. In wenigen Jahren schon werden die Deutschen Roboter aus China kaufen, die Deutschland keinen Exportüberschuss mehr, sondern Exportdefizite bringen. Auch die deutschen Automobilfirmen haben erst nach China exportiert, wurden dann gezwungen, eigene Fertigungsstätten in China aufzubauen, haben damit die deutsche Technologie in mehrheitlich Chinesen gehörende Firmen eingebracht und werden in den nächsten Jahren gegen diese Firmen ihre heimischen Produkte immer weniger exportieren können, also den Exportmarkt verlieren.

Auch Siemens sieht die digitale Zukunft vor allem in China und verlegt sein globales Forschungszentrum für autonome Roboter in die Volksrepublik. Eigentlich ist folgerichtig nach dem Abzug der Kuka-Roboterführung, dass auch Siemens seine weltführende Roboterforschung nicht ohne heimische Produktionsanwendung halten kann, sondern seine Zukunftsforschung in das Land verlegt, welches auch die Robotertechnik erworben hat.

Am schlimmsten für Deutschland ist das Beispiel Airbus. Dieser vom Staat stark subventionierte Flugzeugkonzern hat – angeblich, um auf dem chinesischen Markt Fuß zu fassen – den Chinesen Produktionsanlagen für Airbus-Maschinen geliefert und aufgebaut, sodass die Chinesen heute schon eigene Konkurrenzmaschinen zu Airbus in eigenen Firmen mit der Airbus-Technologie bauen können. Es gehört keine Phantasie dazu vorauszusagen, dass in zehn Jahren Airbus nicht mehr nach China liefern kann, weil dort chinesische Airbus-Firmen den Markt beherrschen.

In allen Fällen hat der deutsche Steuerzahler die Zukunftstechnologien massiv aus den Steuern des Mittelstandes subventioniert und haben dann die internationalen Konzerne das Ergebnis dieser Subventionen und deutscher Technologie ins Ausland verlagert, verkauft oder dem Ausland sogar kostenlos überlassen. Die Bundesregierung sieht dies als normalen „Internationalisierungsprozess“ an und greift nicht ein.

Eberhard Hamer



Ein Spitzenprodukt nicht zuletzt deutscher Ingenieurskunst: Der Airbus A380 Bild: Roger Green/CF

MELDUNGEN

Familienfirmen sind zufrieden

Berlin – Nach einer Umfrage des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und der Deutschen Bank unter den größten Familienunternehmen in Deutschland bewerten immer mehr große Familienunternehmen die eigenen Aussichten optimistisch. 76 Prozent der Befragten schätzen die zukünftige Wirtschaftslage ihres Unternehmens als gut oder sehr gut ein. Damit ist dieser Wert das fünfte Jahr in Folge gestiegen. Von der nächsten Bundesregierung wünscht sich jedes zweite Familienunternehmen eine Stabilisierung der EU. Zentrale Sorge der größten Familienunternehmen ist ein Wiederaufkommen der Schuldenkrise (63 Prozent). *J.H.*

Gastronomen bezahlen schlecht

Berlin – Beschäftigte im Hotel- und Gaststättengewerbe verdienen deutlich weniger als die im produzierenden Gewerbe oder im Dienstleistungsbereich. Während der Bruttostundenlohn der anderen Berufsgruppen bei knapp 23 Euro liegt, werden den Hotel- und Gaststättenmitarbeitern nur 12,71 Euro gezahlt. Knapp 90 Prozent der Beschäftigten im Hotel- und Gaststättengewerbe waren im vergangenen Jahr unbefristet beschäftigt. Der Anteil befristeter Neueinstellungen lag bei 60 Prozent. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.977.851.084.453 €
Vorwoche: 1.977.821.147.341 €

Verschuldung pro Kopf:
24.041 €
Vorwoche: 24.041 €

(Montag, 2. Oktober 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Der Supermarkt der Zukunft

Das alte Konzept soll gegenüber Online-Handel und Discounter wettbewerbsfähiger werden

Vor wenigen Tagen feierte der Supermarkt in Deutschland seinen 60. Geburtstag. Was damals als untrügliches Zeichen einer Amerikanisierung galt, steht heute vor der Frage: Auslaufmodell oder Zukunftsprojekt?

47 Millionen Menschen haben im vergangenen Jahr in Deutschland Waren oder Dienstleistungen für private Zwecke über das Internet gekauft oder bestellt. Dies entspricht einem Anteil von 77 Prozent der Internetnutzer ab zehn Jahre. Und der Siegeszug des Online-Kaufs geht weiter – auch im Lebensmittelbereich. 28 Prozent aller Online-Besteller haben bereits Lebensmittel oder Getränke im Internet gekauft, 2012 waren es erst zehn Prozent.

Klar ist, der Tante-Emma-Laden hat ausgedient. Dort wurde man vom Personal bedient. Die Supermärkte haben die Selbstbedienung zum Programm gemacht. „Einen Einkaufswagen nehmen, selbst die Waren auswählen – das war 1957 ungewohnt für die Deutschen. Einige seien verwirrt gewesen und hätten sich erst gar nicht getraut, sagte Bernd Ohlmann vom Handelsverband Bayern gegenüber dem Bayerischen Rundfunk (BR). „Manche haben sich als Diebe gefühlt, als sie unbezahlt Artikel in den Einkaufswagen gelegt haben. Manche Supermärkte haben Verhaltensregeln an die Kunden rausgegeben.“

Heute wird der Lebensmittelhandel in Deutschland von den großen Supermarktketten Edeka und Rewe geprägt, die zuletzt erneut steigende Zahlen präsentieren konnten. Doch auch diese haben ihre Sorgen. Denn parallel zu den Supermärkten mit ihrem großen Warensortiment haben Niedrigpreisketten wie Aldi und Netto ihre Produktpaletten erweitert. Doch am meisten wird der Online-Handel das Einkaufsverhalten der Zukunft bestimmen. Spätestens seit der Internetgigant Amazon seinen Lebensmittellieferdienst Amazon Fresh auch in Deutschland gestartet hat, ist ein Wettlauf um die Marktführerschaft entstanden.

Michael Gerling, Geschäftsführer des Handelsforschungsinstituts EHI, sieht allerdings auch Probleme für die Online-Händler. „Online-Angebote werden im Lebensmittelhandel zwar immer wichtiger. Der Kunde erwartet das einfach“, erklärte er gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. Allerdings sei der Service teuer.

Gerling glaubt, dass die klassischen Supermärkte auch weiterhin eine Zukunft haben werden. „Das Gesicht des Supermarkts wird sich verändern. Im Supermarkt der Zukunft werden frische Produkte eine viel größere Rolle spielen.“ Denn Obst, Gemüse, Fleisch oder Käse wolle der Kunde sehen und erleben, bevor er sie kaufe. Andere Artikel wie Getränke würden sich immer mehr Menschen nach Hause liefern lassen.

> Vor 60 Jahren öffnete in Köln Deutschlands erster Supermarkt

In Deutschland arbeiten derzeit mehrere Hundert Forscher am Supermarkt der Zukunft. „Für Supermärkte ist es eine Herausforderung, eine angenehme Atmosphäre zu schaffen, die zum Kaufen animiert. Der Kunde soll sich länger im Supermarkt aufhalten und genau die Informationen bekommen, die für ihn relevant sind“, sagt Gerrit Kahl, Leiter des Forschungszentrums im saarländischen St. Wendel. Die Forscher entwickeln einen Supermarkt, der ohne Kassen auskommt, an der Kunden warten müssen. Der sogenannte Check-Out gelingt einfach per Smartphone oder Fingerabdruck. Das Vorbild kommt hierzu wieder einmal aus den USA. Im Supermarkt „Amazon Go“ im US-amerikanischen Seattle sollen Kunden sich gar nicht mehr an einer Kasse anstellen müssen. Greifen sie nach einem Produkt, wird das von einer Smartphone-App registriert. Verlässt der Kunde dann das Geschäft, erstellt die App automatisch die Rechnung. Bezahlt wird mit einem Klick per Online-Dienst. Fehlerfrei läuft das Modell bis heute aber nicht, weswegen eine flächendeckende Einführung verschoben wurde.

Und es gibt weitere Projekte, die in den unterschiedlichsten Forschungszentren getestet werden. So versucht man sich in St. Wendel derzeit an einer intelligenten Frischetheke, an welcher der Kunde per Fingerzeig genaue Produktinformationen angezeigt bekommt und auch direkt bestellen kann. Und in den USA kann der Einkaufswagen bei Walmart in naher Zukunft selbst fahren. Die amerikanische Supermarktkette arbeitet an dem Einkaufswagen für das Smartphone. Kunden schicken ihm ihre Einkaufsliste per App. Der Wagen navigiert sie zum richtigen Regal und scannt die Produkte, sobald der Kunde sie einpackt. „Das Einkaufsverhalten wird sich in den kommenden 15 bis 20 Jahren radikal verändern“, sagt Kahl. *Peter Entinger*

Bitcoin gefallen

Akzeptanz der Krypto-Währungen sinkt

Chinas Regierung hat spekulative Geschäfte mit noch nicht entwickelten Krypto-Währungen, sogenannte Initial Coin Offerings, verboten. Auch Russland will davon absehen, Krypto-Währungen in das staatliche Bankensystem aufzunehmen. Hatte das Land sich ursprünglich noch skeptisch gegenüber digitalen Währungen gezeigt und sogar mit Haftstrafen für deren Nutzung gedroht, führte der Erfolg des von einem russischen Jungprogrammierer geschaffenen Bitcoin-Konkurrenten Ether bei der Regierung geradezu zu einer zwischenzeitlichen Krypto-Euphorie. Die scheint nun nach einigem Nachdenken abzuebben.

Inzwischen schlägt die politische Skepsis in Eurasien auch auf den Handel mit der etabliertesten Krypto-Währung durch. An der in Luxemburg angesiedelten Hauptumschlagsstelle für Bitcoins, Bitstamp, fiel deren Gegenwert von rund 5000 US-Dollar Anfang September auf nur noch 3400 US-Dollar zwei Wochen später. Auch am chinesischen Bitcoin-Handelsplatz BTC China brach der Kurs um rund ein Drittel auf nur noch etwa 17 000 Yuan beziehungsweise 2600 US-Dollar ein. BTC China hat bereits jeden Zugang für Neukunden geschlossen und angekündigt, seinen Geschäftsbetrieb demnächst ganz einzustellen. Gerüchten zufolge plant Peking bis dahin sogar eine Schließung aller chinesischen Krypto-Handelsplätze. Nach Schätzungen werden 90 Prozent aller derartigen Geschäfte in China getätigt, so dass ein solcher Ausstieg den Markt platzen lassen würde.

Inzwischen werden auch aus den USA Stimmen laut, die vor Bitcoins warnen. Wirtschafts-Nobelpreisträger Robert Shiller, der zur Psychologie der Finanzmärkte forscht, sprach von der größten Spekulationsblase der Gegenwart. J.-P.-Morgan-Vorstand Jamie Dimon nannte den Bitcoin-Höhenflug einen Hype, der schlimmer als die niederländische Tulpenzwiebel-Euphorie des 17. Jahrhunderts sei, und prophezeite das baldige Ende des ungedeckten Zahlungsmittels. Dieses sei tatsächlich nichts anderes als ein gigantischer Betrug.

Seitens der Notenbanken wird man diese Entwicklung nicht ungern sehen, hilft sie doch bei der Ausschaltung einer höchst unliebsamen Konkurrenz. Inwieweit die etablierten Zahlungsmittel in jedem Fall besser als die hohlen Versprechen aus dem Computer gedeckt sind, ist allerdings eine andere Frage. *T.W.W.*

Hirngespinst

Von Hermann Paul Winter

Die Türkische Gemeinde Deutschland (TGD) steht an vorderster Front einer an Peinlichkeit und Unverfrorenheit kaum noch zu überbietenden Forderungskultur. Der Vorsitzende der Gemeinde, Gökay Sofuoglu, fordert nun allen Ernstes von den Parteien eine „Migrantenquote“ für Kandidatennominierungen bei Wahlen. Für einen als Integrationspionier umjubelten Mitarbeiter der Caritas eine sonderbare Auslegung innerparteilicher Demokratie. Kandidaten sollen nach seinen Vorstellungen von nun an durch Eingriffe im Sinne von Lobbyisten aufgestellt werden. Sofuoglu scheint der Auffassung zu sein, dass er sich um die Integration verdient macht, wenn er seinen Landsleuten Sonderrechte verschafft. Wie abwegig! In den türkischen Verbänden ist die Bedeutung von Integration seit Jahren durch ein verwirrtes Bild von Rechten und Pflichten kontaminiert.

In einem Interview mit dem Deutschlandradio Kultur im Jahr 2011 äußerte sich der damalige Vorsitzende der TGD, Kenan Kolat, er wolle den Begriff Integration abschaffen, denn dieser sage den Zuwanderern, sie müssten sich einbringen. In der Folge brachte die Kanzlerin den Begriff Teilhabe in den „Nationalen Aktionsplan Integration“ ein. Die Gesellschaft müsse eine „bestimmte geistige Offenheit“ entwickeln. „Integration“ sei nicht mehr zeitgemäß, vielmehr gehe es um Teilhabe, gab Merkel an.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass die Sofuoglus und Kolats bis heute nicht begriffen haben, was es mit Teilhabe auf sich hat, dann dürfte dieser mit dem Quoten-Hirngespinst Sofuoglus nun erbracht sein. Anders als im orthodoxen Islam folgt der Begriff im europäischen Wertekanon griechischen und christlichen Wurzeln: Platons Satz „... sich gegenseitig Anteil geben an dem Nutzen, den jeder Einzelne für das Land bringen kann ...“ bindet Teilhabe ebenso an Selbstentfaltungs- und Pflichtwerten wie der biblische Satz „Einer trage des Anderen Last“. Sofuoglus übrige erhobene Forderungen sprechen Bände. Er wolle die freie Visavergabe an Türken. Nicht um Immigranten im Allgemeinen geht es ihm also, sondern lediglich um seine muslimischen Landsleute. Diesen möge man obendrein einen Bundesbeauftragten gegen Rassismus und Rechtsextremismus zur Seite stellen.

Forderungsrituale führen nicht zu Teilhabe

Selbstentfaltung ja, Pflichten nein: Sofuoglu hat bis heute nichts gegen den Rassismus in den eigenen Reihen unternommen. Seit Jahren tauchen regelmäßig Berichte von türkischen rassistischen Ausfällen gegen Afrikaner auf. Auch der Kurdenkonflikt trägt rassistische Züge. Und: Ist Sofuoglu jemals gegen den türkischen Rechtsextremismus eingeschritten, allen voran gegen den der Grauen Wölfe, deren Hass und Hetze gegen Christen, Juden und Armenier sich in Deutschland seit Jahren offen ausbreitet?

Wie der ungezügelte Moscheebau und das gezielte Verschanzen in Parallelwelten führen die Forderungsrituale der türkischen Verbände zu allem anderen als zu tatsächlicher Teilhabe.

Vorsätzlicher Betrug

Von Eberhard Hamer

Jahrtausendelang waren die eigenen Kinder und das angesammelte Vermögen die Alterssicherung. Weil das Vermögen von Millionen Menschen durch den Zweiten Weltkrieg zerstört war, hat man in der Bundesrepublik ein neues gesetzliches Rentensystem auf zwei Säulen aufgebaut: der Regenerationsrate, die als konstant unterstellt wurde und der Zwangsbeiträge auf den Faktor Arbeit, die im Umlageverfahren die Rente finanzieren sollten.

Die Sozialpolitik hat aber im Laufe der letzten Jahrzehnte die Regenerationssäule ständig reduziert. Wer Kinder hatte, bekam nicht mehr Rente, sondern in der Regel weniger, weil nur einer im Haushalt verdienen konnte. Doppelverdiener ohne Kinder und Alleinstehende bekommen dagegen volle Renten aus den Abgaben der Kinder der anderen. Kurz gesagt: Wer sich um Kinder statt um Einkommen kümmert, wird mit weniger Rente bestraft.

Wenn die Leute keine oder nur noch wenige Kinder haben, musste sich die Bevölkerungsstruktur in Deutschland von einer jungen zu einer alternden Bevölkerung umkehren. Statt dass wie früher drei Erwerbstätige einen Rentner zu finanzieren hatten, liegt das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern schon jetzt bei nur noch 63,6 zu 36,4 Prozent, müssen also etwa zwei Erwerbstätige einen Rentner tragen.

Wahlversprechen von der sicheren Rente nicht haltbar

Eine Lösung des Rentenproblems erhoffen sich die Sozialpolitiker durch bessere Umverteilung. Einig sind sie sich indes nur darin, dass die derzeitige Abgabenquote von 40 Prozent Sozialabgaben der Beschäftigten nicht mehr wesentlich erhöht werden kann. Schon jetzt liegt die finanzielle Grenzbelastung der Erwerbstätigen bei über 50 Prozent des Einkommens. Wenn die Sozialabgabenquote nicht mehr weiter steigen kann, sind die Erwerbstätigen nur weiter auszubeuten, indem man sie länger zur Arbeit zwingt.

Die EU wiegelt ab. Dort ist klar, dass ein kommender Rentencrash nicht nur ein deutsches, sondern ein Problem aller europäischen Länder sei. Sie will deshalb eine Sozialunion mit gemeinsamen Renten, wobei sie nicht sagt, ob die Länder mit Frühverrentung – Beispiele sind hier Luxemburg und Belgien mit 60, Frankreich mit 61, Griechenland mit 62 und Italien mit 63 Jahren Renteneintrittsalter – dann die gleiche Renten haben sollen wie etwa die Deutschen, die erst mit 65 oder 67 Jahren in Rente gehen dürfen. Voraussichtlich wird so wieder Deutschland wie bei der Schulden- und Finanzunion auch bei der Sozialunion die Zeche für die noch unsolideren Sozialsysteme der anderen EU-Länder zahlen müssen, würde die von der EU gewünschte Sozialunion doch die deutschen Renten drastisch senken.

Das Versprechen aller Bundestagsparteien vor der Wahl, man könne die Renten auf Dauer stabil halten, ist also vorsätzlicher Betrug und schon unter den bisherigen Verhältnissen nicht haltbar.



Hilflose Demonstration: Senioren protestieren in München gegen Rentnerarmut

Bild: pa

Gegenwind



Die hehre Theorie vom Parlamentarismus

Von Florian Stumfall

Die Wahl ist vorbei, ein „Hochfest der Demokratie“, wie man so sagt, der neue Bundestag kann sich konstituieren, immerhin die Vertretung des Souveräns, des Volkes, wie es im Grundgesetz heißt, ein Ereignis von großer Würde und hoher Bedeutung. Das Volk hat gesprochen, und seine Stimme soll nun im Hohen Hause erklingen, jedenfalls nach der hehren Theorie vom Parlamentarismus.

Die Wirklichkeit indes sieht anders aus. Im neuen Parlament finden sich zunächst die Fraktionen zusammen. Auf sie verteilt sich die gesamte Macht, die der Bürger zu delegieren hatte, anteilig nach der Stimmenzahl, die jeweils auf eine Partei entfallen ist. Diese Fraktionen stellen die Kraftfelder des Parlaments dar, hier fallen die Entscheidungen, nicht, wie der naive Wähler meint, im Parlamentsplenum. Wenn dort ein Abgeordneter eine Sache vertritt, dann weiß er bereits in dem Augenblick, in dem er das Rednerpult betritt, ob das Hohe Haus ihm zustimmen wird oder nicht. Denn die Mehrheitsverhältnisse sind ja bekannt, und um die geht es, nicht um die Kraft des Arguments.

Der Redner vertritt, von seltenen Ausnahmen abgesehen, die Meinung seiner Fraktion, die sich im günstigen Fall mit seiner persönlichen deckt. Es scheint auch die Klage müßig zu sein, dass während der sogenannten Debatten im Allgemeinen nur eine Handvoll von Abgeordneten im Plenum anwesend ist. Denn wenn das Ergebnis einer Abstimmung von vornherein feststeht, dann suchen sich die meisten Parlamentarier eine ertragreichere Tätigkeit; von Wahlkreis-Arbeit ist dann erklärend die Rede oder von Besuchen.

Dann und wann aber geht ein Raunen durch die erlauchten Reihen. Das ist jedes Mal der Fall, wenn verkündet wird, der Fraktionszwang bei der nun folgenden Abstimmung sei aufgehoben. Dann füllen sich die Reihen im Plenum, dann werden persönliche Bekenntnisse und Erklärungen vorgetragen, warum dieser oder jener nicht im Sinne seiner Fraktion abstimmt. Das ist allerdings selten der Fall, am ehesten, wenn es sich bei dem Gegenstand, der zur Abstimmung steht, um eine Gewissensfrage handelt, um Abtreibung oder Ehe für alle oder sonst eine heikle Sache. Dann also fällt der Fraktionszwang und die Abstimmung wird freigegeben.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Und niemand, nicht ein einziger Parlamentarier, nicht ein einziger Journalist oder einer jener ominösen politischen Beobachter bringt zur Sprache, dass bei diesem Vorgang ein monströser Verfassungsbruch offenbar wird. Denn es gibt im Grundgesetz einen meist vergessenen und durchgehend gebrochenen Artikel 38, der in Absatz 1 festlegt, dass die Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes sind, „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“.

Das sieht freilich völlig anders aus als die tägliche Praxis. Wenn nämlich im Ausnahmefall, bei vorliegender Gewissens-Relevanz, der Fraktionszwang aufgehoben wird, so bedeutet das, dass er ansonsten, nämlich fast durchgehend, besteht, entgegen der unmissverständlichen Regelung durch das Grundgesetz. Es wird also offiziell im Bedarfsfall ein grundgesetzwidriger Zustand aufgehoben und damit dokumentiert, dass dieser Verfassungsbruch ansonsten die tägliche, unbestrittene und unangefochtene Normalität darstellt. Verfassungsbruch als parlamentarischer Regelfall, der niemanden beunruhigt.

Abgesehen davon, dass es schön wäre, wenn die Abgeordneten ihr Gewissen nicht nur bei hervorgehobenem Festtagsbedarf bemühten, sondern alle Belange des Volkes ernst nehmen sollten, machen sie sich selbst durch eine solche Gewohnheit im Grunde überflüssig. Der parlamentarische Alltag in Deutschland liefe nicht signifikant anders ab als jetzt, wenn man nach einer Wahl die Mehrheiten feststellte und danach einem dazu bestallten Vertreter einer jeden Partei eine entsprechende Anzahl von Stimmrechten zuwiese. Dann könnten sich die vier, fünf oder sechs Fraktionsvertreter in kleinem Kreis zusammensetzen und, so wie bei der Eigentümerversammlung einer Kapitalgesellschaft, ihre jeweiligen Stimmanteile gegeneinander aufwägen und die entsprechenden Beschlüsse fassen.

Die restlichen 650 bis 700 Abgeordneten bräuchte man somit nicht zu behelligen. Sie hätten dann Zeit für jene oft betonte Wahlkreis-Arbeit. Da geht es darum, Post zu beantworten und Termine zu ordnen und anderes mehr. Für solche Arbeiten stellt das Parlament finanzielle Mittel zur Verfügung, weil derlei ein Mitarbeiter erledigt. Bemühungen um eine Umgehungsstraße oder die Verlängerung für ein Kohlekraftwerk sind eine andere Sache, da muss sich der Volksvertreter selbst ins Mittel legen.

Aber auch diese Wahlreis-Arbeit stellt, nebenbei bemerkt, mit Blick auf das Grundgesetz zumindest ein Missverständnis dar. Denn der Parlamentarier XY ist nicht Abgeordneter des Wahlkreises YZ, sondern des ganzen deutschen Volkes, wie der schon bemühte Artikel 38 festlegt. Das heißt aber auch, dass der Bundestag mit seiner finanziellen Ausstattung der Parlamentarier zumindest teilweise einen Zustand finanziert, der dem Sinn des Grundgesetzes nicht entspricht.

Doch die Abgeordneten nehmen es dankbar hin, wie überhaupt der Sold in ihrem politischen Dasein eine zentrale Rolle spielt, schließlich handelt es sich so gut wie durchgehend um Hauptberufs-Politiker. Das ist auch der Grund, warum sie sich fast ausnahmslos von ihren Fraktionen und die Angehörigen der Mehrheits-Parteien zusätzlich von der Regierung an die Wand spielen lassen.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Kein Abgeordneter will seiner Karriere innerhalb des Parlaments im Wege stehen. Doch wenn sich einer nicht windschnittig, sondern obstinat zeigt, so weiß er, dass er weder zu einträglichen Ämtern innerhalb seiner Fraktion kommen noch je in die Riege der ministeriablen Abgeordneten aufsteigen wird. Und so lassen sich die Vertreter des Souveräns klaglos auch ihr edelstes, das Haushaltsrecht aus der Hand schlagen, wenn wieder einmal an einem Freitagabend die Entscheidung über irgendwelche Griechenland- oder Euro-Rettungs-Milliarden ansteht und die Unterlagen dazu, sagen wir, 600 Seiten, die Hälfte in Englisch, erst seit 24 Stunden vorliegen. Wer vom Haushalts- als dem „Königsrecht“ des Parlaments spricht, gehört entweder zu den Ahnungslosen oder zu den Zynikern.

Die Fraktionen also, ausgestattet mit viel zu viel Geld, können ihre Mitglieder damit locken, die Regierung kann es mit Karriere-Versprechen. Doch dieses Zweitere ist auch nur wegen eines weiteren ordnungspolitischen Missstandes möglich. Es wird nämlich in der heutigen politischen Praxis so gut wie durchgehend gegen das grundlegende Gebot der Gewaltenteilung als eines Garanten jeder freiheitlichen Ordnung verstoßen. Es gibt nämlich nicht mehr die Unterscheidung zwischen Legislative und Exekutive. Im Regelfall gehört jedes Regierungsmitglied gleichzeitig dem Parlament an. Die Kontrollfunktion des Hohen Hauses, das zweite „Königsrecht“ entfällt somit.

Wie sich das im Alltag darstellt, hat vor einiger Zeit eine zum Überdruss bekannte, weil omnipräsente TV-Moderatorin gezeigt. Sie sprach davon, dass die die Opposition die Regierung zu kontrollieren habe, und offenbarte so ihr Unwissen wie auch unabsichtlich den Missstand. Dass es die ganze Legislative ist, die eine Exekutive zu kontrollieren hat, ist in Vergessenheit geraten, und die Angehörigen zumindest der Regierung freut es.

Das ordnungspolitische Innehalten zeigt: Deutschlands Verfassungswirklichkeit ist in Unordnung. Ein überaus günstiger Biotop für die Kanzlerin.

König gegen Silber

Richard Löwenherz war Tonnen von Lösegeld wert – Ausstellung in Speyer

Als Gefangener wurde Richard Löwenherz in Speyer dem Kaiser übergeben. Die Domstadt widmet dem König von England jetzt eine große Ausstellung.

„Er zwang die Welt, sich halb in Liebe, halb in Furcht vor ihm zu beugen.“ So besang der Troubadour Gaucelm Faidit den mächtigsten Herrscher seiner Zeit: Richard I. Löwenherz (1157–1199). Erstmals ist dem ruhmreichen König von England in Deutschland eine umfassende Ausstellung gewidmet. Das Historische Museum der Pfalz in Speyer zeigt 170 kostbare Kunstwerke und aufschlussreiche Dokumente.

Richard Löwenherz förderte Troubadoure und Chronisten, die seine Taten verherrlichten. So setzte er seine bis heute anhaltende Ruhmesberichterstattung in Gang. Der zeitgenössische Chronist Ambroise nannte ihn „den trefflichen König, den Löwenherz“. Die von Richard de Templo vor 1222 verfasste Chronik pries die Gestalt und den Charakter des Königs. Er habe sich durch eine elegante Erscheinung ausgezeichnet, sei großzügig und gerecht, tapfer wie Alexander der Große und weise wie Odysseus gewesen. Er trat 1189 die Herrschaft über das Angevinische Reich an. Es erstreckte sich über England und die westliche Hälfte des heutigen Frankreichs bis hinab zu den Pyrenäen.

Zu den Glanzlichtern der Schau gehören Werke der sakralen Kunst. Aus der Basilika von Toulouse stammt das vergoldete und mit buntem Email geschmückte „Reliquiar des Wahren Kreuzes“ (1176–1198). Auf dem Kästchen ist die Abgabe des Teilchens des Wahren Kreuzes Christi, für welches das Reliquiar bestimmt ist, durch den Abt des Josaphat-Klosters dargestellt.

Saladin nahm mit seinem muslimischen Heer 1187 Jerusalem ein, ließ das Kloster von Josaphat zerstören und raubte die dort aufbewahrte Reliquie des Wahren Kreuzes. Daraufhin rief Papst Gregor VIII. zum Kreuzzug gegen Saladin auf. An diesem „Dritten Kreuzzug“ (1189–1192) nahm Richard Löwenherz teil. Die Hafenstadt Akkon kapitulierte am 12. Juli 1191. König Philipp II. von Frankreich und Richard beanspruchten die Beute für sich. Zum Zeichen, dass auch er einen Anteil haben wollte, hisste Herzog Leopold V. von Österreich seine Fahne. Richard ließ sie in den Burggraben werfen. Eine folgenschwere Demütigung, denn Leopold nahm Richard auf seiner Heimreise bei Wien gefangen.

Otto von St. Blasien schildert in seiner Chronik (Abschrift, zwischen 1254 und 1277) spöttisch deren Umstände. Der als armer Pilger verkleidete Herrscher habe sich durch seine Eitelkeit selbst verraten: Er machte sich durch einen wertvollen Ring am Finger verdächtig. Der von Richard in seiner Ehre gekränkte Leopold V. lachte ihn aus und führte ihn ab. Gegen die Beteiligung am zu erwartenden Lösegeld übergab er ihn am 28. März 1193 in Speyer an Kaiser Heinrich VI.

Der Kaiser klagte den König von England der Ehrverletzung des Herzogs von Österreich und weiterer Vergehen an. Ausgestellt ist die Mitra (letztes Viertel 12. Jahrhundert) des Bischofs Philippe von Dreux, der einen weiteren gewichtigen Anklagepunkt vorbrachte. Der Teilnehmer des Dritten Kreuzzugs erklärte Richard zum Drahtzieher des Mordes an Konrad von Montferrat, dem König von Jerusalem. Redegewandt entkräftete Richard vor den anwesenden Fürsten und Bischöfen die Anklagepunkte.

Nun verlegte sich der Kaiser darauf, gegen eine „Vermittlungsgebühr“ Frieden zwischen den Königen von England und Frankreich zu stiften. Bei Übergabe der enormen Summe von 100 000 Mark Silber, was etwa 23 Tonnen entspricht, sollte Richard die Freiheit zurückerlangen. Zur Sicherheit für die Zahlung weiterer 50 000 Mark Silber stellte er Geiseln. Am 2. Februar 1194 entließ Kaiser Kaiser Heinrich VI. den Herrscher des Angevinischen Reiches auf dem Hoftag zu Mainz aus der Gefangenschaft, nachdem Richards Mutter Eleonore persönlich die 100 000 Mark Silber übergeben hatte.

Die letzten Lebensjahre verbrachte Richard Löwenherz mit der Rückeroberung seiner von Philipp II. besetzten Festlandgebiete. Sein Ende fand er vor der Burg Châlus-Chabrol. Ein Armbrustschütze traf ihn in die Schulter. Wenige Tage später, am 6. April 1199, starb er in den Armen seiner Mutter an Wundbrand. Den Körper Richards ließ Eleonore seinem Wunsch gemäß neben dem seines Vaters Heinrich II. in der Kirche der Abtei Fontevraud bestatten, wo auch sie 1204 ihre letzte Ruhe fand.

Ausgestellt sind die Gipsabgüsse der drei überlebensgroßen Grabfiguren. Sein Herz aber schenkte er der Kathedrale von Rouen. Es ruhte in dem nun in Speyer gezeigten Bleikästchen (1199). Der Deckel trägt die lateinische Inschrift: „Hier liegt das Herz von Richard, König von England.“

In der näheren Umgebung der Ausstellung sind Baudenkmäler erhalten, die bereits Richard Löwenherz kennengelernt hat. Neben dem Historischen Museum erhebt sich der größte Kirchenbau der Romanik: der Kaiserdom zu Speyer. Der Hauptturm der Reichsburg Trifels mit der im zweiten Geschoss eingerichteten Kapelle war zur Zeit Richards ein Neubau. In dem über der Kapelle gelegenen Wohnraum war der königliche Gefangene vermutlich einige Wochen untergebracht. In Worms siegelte Richard Urkunden, die nun in Speyer ausgestellt sind. Den 1181 geweihten Dom zu Worms hat er sicher betreten. Das mit vier runden Türmen ausgestattete Bauwerk ist in seiner damaligen Gestalt weitgehend auf uns gekommen. Eindrucksvoll sind die „richardzeitlichen“ Reliefs wie das des heiligen Nikolaus, der seine Schüler lehrt, sowie Skulpturen dämonischer Wesen und die Zähne fletschender Löwen. *Veit-Mario Thiede*

Bis 17. April 2018 im Historischen Museum der Pfalz, Domplatz, Speyer, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 14,50 Euro. Telefon (06232) 13250, Internet: www.museum.speyer.de. Das Begleitbuch aus dem Verlag Schnell und Steiner kostet 24.90 Euro. Reichsburg Trifels, geöffnet im Oktober und November von 9 bis 17 Uhr, im Dezember für Reisegruppen nach Vereinbarung geöffnet, Eintritt: 4 Euro. Telefon (06341) 8470, Internet: www.burgen-rlp.de. Stadtführung Worms: „Gefangener und kluger Diplomat – Richard Löwenherz in Worms“, Buchungen und Kontakt: Tourist Information Worms, Neumarkt 14. Telefon (06241) 8537302, Internet: www.worms.de



Bild: Cité de l'architecture et du patrimoine, musée des monuments français, Paris

Grabplatten-Abguss: Richard I. Löwenherz und seine Mutter Eleonore von Aquitanien



Bild: Dennis Gilbert

Löwenherz-Statue vor dem Londoner Westminster Palace

MELDUNGEN

Schenkung für Preußen-Hüter

Berlin – Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) bekommt eine neue Immobilie geschenkt. Die Familie Bastian wird das von David Chipperfield entworfene Galeriehaus am Kupfergraben 10 direkt gegenüber der Berliner Museumsinsel 2018 der SPK übergeben. Es soll künftig als Zentrum für kulturelle Bildung genutzt werden und den Namen „Haus Bastian der Staatlichen Museen zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz“ tragen. Seit 2007 wurde das Haus von der Familie Bastian als Galerie genutzt. *tws*

Reformation im Dreiländereck

Lörrach – Zum Ende des Luther-Jahrs eröffnet das Dreiländermuseum Lörrach (Basler Straße 143) seine Ausstellung „Reformationen – der große Umbruch am Oberrhein“. Als Luther vor 500 Jahren seine Thesen veröffentlichte, hatte dies tiefgreifende Folgen auch am Oberrhein. Hier wirkten auch andere Reformatoren, die teilweise einen anderen Weg gingen. Die Ausstellung stellt vom 7. Oktober bis 8. April 2018 die Vielfalt dieser Reformationen vor. Info: www.dreilaendermuseum.eu *tws*

Eine unbekannte Maler-Größe

Hamburg – Die Kunsthalle widmet der Hamburger Malerin Anita Rée (1885–1933) vom 6. Oktober an die erste umfassende Ausstellung. Mit 200 Gemälden wirft die Retrospektive Licht auf ein vielfältiges Werk, das von impressionistischer Freilichtmalerei über mediterrane Landschaftsbilder bis hin zu neusachlichen Bildnissen reicht. Ihre letzten Jahre verbrachte Rée auf Sylt, wo sie sich 1933 das Leben nahm. Internet: www.hamburger-kunsthalle.de *tws*

Annektierte »Event-Bude«

Besetzung der Berliner Volksbühne nach einer Woche beendet

Das Stück, das an der Berliner Volksbühne aufgeführt wurde, ist rekordverdächtig: Es dauerte genau eine Woche. Das Ensemble bestand aus einer Handvoll jugendlicher Besetzer, die in ihrem Stück den Kampf Gut gegen Böse aufführten. Das „Gute“, das war eben jene Gruppe, die sich „Staub zu Glitzer“ nannte und die mit ihrer Besetzung der Volksbühne (siehe auch Seite 5) ein Zeichen gegen Gentrifizierung setzen wollte. Das Feindbild erschien unsichtbar in Gestalt von Chris Dercon, dem neuen Intendanten der Volksbühne, sowie der verhassten Staatsmacht. Im finalen letzten Akt stürmten zwei Hundertschaften der Polizei das Theater am Rosa-Luxemburg-Platz und warfen die Krawallmacher aus dem Haus.

Dabei wurde noch nicht einmal Blut vergossen. Der Kanister mit Kunstblut, den die Aktivisten aus dem Theaterfundus entwendeten, blieb ungeöffnet. Applaus, Applaus, so endete relativ friedlich die Besetzung der Volksbühne, die eine Woche lang in der Hauptstadt für viel – unterhaltsames – Theater gesorgt hat.

Ein Theaterskandal war es allemal. Der heimliche Regisseur dieses Schmierenstücks, Berlins linker Kultursenator Klaus Lederer, hätte die Räumung des Hauses sofort nach Beginn der Besetzung anordnen können, wollte aber offensichtlich erst die Bundestagswahlen abwarten, um nicht die linke Wählerschaft gegen sich aufzubringen. Daneben muss er sich den Vorwurf gefallen lassen, der geistige Vater dieses Skandalstücks gewesen zu sein.

Lederer hat dem neuen Intendanten Dercon nie wirklich den Rücken gestärkt. Der belgische Kunstmanager stand von Anfang an in der Kritik, weil er als früherer Leiter der Londoner Tate-Modern-Gallery und des Münchener Hauses der Kunst über keine echte Erfahrung als Theaterintendant verfügt. Lederers Vorgänger im Amt des Kultursenators, Tim Renner (SPD), wollte nach der langen Ära von Frank Castorf, der die Volksbühne ein Vierteljahrhundert lang leitete, dem Haus mit Dercon eine neue Ausrichtung geben: weg von der linken Politbühne mit festem Ensemble, hin zu einer Konzeptbühne mit freien Theaterschaffenden. Der vom Ex-Intendanten des Berliner Ensembles, Claus Peymann, geprägte Begriff von der „Event-Bude“ stand plötzlich als böse Parole im Raum. Seitdem prasselte es von allen Seiten auf Dercon ein, noch ehe er überhaupt dazu kam, ein Stück aufführen zu lassen.

Polizei schritt im finalen Akt ein

Nachdem Lederer bei seinem Amtsantritt vor einem Jahr angekündigt hatte, die Personalie Dercon zu überprüfen, unterschrieben mehr als 40 000 Leute eine Petition für eine Neuverhandlung der Intendanz. Daher muss sich Lederer den Schuh anziehen, dass ein steuerfinanziertes Haus nun tatsächlich für eine Woche zur „Event-Bude“ junger Revoluzzer wurde, von denen wohl die wenigstens jemals zuvor einen Fuß in ein Theater gesetzt haben.

Abgesehen von einigen Schmierereien im Treppenhaus haben die Besetzer wenigstens nicht einen solchen Saustall hinterlassen wie Anfang des Jahres bei der Besetzung in der Humboldt-Universität. Zwei Premierenproben fielen deswegen aus. Dem geplanten Start von Dercons Volksbühne, die im September auf dem früheren Flughafen Tempelhof erste Appetithäppchen anbot, am 10. November mit Beckett-Einaktern dürfte aber wie geplant über die Bühne gehen. *Harald Tews*

Kostbarer Preis

Käthe Kollwitz und ihr Einfluss auf die Künstler der Gegenwart

Das Kölner Käthe-Kollwitz-Museum setzt im Jubiläumsjahr seiner Namensgeberin zum Ausstellungs-Endspurt an. Nachdem sich zu Käthe Kollwitz' 150. Geburtstag, der am 8. Juli ausgiebig gefeiert wurde (die *PAZ* berichtete), vier Ausstellungen auf einen jeweils besonderen Aspekt aus Leben und Werk der Königsberger Künstlerin fokussierten, fragt die finale Schau nach ihrem Einfluss in der Gegenwart. Unter dem Titel „Kollwitz neu denken“ präsentiert das Museum in Zusammenarbeit mit der Berliner Akademie der Künste bis zum 10. Dezember Positionen von 21 Künstlern, die mit dem Käthe-Kollwitz-Preis ausgezeichnet wurden.

Die Ausstellung macht anhand von mehr als 70 Exponaten sichtbar, wie das Bekenntnis der Kollwitz „Ich will wirken in dieser Zeit“ noch heute ein Impuls ist – auch für das Kunstschaffen im 21. Jahrhundert. Eine Auswahl der Preisträger, darunter die diesjährigen documenta-Teilnehmer Miriam Cahn, Douglas Gordon und Mona Hatoum oder die Kölner Künstler Martin Kippenberger, Astrid Klein und Horst Münch, rezipiert Aussagen des Kollwitz-Œuvres in Malerei, Skulptur, Zeichnung, Installation, Fotografie, Film und Video.

So stellt etwa die aktuelle Preisträgerin von 2017, Katharina Sieverding, in ihrem Werk grundsätzliche Fragen zu künstlerischen und gesellschaftlichen Bedingungen: Ihr kreativer Umgang mit dem Politischen – nicht zitieren, nicht benutzen, sondern „politisch schaffen“ – zeichnet das Werk der Medienkünstlerin besonders aus.



Bild: S. Reschke, Galerie für Zeitgenössische Kunst, Leipzig

Die „Tischgesellschaft“ des Käthe-Kollwitz-Preisträgers von 1976 Harald Metzkes

Der Kollwitz-Preis wird seit 1960 vergeben und ist eine der ältesten Auszeichnungen der Akademie der Künste. Geehrt werden jährlich bildende Künstler, deren Werk in kreativer Weise Neuland erschließt. Von der Akademie der Künste (Ost) initiiert, gehört er zu den wenigen Preisen, die nach der Wende von der 1993 zusammengeführten Akademie übernommen wurden.

Kollwitz war von 1919 bis zu ihrem von den Nationalsozialisten erzwungenen Austritt 1933 Mitglied der Preußischen Akademie der Künste. Mit ihrer Berufung wurde ihr der Professorentitel verliehen. Ab 1928 übernahm sie die Leitung einer Grafikklasse und war selbst bei den halbjährlich stattfindenden Akademieausstellungen oft mit Werken vertreten. Eine Präsentation innerhalb der Kölner Kollwitz-Sammlung zeigt ihre Ausstellungsbeteiligungen. *H. Tews*

Käthe-Kollwitz-Museum, Neumarkt 18–24, 50667 Köln, Internet: www.kollwitz.de

Die Tänzerin mit den Plattfüßen

Selbst ihre Hinrichtung machte Mata Hari zur Schau

Am 15. Oktober vor 100 Jahren wurde in Frankreich das Todesurteil gegen Mata Hari wegen Hochverrats und Spionage für die Deutschen vollstreckt. Dass die berühmte Tänzerin tatsächlich eine Meisterspionin war, ist nicht erwiesen.

Aus ihrer Hinrichtung machte Mata Hari eine Schau, als stände sie im Scheinwerferlicht auf der Bühne des Trocadero und nicht im finsteren Festungsgraben des Schlosses Vincennes. Ihr Publikum waren die zwölf marokkanischen Soldaten des Exekutionskommandos, ein Offizier und ein Pfarrer. Die Delinquentin warf ihnen Kusshände zu. Sie hatte auf eine Augenbinde verzichtet, nicht aber auf ihren Pelzmantel. So glitt sie von elf Kugeln getroffen dekorativ umhüllt zu Boden. Hatte Mata Hari geglaubt, dass einer ihrer einflussreichen Liebhaber schützend die Hand über sie halte? Dass nur mit Platzpatronen auf sie geschossen werde? Dass man sie nach ihrer Schein-Hinrichtung heimlich außer Landes bringe?

Um Mata Hari, eigentlich Margaretha Zelle, ranken sich unzählige Legenden. Luxusweib, Schleiertänzerin, Edelhure, Hochstaplerin – die schillernde Dame aus dem biederen niederländischen Leeuwarden, wo sie 1876 geboren wurde, faszinierte ganz Europa. Und natürlich Hollywood. Greta Garbo spielte 1930 die Mata Hari. Wenn man das Leben der Tänzerin schildert, kann man das nur unter Vorbehalt tun. Das Gespinst aus Lügen und Fantastereien war von ihr so geschickt geknüpft und vom Journalisten und Biografen angereichert, dass es sich kaum durchdringen ließ.

Der Hang zur Realitätsferne wurde ihr in die Wiege gelegt. Der Vater, ein bürgerlicher Hutmacher, gab sich als Baron aus. Mata Hari übertraf ihn bei Weitem: „Ich wurde geboren in der heiligen Stadt Jaffnapatam. Mein Vater war ein hochangesehener Brahmane, meine Mutter eine Tempeltänzerin, die mit 14 Jahren bei meiner Entbindung starb. Aufgewachsen bin ich in der Obhut von Tempelpriestern. Sie weihten mich Shiva, und ich wurde in die heiligen Mysterien der Liebe und der göttlichen Verehrung eingeführt.“

Ihre Kenntnisse wandte sie schon in der Schule an. Die 15-Jährige wurde halbnackt mit dem Direktor erwischt. Margaretha musste die Schule verlassen, der für sie vorgesehene Beruf einer Kindergärtnerin interessierte sie ohnehin nicht. Eine Heiratsanzeige in der Zeitung „Nieuws van den Tag“ kam wie gerufen. „Offizier, auf Urlaub aus (Niederländisch-)Indien, sucht junge Frau mit liebenswürdigem Charakter zur Eheschließung.“ Margaretha und Rudolph MacLeod heirateten und gingen nach Java. Im damaligen Niederländisch-Indien ließ sie sich in exotischer Tanzkunst ausbilden, auch wenn der 20 Jahre ältere Ehemann nörgelte: „Sie hat Plattfüße und kann nicht tanzen.“ Als MacLeod pensioniert wurde, kehrten sie zurück in die Niederlande. Das Ehepaar trennte sich bald. Margaretha zog es nach Paris. Als Mata Hari, malaiisch etwa „Auge der Morgenröte“,


Vor 100 Jahre gestorben: Mata Hari Bild: CF

trieb sie die Männer nachts zum Wahnsinn. Im „Courrier français“ beschrieb ein Journalist die Tänze der „Bajadere“ folgendermaßen: „Eine große dunkle Gestalt schwebt herein. Kräftig braun, heißblütig. Ihr dunkler Teint, ihre vollen Lippen und glänzenden Augen zeugen von weit entfernten Landen, von sengender Sonne und tropischem Regen ... Ihre Brüste heben sich schmachtend, die Augen glänzen feucht ... Der schöne Leib fleht, windet sich und gibt sich hin: Es ist gleichsam die Auflösung des Begehren im Begehren.“

Niemand zweifelte an der exotischen Herkunft der „Frau aus dem Fernen Osten, die mit Parfüms und Juwelen beladen“ nach Paris gekommen sei, so die Ankündigung für ihren Auftritt bei einer Wohltätigkeitsveranstaltung. Die Tänzerin verkehrte in den ersten Kreisen. Sie trat in den besten Varieté-Theatern Europas auf, in Monte Carlo, Wien, Madrid und im Berliner Wintergarten. Von einer Vorführung speziell für die kaiserliche Familie zeigte sich der sonst so prüde Wilhelm II. sehr angetan. In ihrer erfolgreichsten Zeit verdiente Mata Hari 10 000 Francs pro Abend. Im Größenwahn diente sie sich der berühmten Kompagnie Ballets Russes als Primaballerina an, obwohl sie nie eine Ballettausbildung genossen hatte. Dort wurde sie verlacht und gedemütigt. Dieses Fiasko läutete das Ende ihres Höhenflugs ein. Sie erhielt keine Engagements mehr, die reichen Liebhaber gingen ihr aus, und in ihrer Luxuswohnung stapelten sich unbezahlte Rechnungen.

Zudem trübte der Ausbruch des Ersten Weltkriegs die Amüsierfreude in den europäischen Hauptstädten. Mata Hari musste sich nach neuen Geldquellen für das gewohnte Leben umsehen. Der deutsche Konsul in Amsterdam machte ihr ein unmoralisches Angebot. Sie sollte als Agentin des deutschen Geheimdienstes ihre intimen Kontakte nutzen, um hohe Militärs und Politiker auszuforschen. Als Spionin H21 reiste sie mit falschem Pass quer durch Europa. In Southampton wurde sie wegen ihrer gefälschten Papiere verhaftet, konnte sich aber herausreden. Der Secret Service schöpfte Verdacht und informierte umgehend die Kollegen in Frankreich. Der französische Geheimdienst warb Mata Hari ebenfalls an, wohl nur zum Schein, um sie in eine Falle zu locken. Am 13. Februar 1917 wurde sie ganz standesgemäß in der Suite eines Pariser Luxushotels verhaftet und fünf Monate später vor ein Militärgericht gestellt.

Zu ihrer Verteidigung behauptete die Angeklagte, keine militärischen Geheimnisse an die Deutschen verraten zu haben. Sie habe nur Informationen geliefert, die jeder den Zeitungen entnehmen konnte. Der Untersuchungsrichter stellte sie als zwielichtige Person dar: „... ohne Skrupel und daran gewöhnt, sich der Männer zu bedienen, ist sie der Typ einer Frau, die zur Spionin prädestiniert ist.“ Echte Beweise blieb er schuldig. Am 25. Juli 1917 wurde Mata Hari wegen Hochverrats und Doppelspionage zum Tode verurteilt. Da niemand für die Kosten ihrer Beerdigung aufkommen wollte, wurde ihr Leichnam der Medizinischen Fakultät der Sorbonne übergeben. Die Anhänger der Mata Hari sind bis heute von ihrer Unschuld überzeugt. Die niederländische Mata-Hari-Stiftung strebt ihre Rehabilitierung an. *Klaus J. Groth*

Friedrich Dickels »Vertrauliche Verschlusssache«

Nach welchen Kriterien die DDR Reiseanträge in die Bundesrepublik Deutschland entschied

Streng geheim!“, „Vertrauliche Verschlusssache!“, „Geheime Kommandosache!“, von diesen Dokumenten gab es in der DDR viele und wir haben bisher nur einen Bruchteil davon aufgearbeitet. Doch der Inhalt dieser Schriftstücke zeigt den tatsächlichen politischen Willen auf und hilft gegen das Vergessen und Verharmlosen, das heute, 27 Jahre nach der deutschen Vereinigung, leider immer mehr anzutreffen ist.

1972, nach Abschluss des Grundlagenvertrages, hatten die Menschen in Ost und West große Hoffnungen, dass sie sich nun wieder häufiger besuchen dürften. Einige DDR-Bürger bekamen die Ausreisegenehmigung, andere aber nicht, und die Begründung für diese Entscheidungen blieb völlig verborgen.

Die streng geheimen Regelungen zu diesen Fragen lagen im Panzerschrank des Innenministers Friedrich Dickel. Er erließ mehrere vertrauliche Vorschriften und die vom 24. September 1976 („Vertrauliche Verschlusssache“ Nr. I 020784) regelte ausgesprochen gründlich, wer zur Hochzeit, Beisetzung oder zum runden Geburtstag in die Bundesrepublik reisen durfte. Die Antragsteller mussten „politisch absolut zuverlässig“ sein, „eine feste Bindung an die DDR“ haben und die „Gewähr dafür bieten, dass sie die DDR in der BRD beziehungsweise Westberlin würdig vertreten“ würden. Nur, wer eine „einwandfreie politische Grundhaltung, Zuverlässigkeit und Treue zur DDR“ vorweisen konnte, hatte eine Chance, seine Verwandten in der Bundesrepublik zu besuchen.

In einer Anlage 1 der geheimen Vorschrift wurden dann sehr konkrete Kriterien vorgegeben, die von der Polizei heimlich zu hinterfragen waren. Hier nur einige Beispiele: „Eindeutige Parteinahme für die sozialistische Entwicklung in der DDR“; „Teilnahme am gesellschaftlichen Leben im Wohngebiet“; „Persönliches Engagement durch progressive Meinungsäußerung“; „Vorbildliches Verhalten im Arbeitskollektiv“; „Aktivität bei der Erziehung anderer Arbeitskollegen zu einer hohen Arbeitsmoral“; „Moralisch einwandfreie Ehebeziehungen“; „Sozialistische Erziehung der Kinder“; „Feste Bindung an in der DDR lebende Verwandte (Eltern, Kinder, Geschwister und so weiter)“; „Bindung an in der DDR befindliche Vermögens- und andere Werte“.

Die Teilnahme an der Beisetzung von Vater oder Mutter oder an der Silberhochzeit vom Bruder hing davon ab, ob befragte Nachbarn oder Arbeitskollegen wohlwollend über den Kandidaten berichteten, was sich in den gesichteten Akten dann so liest: „Unser Kollektiv kann sich für ein vorbildliches Auftreten Kollegin H's in der BRD verbürgen.“ / „Aus meiner Berufs-, Partei- und Lebenserfahrung heraus vertraue ich der Staatstreue von Kollegin L.“ / „In unserem Kollektiv wie auch im Wohngebiet ist sie stets als ordentliche und korrekte Persönlichkeit geachtet.“ / „Ihre Familienverhältnisse sind geordnet und der Politik unserer Partei zugewandt. Ihr Ehemann ist ebenfalls Genosse.“/ „Bereits einmal hatte die Kollegin S. Gelegenheit, die Oma in der BRD zu besuchen. Sie kehrte mit einer gesunden Haltung zurück.“ / „Beide Eheleute führen eine glückliche Ehe, sodass auch unter diesem Aspekt keine Gefahr besteht, eventuellen Verlockungen nachzugeben.“


Der Minister des Innern der DDR und Chef der Deutschen Volkspolizei von November 1963 bis November 1989: Friedrich Dickel Bild: pa

Einige befragte DDR-Bürger neideten aber wohl die Reisemöglichkeit und gaben dann solche Stellungnahmen ab: „Genossin H. geht in Rente. Ihr Ehegatte ist Invalidenrentner. Uns ist bekannt, dass sie sich abfällig über ihre Ehe geäußert hat und vor Jahren die Scheidung in Erwägung gezogen hat.“ / „Ihre politische Meinung äußert sich sehr zaghaft. Als Wirtschaftsleiterin müsste sie in dieser Richtung mehr in Erscheinung treten.“ / „Uns ist bekannt, dass Kollege L. aufgrund seiner engen Bindungen zu seinem in der BRD lebenden Vater zum zweiten Mal über Genex-Geschenkdienst einen Pkw erhielt.“ / „Zu vielen Fragen des Lebens, auch zu politischen Problemen, hat Kollegin B. sehr naive Vorstellungen.“ / „Kollegin Edith K. arbeitet ... als Kindergärtnerin. Sie ist Mutter von zwei Kindern. Kollegin K. führt keine harmonische Ehe. Beide Ehepartner verleben den Urlaub immer getrennt. Es waren schon zweimal Scheidungsabsichten vorhanden und gerichtlich eingereicht worden.“ / „Frau K. nahm ... ihre Tätigkeit als Raumpflegerin in unserer Einrichtung auf ... In Arbeitsberatungen ist sie zurückhaltend und tritt kaum in Erscheinung. Sie hat eine 2½-Zimmerwohnung, die sie mit ihrem Mann und den zwei Kindern bewohnt. Die Wohnung ist nur wenig eingerichtet. Über weitere Besitztümer verfügt sie nicht ... Sie nimmt in unserem Kollektiv keine geachtete Stellung ein, da sie ihre Arbeitszeit von vier Stunden täglich nicht auslastet.“

In diesen Stellungnahmen, die diese Personen nicht als „Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit“ (IM), sondern als Arbeitskollegen abgaben, wird deutlich, dass der menschliche Anstand eine sehr große Rolle spielte. Jedem Befragten war bewusst, worum es hier eigentlich ging, nämlich nicht um das sehr persönliche Anliegen, an einer Familienfeier teilzunehmen, sondern im Mittelpunkt stand die Frage, ob der DDR-Bürger die Reise zur Flucht nutzen würde. Kritische Äußerungen zur politischen Einstellung oder aktuelle Ehezerwürfnisse konnten durchaus zur Versagung der Genehmigung führen. Die Befragten kamen in Bedrängnis, doch sie erhielten auch Freiräume für Boshaftigkeit. Einige nutzten das aus, aber viele aus Solidarität mit den Antragstellern nicht.

Diese nebulösen Abhängigkeitsverhältnisse der Bürger untereinander und zwischen Staat und Bürger entzogen sich jeglicher juristischer Kontrolle, denn einen Klageweg gab es nicht, und dieser Umgang erzeugte große Wut, die wesentlich dazu beigetragen hat, dass 1989 Hunderttausende gegen das SED-Regime aufbegehrten.

Heute muss sich niemand mehr dafür rechtfertigen, wenn er von Rostock nach Hamburg oder von Leipzig nach München fährt. Das ist inzwischen eine Normalität, die es jahrzehntelang in Deutschland nicht gab, und Erinnern hilft gegen das Vergessen und Verharmlosen. *Heidrun Budde*

Das Ziel war gar nicht Indien

Mit der Entdeckung Amerikas entging Christoph Kolumbus wohl nur knapp einer Meuterei

Vor 525 Jahren erreichte ein spanischer Schiffsverband unter dem Kommando des 41 Jahre alten Genuesen Christoforo Colombo (eingedeutscht: Christoph Kolumbus) die Bahama-Insel Guanahani beziehungsweise San Salvador. Dies gilt gemeinhin als die „Entdeckung Amerikas“. Hinter den Seeleuten lagen 5700 Kilometer Fahrt ins Ungewisse, und hinter ihrem Admiral zudem noch gut sieben Jahre Überzeugungsarbeit am spanischen und portugiesischen Hof.

Die Idee, einfach nach Westen zu fahren, um die Ostküste Asiens zu erreichen, stammte wohl ursprünglich von dem griechischen Philosophen und Naturforscher Aristoteles. Sie wurde in der Folgezeit unter anderem durch Persönlichkeiten wie Seneca, Roger Bacon und Pierre d'Ailly aufgegriffen. Und im 15. Jahrhundert gehörte dann der Florentiner Gelehrte Paolo dal Pozzo Toscanelli zu ihren eifrigsten Verfechtern. Zugleich war die Vorstellung von der Erde als Scheibe nun weitestgehend obsolet geworden. Sogar Papst Pius II. schrieb in seiner um 1460 entstandenen „Cosmographia“, unser Planet sei kugelförmig und kreise um die Sonne.

Insofern schwamm Kolumbus absolut nicht mehr gegen den Strom, als er 1484 daran ging, für eine Fahrt nach Asien mit Kurs West zu werben. Zudem kamen ihm dabei auch noch die geopolitischen Verhältnisse entgegen, denn durch die osmanische Eroberung Konstantinopels im Mai 1453 war nun der Landweg nach China und Indien abgeschnitten, was der Suche nach neuen transozeanischen Handelswegen enormen Aufschwung verliehen hatte.

Allerdings unterschätzte Kolumbus die Entfernung zwischen Europa und Ostasien auf gravierende Weise. Er glaubte, zwischen den Kanarischen Inseln und Japan lägen nur 4500 Kilometer – tatsächlich sind es 20000. Verantwortlich hierfür waren die falschen Angaben zur Breite der eurasischen Landmasse durch Toscanelli und d'Ailly, auf die Kolumbus sich stützte. Das erkannten auch die Experten am spanischen und portugiesischen Hof, die ihren Herrschern zunächst mit Erfolg abrieten, den Genuesen bei seinem Projekt zu unterstützen.

Dann allerdings kam der 2. Januar 1492, also der Tag, an dem der Emir von Granada, Muhammad XII., kapitulierte, womit die Reconquista auf der Iberischen Halbinsel ihren erfolgreichen Abschluss fand. Nun wuchs das Verlangen des Herrscherpaares Isabella I. von Kastilien und León sowie Ferdinand II. von Aragón, zum portugiesischen König Johann II. aufzuschließen, dessen Seefahrer sich entlang der afrikanischen Küste nach Indien vortasteten und kurz vor dem finalen Erfolg zu stehen schienen. Doch forderte Kolumbus derart viele Privilegien, dass das Ganze daran zu scheitern drohte. Der Genuese verlangte nämlich die Ernennung zum „Admiral des Ozeans“ sowie auch den Titel eines Vizekönigs und Generalgouverneurs der von ihm entdeckten Länder. Außerdem bestand er auf dem „Recht, von allen Perlen, Edelsteinen, Gold, Silber, Spezereien sowie allen anderen Kauf- und Handelswaren, die in seinem Bereich gefunden, gebrochen, gehandelt oder gewonnen werden, nach Abzug der Kosten ein Zehntel für sich zu behalten“. Doch schließlich gaben Isabella und Ferdinand auf Rat ihres Schatzmeisters Luis de Santángel am 17. April 1492 in der sogenannten Kapitulation von Santa Fe nach.

> Hinter Kolumbus' Leuten lagen 5700 Kilometer und hinter ihm selber zusätzlich noch gut sieben Jahre Überzeugungsarbeit

Die nötigen zwei Millionen Maravedis (etwa 300000 Euro) für die Expedition stammten allerdings nicht aus den Schatullen des Königspaares, sondern zum größten Teil von der Militär- und Polizeitruppe Santa Hermandad. Darüber hinaus steuerten Santángel und einige genuesische Kaufleute noch mehrere Hunderttausend Maravedis bei. Für das Geld wurden der große Dreimaster (Karacke) „Santa Maria“ sowie die beiden Karavellen „Niña“ und „Pinta“ gechartert und mit Proviant für ein Jahr versehen. Zudem mussten rund 90 Seeleute angeheuert und bezahlt werden.



Vor 525 Jahren: Kolumbus betritt die Bahama-Insel Guanahani — Bild: akg images

Der Dreierverband verließ den Hafen von Palos de la Frontera bei Huelva in Andalusien am Morgen des 3. August 1492, wobei die „Santa Maria“ von Kolumbus selbst befehligt wurde, während die zwei anderen Schiffe unter dem Kommando von Vicente Yáñez Pinzón und Martín Alonso Pinzón standen.

Um das beschädigte Steuerruder der „Niña“ zu reparieren und bei der Gelegenheit das Großsegel der „Pinta“ umzurüsten, machte Kolumbus wenig später im Hafen von San Sebastián auf der Kanareninsel La Gomera Station, bevor dann am 6. September die Fahrt quer über den Atlantik begann.

In den nächsten Wochen segelte der Schiffsverband mit Hilfe beständiger, von achtern kommender Passatwinde bei weitgehend gutem Wetter mit durchschnittlich zehn Knoten Geschwindigkeit nach Westen. Der Admiral hoffte, so die von Marco Polo beschriebene chinesische Hafenstadt Quinsay, das heutige Hangzhou, zu erreichen, wo er dem Großkhan Briefe seiner königlichen Auftraggeber Isabella und Ferdinand übergeben wollte. Entgegen vielen anderslautenden Darstellungen war Kolumbus' Ziel nämlich gar nicht Indien selbst, sondern „Las Indias“, wozu neben dem eigentlichen Indien damals auch alle Länder „hinter“ Indien – von Westen aus betrachtet – zählten.

In der Nacht vom 11. zum 12. Oktober 1492 sichtete der jüdische Matrose Rodrigo de Triana alias Juan Rodríguez Bermejo von der „Pinta“ eine Insel, auf die der Genuese und seine Leute dann im weiteren Verlaufe des Tages ihren Fuß setzten. Das liest sich in Kolumbus' Reisetagebuch so: „Um 2 Uhr morgens kam das Land in Sicht, von dem wir etwa acht Seemeilen entfernt waren ... Dann lagen wir bei und warteten bis zum Anbruch des Tages, der ein Freitag war, an welchem wir zu einer Insel gelangten, die in der Indianersprache Guanahani hieß.“ Mit dieser Entdeckung entging der Admiral wohl einer unmittelbar bevorstehenden Meuterei, denn seinen Männern wurde die Reise ins scheinbare Nichts von Tag zu Tag unheimlicher.

Um welches Eiland es sich bei „Guanahani“ handelte, ist bis heute ungeklärt. Mittlerweile gelten sowohl die Watling-Insel, die seit 1926 offiziell den Namen San Salvador führt, als auch Samana Cay, Plana Cays und Mayaguana in der Inselgruppe der Bahamas als mögliche Kandidaten.

Auf jeden Fall kreuzte Kolumbus anschließend bis zum 16. Januar 1493 durch die karibische Inselwelt und entdeckte dabei unter anderem auch Kuba und Hispaniola. Die Rückfahrt erfolgte ohne die „Santa Maria“, die am Weihnachtstag des Vorjahres auf einer Untiefe gestrandet war. Der dergestalt dezimierte Schiffsverband erreichte Palos am 15. März 1493. Danach wurde Kolumbus als Held gefeiert. *Wolfgang Kaufmann*

Wie die Turnierhose im Reitsport zu ihrer Farbe kam

Preußische Könige gingen nicht nur mit der Mode, sie machten sie teilweise sogar

Hätte jemand den Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. gefragt, ob er die Herrenmode in Preußen beeinflusst habe, hätte er wahrscheinlich seinen Knotenstock zum Einsatz gebracht. Seinen Vater Friedrich I. dagegen hätte die Frage verzückt. Er liebte Prunk und Pracht, und er legte großen Wert darauf, modisch gekleidet zu sein. Zu dieser Zeit war Mode allerdings eine exklusive Veranstaltung, die nur reiche Leute betraf. Bauern und Arbeiter konnten froh sein, wenn ihre Kleider sie einigermaßen warm hielten. Aufs Aussehen kam es bei ihnen nicht an.

Die Edelleute unterdessen wandelten gravitätisch, würdevoll – es ging gar nicht anders in den Schnallenschuhen mit hohem Absatz – in seidenen Strümpfen, Kniehosen, Brokatjacken, kunstvoll bestickten Westen und spitzenbesetzten Hemden einher. Die Haare der Perücken fielen in Locken und wurden weiß gepudert.

Der Kronprinz, der als Friedrich Wilhelm I. den Thron besteigen sollte, mochte die höfische Verkleidung nicht. Einer seiner Erzieher schrieb zu dieser Abneigung: „Er gab sie zu erkennen, indem er ein Schlafröckchen von Goldstoff, das man ihn anziehen nötigen wollte, ... ins Kaminfeuer warf.“

1713 kam der Modeverächter auf den Thron – und darauf war es in Preußen vorbei mit Samt und Seide. Der neue König trug Uniform – immer und überall. Und bei ihm gab es keine langen Locken. Stattdessen wurden die Haare zu einem strammen Zöpfchen geflochten und dann gepudert. Die Zöpchen hielten dann auch im Militär Einzug und sorgten damit für ein einheitliches Aussehen.

Der König machte sich aber nicht nur Gedanken um die Frisuren seiner Soldaten, sondern auch um ihre Uniformen und die Herstellung derselben. Dabei war eine der wenigen Ressourcen relevant, die das arme Preußen zu bieten hatte: Wolle. Ab 1713 landete die in Preußen produzierte Wolle im vom König gegründeten Königlichen Lagerhaus in Berlin. Dort wurde sie gesammelt und zur Herstellung von Uniformen eingesetzt. Dabei war Preußisch Blau die vorherrschende Farbe. Und weil die im Königlichen Lagerhaus gefertigten Stoffe so haltbar waren, wurden ausgediente Uniformen oft noch zu Herrenjacken und Kinderkleidung verarbeitet, sodass bald halb Preußen in Blau unterwegs war.

Friedrich Wilhelms I. Problem war nur, dass sein Kronprinz nicht auf Preußisch Blau stand. Friedrich, damals noch nicht der Große, bezeichnete die Uniform als „Sterbekittel“ und trug als junger Mann sehr viel lieber Hofkleidung in Pastelltönen. Doch kaum auf dem Thron, schlüpfte er in die Uniform und legte sie dann nur noch selten ab. Modisch war er sicher kein Vorbild – im Gegensatz zu seinem Großneffen und Nachfolger von 1897 bis 1840, Friedrich Wilhelm III.



Friedrich Wilhelm III. und Königin Luise im Park von Schloss Charlottenburg: Ölgemälde aus dem Jahre 1799 — Bild: CF

In die Regierungszeit des zwischen ihnen liegenden Friedrich Wilhelm II. fiel die Französische Revolution und der damit zusammenhängende gesellschaftliche Aufstieg der langen Hosen. Gesellschaftsfähig machten sie die in der Revolutionszeit einflussreichen Sansculottes (ohne Kniebundhose), Pariser Arbeiter und Kleinbürger, die im Gegensatz zu den von Adligen und Klerus getragenen Kniebundhosen lange Hosen trugen, wie sie zur Arbeit geeignet waren. Mit dem Aufstieg der sogenannten Pantalons, der langen Hosen, verschwanden die langen Seidenstrümpfe. Dafür trug der Herr jetzt Stiefel.

In Preußen war es der Sohn und Nachfolger von Friedrich Wilhelm II., der die langen Hosen zum Trend machte. Als der spätere Friedrich Wilhelm III. 1797 als Kronprinz auf der Promenade von Bad Pyrmont in Pantalons auftrat, zog das weit über Preußen hinaus Kreise.

Zwei Jahre später entstand im Park von Schloss Charlottenburg ein Gemälde, das den nunmehrigen König und seine Frau zeigt. Friedrich Wilhelm III. trägt darauf Uniform, aber mit weißen Pantalons und Stiefeln, die über die Knie reichten.

Nun sollte man meinen, dass eine weiße Hose nicht ideal für einen Reiter sei. Dennoch hat sie sich durchgesetzt. Bis heute ist sie im Reitsport als Turnierkleidung vorgeschrieben. Vermutlich ist die entstanden, weil die preußischen Kavallerieoffiziere Hirschleder-Hosen trugen. Hirschleder ist neu recht hell – und damit es einheitlich aussah, behandelte man es in Preußen mit weißer Kreide.

Auch in Sachen Frisur ging Friedrich Wilhelm III. mit der Mode. Als Kronprinz und als junger König trug er den friderizianischen Zopf. Doch in der Zeit der Befreiungskriege, im Jahre 1814, befreite er sich von ihm, schnitt ihn ab. Der König präsentierte sich auf Münzen und Bildern mit kurzem, ungepudertem Haar und legitimierte damit die neue Frisurenmode.

In der Biedermeierzeit wurde die Mode bürgerlicher und einfacher. Friedrich Wilhelm III. machte es, wie ein Denkmal zeigt, dass Friedrich Drake 1849 für den Berliner Tiergarten schuf. Es zeigt den König als Bürger mit langer Hose und einfachem Rock. Der war aber durchaus schick, bis zum Oberschenkel reichend, körperbetont, mit dem von der Uniform übernommenen hohen Kragen und doppelter Knopfreihe.

Was die Bartmode angeht, war sicherlich der letzte Herrscher aus dem Geschlecht der Hohenzollern am stilprägendsten. Wer im Deutschen Reich im Allgemeinen und in Preußen im Besonderen etwas auf sich hielt, trug gerne den wilhelminischen Es-ist-erreicht-Bart, Preußens letzten Beitrag zur Herrenmode. *Sibylle Luise Binder*

Der Moment der Woche

Foto: Imago

Abendstimmung in New York, eine schöne Frau, eine graziöse Bewegung: Der Fotograf hat es eingefangen. Seine Kamera gewährt einen scharfen Blick auf Asphalt, Kleiderstoff und schimmernde dunkle Haut. Völlig unterbelichtet scheint da der Vorwurf: „Kameras sind rassistisch.“ Die farbige, in Berlin lebende Soziologin Natasha A. Kelly beschwerte sich im „Tagesspiegel“, dass die Belichtungstechnologie für weiße Haut entwickelt worden sei. Für einen zweiten Artikel zum Thema blätterten die politisch-korrekten Redakteure des „Tagesspiegel“ beflissen diverse Fotoalben durch und erbleichten. Sie schrieben: „Auf Fotos von US-amerikanischen Schulklassen strahlen nur die Gesichter weißer Schüler, während die ihrer schwarzen Mitschüler mit dem Hintergrund verschmelzen.“

Experten empfehlen allerdings, statt dümmlicher Schwarz-Weiß-Malerei Fotografieren zu lernen. Richtig angewandt liebt die Kamera – nicht nur in New York – helle wie dunkle Schönheit gleichermaßen. *FH*

Schüsse an der Grenze

Er kam aus Polen und starb in Deutschland – Jetzt sorgt der Tod eines Wisents für Riesenwirbel

Er hatte Freunde. Er hatte einen Namen. Und er war ein gern gesehener Gast. In Polen. Bis er auf die Idee kam, durch die Oder zu schwimmen und in Deutschland an Land zu gehen. Das war sein Todesurteil. Ein Amtsleiter bekam Panik, ein Schuss setzte am Abend des 13. Septembers, einem Mittwoch, bei Lebus (Märkisch-Oderland) seinem Leben ein Ende. Die Rede ist von einem Wisent – dem ersten wilden Tier, das wieder deutschen Boden betrat, seit der letzte seiner Art 1755 in Ostpreußen abgeschossen wurde. Seither gibt es an allen Fronten Krach: Die Polen zanken mit den Deutschen. Die Naturschutz- und Jagdverbände zanken mit dem Amtsleiter, und der Bürger versteht die Welt nicht mehr – und vor allem nicht einen Amtsleiter, der hier hektisch den Abschuss eines der europaweit am striktesten geschützten Tiere anordnen kann.

Der rund 900 Kilogramm schwere Wisentbulle, von den Polen liebevoll „Nasz Zubr“ (unser Wisent) oder „Zubr Wedrowniczek“ (wandernder Wisent) genannt, war dort seit Jahren bekannt, weil er im Umkreis der Stadt Landsberg [Gorzów], etwa 150 Kilometer Luftlinie vom deutschen Lebus entfernt, reihum die Dörfer besuchte und die Leute erfreute, zumal er fast handzahm war. Die Freude am und der Stolz auf das Tier sind verständlich, ist der Wisent doch neben dem Adler eine Art zweites polnisches Wappentier. Doch mach mal einem Wisent klar, dass er nicht nach Deutschland darf.

Sein Todesurteil fiel binnen eines Tages. Nachdem er an dem Mittwoch mehrere Straßen gekreuzt hatte, bekam der Lebuser Amtsleiter Heiko Friedemann offensichtlich Panik. Später behauptete er, an besagtem Tag „weder einen Besitzer noch einen Tierarzt mit passendem Betäubungsgewehr“ auftreiben zu können. Ein Einfangen des Wisents sei nicht gelungen. So erteilte er zwei Jägern die amtliche Abschusserlaubnis, weil „Gefahr im Verzug“ gewesen sein und der „Schutz der Bevölkerung“ und die „Sicherheit des Straßenverkehrs“ nur so hätten gewahrt werden können. Das Ergebnis: Wisent tot, Kopf als Trophäe abgetrennt. Angeblich soll das Tier jetzt ausgestopft und im Heimatmuseum Lebus ausgestellt werden.

Der Amtsleiter in Lebus bekam offensichtlich Panik

Der Protest kam in Gang. Der weltweit aktive Naturschutzbund WWF Deutschland erstattete Strafanzeige gegen Heiko Friedemann („Ein streng geschütztes Tier ohne ersichtliche Gefährdung abschießen zu lassen, ist eine Straftat“). Das Umweltministerium in Potsdam ist „entsetzt und empört“, da weder das Ministerium noch das Landesumweltamt in die Entscheidung eingebunden waren, ja noch nicht einmal über das Erscheinen des Wisents informiert wurden.

Der Abschuss ist deshalb ungeheuer, da sich wohl noch nie so flink über die europäische Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtline) hinweggesetzt wurde wie in diesem Fall. Zur Erinnerung: Mit der FFH-Richtlinie werden gigantische Bauvorhaben wie die Elbvertiefung gestoppt oder auch schon Mal eine komplette Eidechsenpopulationen umgesiedelt. Bisons



Brandenburg: Keine Willkommenskultur für Wisente Bild: Imago

sind unter FFH sowohl in Anhang II als auch IV aufgeführt. Unter Anhang II fallen „Tier- und Pflanzenarten von gemeinschaftlichem Interesse, für deren Erhaltung besondere Schutzgebiete ausgewiesen werden müssen“. Anhang IV listet seltene und schützenswerte Arten auf. Weil sie akut gefährdet sind, dürfen ihre Fortpflanzungs- und Ruhestätten nicht beschädigt werden. Erlegt werden dürfen sie natürlich schon gar nicht.

Auf polnischer Seite, wo alle Medien über den Fall berichten und alte Ressentiments gegen Deutsche wieder aufleben, ist die Empörung besonders groß: „In einem zivilisierten Land wie Polen hat der Wisent friedlich gelebt, aber in Deutschland ist er gleich abgeknallt worden“, heißt es dort auf Twitter.

Tatsächlich ist in Deutschland kein Fall bekannt, in dem es zu Unfällen mit frei lebenden Wisenten gekommen wäre. Was kaum jemand weiß: 2013 wurde in Nordrhein-Westfahlen ein Aussetzungsprojekt gestartet, bei dem acht Wisente bei Bad Berleburg ausgewildert wurden. Zurzeit streifen im Rothaargebirge 17 Wisente auf 10 000 Hektar durch die Wälder. Elf davon sind bereits in der Natur geboren. Zwar wird um das Projekt erbittert prozessiert, aber nicht wegen der Gefahr für Menschen, sondern wegen der naschkatzenhaften Vorliebe der Wisente für den süßen Saft unter Buchen-Rinden, weshalb sie hingebungsvoll die Bäume schälen.

Der Wisent-Fall ist noch nicht zu Ende. In Brandenburg kommt er in den Umweltausschuss. Der Landkreis Märkisch-Oderland entschuldigte sich schriftlich bei Polen. Ein Protokoll soll alles „aufarbeiten“. Das Unverständnis und der Zorn über den Abschuss bleiben.

Ulrike Dobberthien

Wehrlose Untertanen erwünscht

Ob bei Jägern oder Sportschützen – Mit geradezu unheimlicher Konsequenz versucht der Staat seine Bürger zu entwaffnen

Am 30. Juli 2017 schoss ein abgelehnter Asylbewerber irakisch-kurdischer Herkunft in der Konstanzer Diskothek „Grey“ mit einem M16-Sturmgewehr um sich und tötete den Türsteher. Die Polizei rätselt bis heute, wie die Kriegswaffe in den Besitz des Mannes gelangte. Auf jeden Fall gehört sie zu den 20 Millionen illegalen Schießeisen, die nach Schätzungen in Deutschland existieren. Dieses furchteinflößende Waffenlager scheint Staat und Behörden allerdings wenig zu interessieren. Stattdessen werden Jäger oder andere Besitzer legaler Waffen schikaniert. Das Ziel: die totale Entwaffnung.

Wenn es in Europa in den vergangenen Jahren zu einem Terroranschlag kam, waren die Opfer den Tätern entweder hilflos ausgeliefert oder mussten sich mit unzulänglichen Mitteln wie Stühlen und Tischen verteidigen. Um wie viel glimpflicher wäre wohl manches Attentat ausgegangen, wenn einige der couragierten Bürger am Ort des Geschehens Schusswaffen gehabt hätten? Deshalb sollten die Beispiele von zivilem Heldenmut angesichts mordlüsterner Moslems eigentlich dazu ermuntern, die Zahl zuverlässiger Waffenbesitzer unter der Bevölkerung eher zu erhöhen.

Doch weit gefehlt: Ungeachtet der zunehmenden Terrorgefahr in Europa setzen die Gesetzgeber der Europäischen Union alles daran, dass die Zahl der legalen Waffen in Privathand immer weiter schwindet. Wie irrsinnig diese Strategie ist, zeigt der Umstand, dass es alleine in Deutschland rund 20 Millionen illegale Waffen gibt, so die übereinstimmende Schätzung verschiedener Experten und der Polizeigewerkschaft. Ihnen stehen lediglich 5,5 Millionen legale Waffen gegenüber. Sie sind auf 1,45 Millionen Besitzer verteilt. Mit anderen Worten: Es gibt hierzulande fast vier Mal mehr illegale als legale Waffen. Die Verhältnisse in anderen EU-Staaten sind ähnlich.

Selbst in Museen sollen Schusswaffen verboten werden

Trotzdem konzentriert sich Brüssel vorrangig auf die Bekämpfung des genehmigten Waffenbesitzes – und zwar unter Verweis auf die Terroranschläge der letzten Zeit. Eine hanebüchene Begründung, denn wenn die Moslem-Fanatiker einmal nicht Autos oder Messer als Mordinstrumente nutzten sondern Schusswaffen, stammten diese kaum jemals aus legalem Besitz.

Vorläufiger Höhepunkt der entsprechenden Bemühungen ist die neue EU-Richtlinie über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen vom 14. März 2017. Selbige enthält zwar noch einige Ausnahmen für Jäger, Sportschützen und Sammler, aber der nicht vollständig umgesetzte Entwurf der Regelung zeigt, wohin die Fahrt gehen soll. Am liebsten hätten die EU-Bürokraten nämlich auch noch ein Totalverbot beziehungsweise die Massenbeschlagnahme von Schusswaffen mit Magazinen für mehr als zehn Patronen verfügt. Sogar vor Museen hätten sie nicht halt gemacht und automatische Kriegswaffen aus deren Räumen verbannt. Desgleichen wollten sie Waffenbesitzern obligatorische medizinische und psychologische Tests verordnen. – Nach den nächsten Terroranschlägen werden diese Vorschläge sicher wieder die Runde machen. Möglicherweise werden sie dann auch umgesetzt.

Gleichermaßen ambitioniert arbeiten deutsche Waffengegner an der kontinuierlichen Verschärfung des Waffenrechts. Wenn es nach den Grünen ginge, sollte es praktisch überhaupt keine Schusswaffen mehr in Bürgerhand geben – was freilich nicht zu dem Gerücht passt, dass die Grünen-Ikone Claudia Roth mit einer Walther-Pistole im Handtäschchen herumläuft.

Die letzte Neufassung des Waffengesetzes wurde vom Bundestag am 18. Mai dieses Jahres beschlossen und trat am 6. Juli in Kraft. Seitdem gelten erhöhte Sicherheitsstandards für die Aufbewahrung von Waffen und Munition: Jetzt muss jeder, der nach dem 6. Juli eine Waffe oder einen Waffenschrank erwirbt, zu „Sicherheitsbehältern“ des Widerstandsgrades 0 greifen. Diese sind extrem schwer und auch sehr teuer, womit der Waffenbesitz für Normalbürger deutlich verkompliziert wird.

Noch größere Brisanz besitzen die neuen Zuverlässigkeitsregelungen im Paragraph 5 des Waffengesetzes. So kann auch Nichtvorbestraften der Waffenbesitz untersagt werden, wenn sie „Bestrebungen verfolgen oder unterstützen, die a) gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder b) gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet sind“. Bisher mussten diese Bestrebungen allerdings ganz konkret nachgewiesen werden. Nun reicht es hingegen schon, dass irgendwelche nicht näher definierten „Tatsachen die Annahme rechtfertigen“, der Betreffende wolle sich entsprechend betätigen.

Entzug der Waffe bei falschem Karnevalskostüm

Durch diesen Gummiparagraphen kann das Waffenrecht natürlich besser gegen politisch missliebige Personen eingesetzt werden. So gibt es mittlerweile Bemühungen, NPD-Mitglieder pauschal für unzuverlässig zu erklären und ihnen anschließend dann den Jagdschein zu entziehen.

Ansonsten reichen auch Banalitäten, um unbescholtenen Besitzern von legalen Waffen die Eignung abzusprechen, diese zu tragen. Kürzlich verlor ein Jäger in Bayern seine Waffenbesitzerlaubnis allein schon deshalb, weil er zum Karneval im Henkerskostüm erschien. Dieser behördliche Willkürakt wurde zwar vor Gericht wieder aufgehoben, doch in anderen Fällen hatten die Besitzer legaler Waffen weniger Glück, wenn sie juristisch gegen Entscheidungen der Verwaltung vorgingen, in denen das geltende Recht auf völlig überzogene Weise zu ihren Ungunsten ausgelegt wurde. Das kann zum einen passieren, wenn der zuständige Beamte zu den notorischen Waffenhassern zählt, zum anderen geht der Trend aber auch ganz allgemein dahin, die Zahl der legalen Schusswaffen in Privathand mit allen erdenklichen Mitteln zu reduzieren. Von einer diesbezüglichen internen Anweisung von „oben“ berichteten kürzlich sächsische Waidmänner, welche höhere Dienstgrade bei der Landespolizei bekleiden, im Vier-Augen-Gespräch mit ihren Jagdkollegen.

Die derzeitige Praxis erinnert in fataler Weise an das Vorgehen der Nationalsozialisten: Die versuchten damals sofort nach der Machtübernahme, sämtlichen Juden im Lande unter Missbrauch der damals geltenden Gesetze die Waffen abzunehmen. Dabei kam es auch zu Razzien und Hausdurchsuchungen. Prominentestes Opfer dieser Politik war Albert Einstein, in dessen Haus freilich nur ein Brotmesser „sichergestellt“ werden konnte. Dem folgte 1938 die offizielle „Verordnung gegen den Waffenbesitz der Juden“.

Natürlich ist es zutiefst undemokratisch, gerade diejenigen gesetzestreuen Bürger zu entwaffnen, welche bereit sind, sich dem aufwändigen Genehmigungsprozedere für legale Waffen zu unterwerfen. Und dumm ist es außerdem, wenn die Ressourcen nicht ausreichen, um eine flächendeckend präsente, schlagkräftige Polizeitruppe zu unterhalten. Aber es passt zum autoritär-kurzsichtigen Politikstil der Berliner Regierung gegenüber „denen, die schon länger hier leben.“

Wolfgang Kaufmann

Die Vorschriften

Waffenschein, Jadgschein, Waffenbesitzkarte

Wer erlaubnispflichtige Schusswaffen erwerben will, benötigt eine **Waffenbesitzkarte**. Diese erlaubt jedoch keineswegs auch das Mitführen von Gewehr oder Pistole außerhalb der eigenen Wohnung oder Geschäftsräume beziehungsweise umfriedeten Besitztums. Hierzu ist zusätzlich noch der **Waffenschein** erforderlich.

Darüber hinaus gibt es seit 2003 den **Kleinen Waffenschein**, den diejenigen Bürger beantragen müssen, welche eine Schreckschuss-, Reizstoff- oder Signalpistole in der Öffentlichkeit bei sich tragen wollen. Jäger wiederum brauchen einen **Jagdschein**, der sie zugleich berechtigt, die für ihr Tun erforderliche Waffen zu besitzen und unter genau festgelegten Bedingungen mitzuführen.

Vor Erteilung der entsprechenden Genehmigungen prüfen die jeweils zuständigen Behörden sowohl die **waffenrechtliche Zuverlässigkeit** der Antragsteller als auch deren **persönliche Eignung.** Wer einen Waffenschein beantragt, muss zudem das **Bedürfnis zum Führen** erlaubnispflichtiger Schusswaffen nachweisen – was zumeist die höchste Hürde des Verfahrens darstellt. *WK*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 40 – 6. Oktober 2017

MELDUNGEN

Zoll entdeckt 600 Kilo Kokain

Memel – Mehr als 600 Kilogramm Kokain hat der litauische Zoll in einer Lieferung von Gussformen für Kunststoffprodukte, in eine Reihe kleinerer Pakete verteilt, gefunden. Geliefert wurden diese aus Ekuador. Das Rauschgift besitzt einen Schwarzmarktwert von etwa 50 Millionen Euro und stellt einen der größten Drogenfunde in der Geschichte Litauens dar. T.W.W.

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S22: Mühlhausen [Młynary], Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing [Elblag] – Jazowa, Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Bergheim [Gorki] – Schwenteinen [Swietajny], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie], Baustelle. Straße Nr. 16: Bergfriede [Samborowo], Brükkenrenovierung; Gross Kosarken [Kozarek Wielki] – Słomowo, Baustelle; Deutsch Eylau [Ilawa] – Osterode [Ostróda], Baustelle. Straße Nr. 16c: Allenstein [Olsztyn] – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. Straße Nr. 51: Bartenstein [Bartoszyce], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 53: Schönwalde [Szczesne] - Klaukendorf [Klewki], Baustelle; Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. Straße Nr. 58: Hohenstein, Baustelle; Hohenstein [Olsztynek] – Schwedrich [Swaderki], Baustelle. Straße Nr. 59: Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. Straße Nr. 63: Angerburg [Wegorzewo], Baustelle. *E.G.*

Rauschen zieren neue Pflanzengebilde

zur Vorbereitung auf die Fußballweltmeisterschaft: Touristenroute entlang der originellen Skulpturen

Die diesjährige Badesaison in Rauschen neigt sich dem Ende zu, doch die Vorbereitungen für den Empfang der erwarteten Gäste während der Fußballweltmeisterschaft gehen voran. Eine Reihe von Pflanzenskulpturen wird derzeit an öffentlichen Plätzen aufgestellt. die Gästen den Weg durch die Stadt weisen sollen.

In diesem Jahr fiel die Hauptsaison in Rauschen eher mäßig aus. Nur selten zeigte sich die Sonne, und der Sommer ging so spurlos vorbei wie selten zuvor. Diejenigen, die nach Rauschen kommen, um noch die letzten Sonnenstrahlen des „Altweibersommers“ zu genießen, werden aber mit einer Überraschung beschenkt: Pflanzenskulpturen. Das Aufstellen der verschiedensten Skulpturen ist zwar eine weit verbreitete Tradition in Russland, aber sogenannte „Pflanzenskulpturen“ hat es auf den Straßen bisher noch nicht gegeben.

Die Rauschener Stadtverwaltung gab bekannt, dass diese neuen Figuren aus künstlichen Materialien hergestellt wurden, denen weder intensive Sonnenbestrahlung noch Kälte etwas anhaben. Auch dem Vandalismus sollten sie widerstehen können.

Die erste Skulptur, die in Rauschen aufgestellt wurde, war ein grüner Flügel. Er besteht aus einem Metallrahmen und künstlichen Pflanzen. Zunächst wurde er in den Büschen zwischen der Kurbühne und dem Meer aufgestellt. Aus Furcht vor Vandalismus wurde er jedoch an seinen alten Platz in den Kurpark (Lärchenpark) zurückgebracht. Später kamen in der Nähe des Mühlenteichs noch ein Fußballer und ein Radfahrer hinzu. Die bislang letzte Skulptur ist eine Komposition aus drei Figuren – drei Musiker stehen an der Einfallstraße nach Rauschen: ein Trompeter, ein Bassist und ein Saxophonist. Sie begrüßen nun alle Gäste der Stadt, die mit dem Auto kommen. Bald soll es in Rauschen eine weiteres Pflanzengebilde geben: eine Filmrolle.

Die grünen Skulpturen sollen laut Plänen der Stadtverwaltung Teil einer neuen Touristenroute werden: die Musiker begrüßen die Besucher, der Fußballer beim Teich weist den ‚Weg zum Trainingslager, das für die WM gebaut wird, und der Radfahrer steht in der Nähe des Informationszentrums. Der Flügel befindet sich im Zentrum der Stadt, und in der Nähe des Theaters „Bernsteinhalle“ soll demnächst die Skulptur in Form einer Filmrolle entstehen.



Originelle Touristenattraktion: Die aus künstlichen Grünpflanzen bestehende Skulptur eines Flügels im Stadtzentrum Bild: J.T.

Beständigkeit durch künstliches Material

Die Skulpturen sollen die besten Seiten Rauschens symbolisieren. Das näherrückende Sportereignis Fußball-WM wird durch Fußballspieler und Radfahrer versinnbildlicht, für den Event-Tourismus mit Filmfestivals und Konzerten stehen die drei Musiker, der Flügel und die Filmrolle.

Die Aufstellung der Skulpturen erfolgt im Rahmen eines Gemeindeprojekts, mit dem neue Touristikrouten in der Städtischen Umgebung erschlossen werden sollen. Der Bezirk Rauschen hatte an einem Wettbewerb zur Schaffung einer touristischen Infrastruktur teilgenommen, der unter den Gemeinden des Königsberger Gebiets ausgelobt worden war. Rauschen gewann diesen Wettbewerb und erhielt für die Umsetzung der Ideen umgerechnet 17 300 Euro. Knapp 14 000 davon kamen aus dem Gebietshaushalt. Etwa 5000 Euro steuerte der Kurort Rauschen selbst bei.

Jurij Tschernyschew

Großmolkerei »Polmlek« sorgt für Unmut in Heilsberg

Probleme mit der Firmenkläranlage – Bewohner befürchten Vergiftung der Gewässer

Wann hört die gigantische Molkerei auf, uns zu vergiften?“, fragen die Einwohner von Heilsberg. Der Großbetrieb, gleich hinter dem Zaun der Wiejskiej-Straße, verursacht Gestank, der für die Bewohner längst zum Problem geworden ist. Darüber hinaus ist der Molkereibetrieb „Polmlek“ laut und emittiert verunreinigten Staub in die nebenbei fließende Alle. Probleme mit der Firmenkläranlage existieren schon seit Jahren. In der Alle zeigen sich von Zeit zu Zeit weiße, milchige Flecken, deren lästiger Gestank in die benachbarte Wiejskiej-Straße zieht. Ende August floss von der Molkerei eine dunkle Ausscheidung zum Fluss .

Heilsberg ist eine der touristisch attraktiven Städte der Region. Gerade die Alle ist eine große Attraktion für Paddler. Von der Qualität des Wassers sind ebenfalls die Angler abhängig. Außerdem verläuft neben dem Fluss der Radweg „Green Velo“. Ein Teil der Stadt ist Erholungsgebiet. Unkontrollierte Verunreinigungen können eine starke Verschlechterung der Flora und Fauna des Flusses nach sich ziehen. Der Bürgermeister von Heilsberg, Jacek Wisniowski, hat die Angelegenheit nun dem Woiwodschafts-Umwelt-Inspektorat übergeben.



Gefährdete Idylle: Partie an der Alle Bild: Semu_CF

„Unser Betrieb entwickelt sich, und wir erneuern die Reinigungsanlagen. Leider ereignen sich bei den Modernisierungsarbeiten, die eine gänzliche Beseitigung der Beschwernisse zur Folge haben werden, Störfälle“, gab Marcin Witulski, der stellvertretende Vorsitzende der Firma „Polmlek“, zu. „Wir planen eine Installation, die uns im September eine verbesserte Reinigung um 25 Prozent ermöglicht, damit es in der Zukunft solche Situationen nicht mehr geben kann“, ergänzte der Vorsitzende. Der Vorstand der Molkerei verspricht auch eine Rekultivierung und Reinigung eines Teils des Flusses.

Radio Allenstein fragte den Woiwodschafts-Umwelt-Inspektor nach den Ergebnissen der durchgeführten Kontrolle im Molkerei-Betrieb. Die Ergebnisse seien gut, sagte die Inspektorin Joanna Kazanowska. Es seien Informationen über nächtliche ungereinigte Abfallentsorgungen eingegangen. Eine komplexe Kontrolle vom 20. Juli bis zum 30. August habe aber die Verringerung der Verschmutzungen bestätigt, sagte die Inspektorin.

Der Vorstand von „Polmlek“ und auch der Heilsberger Landrat, Jan Harhaj, gaben das Einverständnis zum Umbau des Betriebes und erklärten, dass die Kritik an „Polmlek“ mit den bevorstehenden Kommunalwahlen in Zusammenhang stünden.

Dagegen spricht allerdings die Tatsache, dass es danach wieder zu einer nächtlichen Verschmutzung gekommen war. Kazanowska bestätigte die Angaben der Bewohner und erklärte, dass „Polmlek“ seit 2016 die Grenzwerte bei den eingeleiteten Herstellungsrückständen nicht eingehalten habe, weshalb das Unternehmen zu weiteren Modernisierungen

Täglich hergestellt: 1000 Tonnen Milchprodukte

„Polmlek“ ist mit 650 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber in Heilsberg. Das Unternehmen produziert 1000 Tonnen Milchprodukte täglich, und es will noch weiter expandieren. Eine funktionierende Kläranlage ist dringend notwendig. *PAZ*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

was lange währt, wird endlich gut – das alte deutsche Sprichwort ist wohl von jedem mal angewandt worden, auch von uns in unserer Ostpreußischen Familie, wenn sich ein Erfolg erst nach langer Zeit eingestellt hat. Auch auf die nun sich schon über vier Jahre hinziehenden Suche unseres Lesers **Reinhold Kalisch** nach Angaben über seine Herkunft könnte man es anwenden, allerdings etwas abgeschwächt, sagen wir mal:"...wird immer besser", denn es handelt sich um Teilerfolge, die unser Leser aus Baden-Baden zu verzeichnen hat. Und dazu haben unsere Veröffentlichungen in den Folgen 32 und 38 unserer Kolumne beigetragen, die den Suchenden einige Schritte weiterbringen könnten, indem sie seine frühe Kindheit erhellen. Kurz repliziert: Reinhold wurde als zwei Wochen alter Säugling in ein Kinderheim in Zittau gebracht, und blieb dort – einen zwischenzeitlichen Krankenhausaufenthalt wegen Typhus eingerechnet – zwei Jahre lang, bis er in Pflege kam. Wer den Säugling dort abgegeben hat, ist leider bis heute nicht geklärt. Es könnte seine aus Königsberg stammende Mutter **Lieselotte Kalisch** gewesen sein, die auf der Flucht das Kind in Schweidnitz zur Welt brachte – aber das wird wohl nie herauskommen, denn seine Mutter, die im Krieg bei der Organisation Todt in Rastenburg gearbeitet hat, soll später nach Amerika gegangen sein und dort geheiratet haben. Das Schicksal seines Vaters glaubt er aufgeklärt zu haben, als er auf dem Friedhof in Palmnikken das Grab des 27-jährigen **Rolf Kalisch** fand, „der sein Leben für einen sinnlosen Krieg lassen musste“. Damit hatte Reinhold Kalisch eigentlich seine Suche abgeschlossen, aber eine Abbildung des Kinderheimes in Zittau veranlassten ihn doch, sich noch einmal an uns zu wenden. Seine Frage betraf das Waisenhaus in der Lessingstraße, einen schönen Bau, der bis dahin Sanatorium gewesen war, und das Leben der dort untergebrachten elternlosen Kinder und ihrer Betreuer. Ich konnte ihm nicht viel Hoffnung auf Erfolg machen, die Frage war schon sehr speziell – aber sie fand doch in unserem Leserkreis eine Reaktion, die aus Aufnahmen von der Baugrube des vor zwei Jahren abgerissenen Gebäudes bestand. Vielleicht hat dieses Foto zu mehr Aufmerksamkeit unserer Leserschaft beigetragen, denn nun kam folgendes Schreiben von Herrn Kalisch, das meine Bedenken widerlegte:

„Ganz herzlichen Dank für Ihre Bemühungen bezüglich meiner Suche nach der Geschichte des Kinderheimes in Zittau. Und es gibt Erfreuliches zu berichten. Nach dem ersten Artikel meldeten sich die Leserinnen Frau **Bremser** und Frau **Ohmann**. Beide Damen konnten mir wertvolle Hinweise ergeben. Frau Bremser wusste, dass dieses Heim dann Lina-Wehnert-Heim hieß, Frau Ohmann konnte mir einen historisch bewanderten Herrn nennen, das sich als Volltreffer erwies. Herr **P. Wildner** wohnte selber in der Lessingstraße und kennt einige ältere Bewohner, die das Haus noch kannten, als es Kinderheim und Wochenkrippe war. Und dann half mir das Internet weiter. Ich gab einfach mal „Lina-Wehnert-Heim Zittau“ ein – und das Schicksal spielte mit: Es erschien ein Hinweis, dass in dem Buch „Ich habe Dich so gesucht“ ein Junge mit seiner Schwester im Januar 1945 in eben dieses Heim gebracht wurde. Es gibt dazu Suchfotos, auf dem er einmal als Kind und einmal als junger Mensch zu sehen ist. Ich habe nun die Autorin dieses Buches und den Suchdienst des DRK aktiviert – schau'n wir mal! Ich kann mich nur ganz herzlich bei Ihnen bedanken und freue mich, etwas Licht in meine Geschichte zu bringen.“ Wie es jetzt aussieht, könnte es noch viel heller werden. Wir freuen uns jedenfalls mit Herrn Kalisch und danken ihm für seine herzlichen Worte wie auch den Leserinnen und Lesern, die ihm und uns mit ihren Angaben geholfen haben.



Das ehemalige Kinderheim in Mühlhausen blieb erhalten Bild: Geede

Ein ähnliches Kinderschicksal, ein ähnlicher Wunsch, endlich Gewissheit über seine Herkunft zu bekommen, ein ähnliches Anliegen, das an die Ostpreußische Familie gerichtet ist – und doch so unterschiedlich in dem Verlauf des bisher gelebten Lebens: Da sind wir wieder bei dem russischen Wissenschaftler Dr. **Valery Sevastianow**, der nach der sowjetischen Okkupation Ostpreußens als ein etwa einjähriges Kleinkind von einem russischen Ehepaar aus einem Kinderheim in Georgenswalde geholt und adoptiert wurde. Wir haben seine Schicksalsfrage ausführlich in Folge 34 behandelt, und in Folge 37 ein Foto von ihm gebracht, das ein freundliches lebensfrohes Gesicht unter vollem, grauem Haar zeigt. Dabei haben wir im Text sein heutiges Domizil in das Samland verlegt, aber das stimmt nicht: Der Hof, den er nun mit seiner Frau bewirtschaftet, liegt zwar auch in Ostpreußen, doch weiter östlich bei Lasdehnen. Aber lassen wir ihn das selber erzählen:

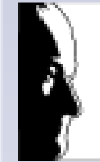
„Ihren Artikel habe ich gelesen und deswegen meine größte Dankbarkeit. 70 Jahre habe ich immer versucht, herauszufinden, wer ich bin, aber Ergebnisse habe ich nie erhalten. Mein Brief an Ihnen war absolut hoffnungslos. Jetzt kenne ich wenigstens meine richtige und wunderschöne Heimat. Das ist überhaupt nicht wenig. Meine Post-Adresse ist jetzt RU-238730, Kaliningrad, Bezirk Krasnoznamensk, Illovajskoe (Hutor). Das bedeutet: Zwischen der früheren Stadt Lasdehnen/Haselberg neben litauischer Grenze und dem Dorf Illovajskoe stehen immer noch einige alte Hofe. Ein Hof habe ich mit Hilfe von Forstkollegen und Freunden, die zu mir in schwerer Zeit gekommen, gekauft und renoviert. Damals war meine Gesundheit nicht gut, aber eine Frau kam zu mir mit einer Tochter zusammen, und Gesundheit war zurück. Jetzt ist diese Frau meine Ehegattin und Tochter ist groß geworden. Wir backen Brot aus eigenem Mehl, machen eigene wunderbare Käse und Wurst, Kartoffeln, Beeren und so... Perfekter Traktor und Tischlerei, und dazu meine Wissenschaft und Musik. Hof wollten wir zum Verkauf ausstellen, aber Immobilienmarkt 'steht' schon lange. Ich träume frei zu sein und mit meiner Frau zusammen ein gebrauchtes Segelboot kaufen und nach Süd-Amerika gehen nach einer Segler-Ausbildung, wenn das Geld reicht. Und ich will meine Schwester finden und Wissenschaftsarbeit bis Ende machen.“ So hat uns Dr. Sevastianov Einblick in sein Leben auf einem alten deutschen Hof bei Lasdehnen verschafft, der aber für den unruhigen Geist noch lange nicht ein Altersruhesitz ist. Auf der Suche nach seiner – vermutlichen – Schwester, die als etwa Drei-bis Vierjährige mit dem einjährigen Jungen zusammen in das Kinderheim in Georgenswalde kam. Die Kinder wurden dann getrennt, das Mädchen soll den russischen Namen Ludmila erhalten haben. Valery glaubt, sie nun auf einem Suchfoto wieder zu erkennen, aber da zeichnet sich leider kein Erfolg ab, was bei der Schwere dieses Falls auch anzunehmen war.

Aber eine andere Suchgeschichte haben wir glücklich zu Ende gebracht und darüber auch schon berichtet, doch nun kommt das Sahnehäubchen auf den Kuchen. Die Hauptfrage hatte schon nach der ersten Veröffentlichung Erfolg: Frau **Christel Meurer**, die nach ihrem Geburtsort Mühlhausen gefragt hatte, bekam von Herrn **Herbert Skroblin** eine sehr ausführliche Erklärung, dass es sich nur um Mühlhausen im Kreis Pr. Holland handeln konnte. Stimmte auch, da die Familie **Jäger** aus dem Kreis Angerapp stammte und der Grenzkreis schon im Herbst 1944 den Russeneinfall erlebte. Für diese ersten Flüchtlinge war der Kreis Pr. Holland ausgewiesen, und dort erblickte Christel am Heiligen Abend das Licht der Welt. Aber wo und unter welchen Umständen? Mit dieser Frage hat sich sehr eingehend unser Leser, Herr **Helmut K.**, beschäftigt und auf ein damals in Mühlhausen existierendes Entbindungsheim hingewiesen, was er nun sogar mit einer Abbildung belegen kann. Es ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass Christels Mutter dort entbunden hat, denn eine Flüchtlingsunterkunft mitten im kalten Winter ist auch nicht gerade für eine Geburt geeignet – obgleich so mancher hochschwangeren Flüchtlingsfrau keine andere Wahl blieb. Aber die hatte nun Frau Jäger, und sie wird diese auch genutzt haben, zumal das Heim erst während des Krieges eingerichtet wurde, vorher befand sich hier das Neue Amtsgericht. So kann Frau Meurer nun das auch heute noch existierende Haus in der Braunsberger Straße als den Ort betrachten, an dem sie zur Welt kam. Wenn sie also das nächste Mal in ihre Geburtsheimat fährt – dreimal war sie schon dort und hat vergeblich nach Spuren gesucht, bis sie sich an die Ostpreußische Familie wandte – kann sie es nach der Beschreibung unseres Lesers Helmut K. leicht finden: Es liegt etwa 450 Meter vom Ortsausgang entfernt in der ehemaligen Braunsberger Straße hinter einer leichten Linkskurve auf der rechten Straße. Gegenüber dem gut erhaltenen Gebäude mit der Nummer 15 steht ein hölzerner Mast – mit einem Storchennest! Das ist das Sahnehäubchen, und es wird Christel Meurer, dem „Christkind aus Mühlhausen“ wohl munden.

Eine Familie ohne neue Fragen – das gibt s nicht. Und da haben wir eine ganz besondere auf dem Tisch, die Frau **Anorte Großkreutz** aus Aachen vom Schwedischen Genealogentag in Halmstad mitgebracht hat. Es handelt sich um den Münzpalast in Königsberg, in der Münzstraße 7 dicht am Schloss gelegen, die wohl bekannteste Kleinkunstbühne der Stadt, in der sich ein Teil des Königsberger Nachtlebens abspielte. Auch zu Kriegszeiten, denn Anfang 1942 soll dort ein Norditaliener als Pianist tätig gewesen sein. Vielleicht kann sich jemand an den Klavierspieler erinnern oder besitzt noch ein Programmheft vom Münzpalast, in dem sein Name enthalten ist. Auch sein weiteres Schicksal ist den schwedischen Fragestellern, die Frau Großkreutz mit dieser Suchfrage beauftragt haben, unbekannt. Auch Erinnerungen an den damaligen Direktor des Münzpalastes, August Sauerbaum, und seine Familie sind willkommen. Dies zuerst einmal in Kürze. (Anorte Großkreutz, Purweider Weg 19 in 52070 Aachen, Telefon: 0241/159894.)

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

In den Zwängen der politischen Geschichtswissenschaft

Die Zeitung der Deutschen in Polen hinterfragt Polens Recht auf Reparationen

Anfang September hatte Polens Regierungschefin Beata Szydlo Forderungen nach Kriegsentschädigungen durch Deutschland bekräftigt. In einem Papier des Sejms wurde festgestellt, dass die Frage juristisch weiterhin offen bleibe, auch, da Polen in der Nachkriegszeit keine echte Souveränität gehabt habe und damals dem Willen aus Moskau gefolgt sei.

Eine umfassende Einschätzung der polnischen Position hat nun die Zeitung der deutschen Minderheit in Polen, das „Wochenblatt“, beim Direktor des Willy-Brandt-Zentrums für Deutschland- und Europastudien der Universität Breslau, Krzysztof Ruchniewicz, eingefordert. Er stellt eingangs fest, dass die Alliierten bereits am 19. August 1945 vereinbart hätten, „dass die Gebiete, die nach dem Zweiten Weltkrieg Polen zufielen (...) aus den Reparationen ausgenommen waren“.

Dummerweise hakte das „Wochenblatt“ an dieser Stelle nicht nach, wieso sich Polen auf eine fehlende Souveränität berufen dürfe, während der alliierte Wille für Deutschland nun nach Jahrzehnten noch wirken solle. Gleichwohl schafft es Ruchniewicz zu erklären, warum sich Polen von Sowjetrussland in Sachen des Weiterreichens von konfiszierten Werten nie bedient fühlte: „Die Sache wurde später komplizierter, nachdem die sowjetische Regierung von Polen eine Gebühr für die Auszahlung der Reparationen verlangte. Warschau sollte diese Gebühr entrichten in Form von Steinkohleverkäufen zu ausgesprochenen Vorzugspreisen zugunsten der sowjetischen Seite, ja geradezu umsonst.“ Gleichwohl sei die Frage individueller Entschädigung für kriegsbedingte Leiden im Gegensatz zu Reparationen „viel komplexer“. Im Grunde eine zweite Steilvorlage für das „Wochenblatt“, hier auch nach deutschen Zwangsarbeitern unter Polen zu fragen.



Prof. Krzysztof Ruchniewicz Bild: Ruchniewitz/Wikipedia

Ruchniewicz warnt letztlich immerhin davor, die deutsch-polnischen Beziehungen mit Forderungen zu belasten. Letztlich ist er immer wieder auch von der deutschen Minderheit als eine Art Kronzeuge in historischen Debatten zu Wort gekommen. Doch im Resümee scheint für die Deutschen in Polen mit dieser Kronzeugenschaft auch verbunden zu sein, niemals Positionen jenseits von Ruchniewicz zu vertreten.

Und hier fällt einem an erster Stelle natürlich die Rolle ein, die Ruchniewicz bei der Demontage von Manfred Kittel als Direktor der Stiftung Flucht, Vertreibung und Versöhnung zukam, als er den linksliberalen deutschen Kollegen polnische Positionen im Kesseltreiben gefällig verkaufte – aus welchen Abhängigkeiten oder Überzeugen auch immer. In Erinnerung bleibt dabei, wie er sich an den Attacken der polnischen Politologin Anna Wolf-Paweska beteiligte, die den „Berliner Appell“ von Erika Steinbach, der damaligen Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, vom September 1998 als „opportunistisch, arrogant, zynisch, inkompetent, demagogisch und unverantwortlich“ einstufte. Ruchniewicz galt fortan als Hoffnungsträger für die Erstellung eines deutsch-polnischen Schulgeschichtsbuches.

Das Dilemma bleibt: Politische Erwartungshaltungen und jahrzehntelange terminologische Gewohnheiten in Polen führen noch immer bei halben Schritten zu kritikloser und schneller Zustimmung. Wie viele deutsche Wissenschaftler schwärmen in Breslau allein davon, dass die Universität ein Willy-Brandt-Zentrum unterhält – benannt ausgerechnet nach dem deutschen Politiker, der als erster den deutschen Osten aufgab. In einer anderen Tradition als der Brandt'schen kann ein solches Institut letztlich gar nicht stehen.

Edmund Pander



ZUM 98. GEBURTSTAG

Armbruster, Herta, geb. **Piechottka**, aus Prostken, Kreis Lyck, und aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 12. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Müller, Waltraut, geb. **Kasarzik**, aus Treuburg, am 6. Oktober
Reinhardt, Anni, aus Narwickau, früher Kruschullen, Kreis Ebenrode, am 9. Oktober
Wagner, Ursula, Landesgruppe Bremen, am 6. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Falk, Ruth, geb. **Rietenbach**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 9. Oktober
Fexer, Ewald, aus Allenstein, am 2. Oktober
Kaehler, Brigitta, aus Neidenburg, am 8. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Fratzke, Herbert, aus Wehlau, am 6. Oktober
Gebauer, Frieda, geb. **Oehlert**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 7. Oktober
Pikies, Gertrud, geb. **Niedenthal**, aus Neuhof, Kreis Lötzen, am 8. Oktober
Taulien, Erna, aus Heiligenbeil, am 7. Oktober
Walendie, Wilhelm, aus Graiwen, Kreis Lötzen, am 6. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Böhnke, Horst, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 8. Oktober
Jessat, Otto, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 5. Oktober
Kriese, Margarete, geb. **Löper**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober
Malkus, Margarete, geb. **Danielzik**, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 11. Oktober
Missun, Charlotte, geb. **Trucks**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 8. Oktober
Puppe, Ruth, geb. **Walter**, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 6. Oktober
Schwarz, Ida, geb. **Deutschendorf**, aus Wilpen, Kreis Ebenrode, am 8. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Baatz, Fritz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober
Grikschat, Paul, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 10. Oktober
Hindersin, Lieselotte, geb. **Bubritzki**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Horn, Christel, geb. **Huebner**, aus Tiefen, Kreis Lötzen, am 12. Oktober
Römer, Hilde, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 8. Oktober
Stolzke, Waltraud, geb. **Friedel**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 10. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Heinrich, Helene, geb. **Wagner**, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 8. Oktober
Knöschke, Ilse, geb. **Janz**, aus Bersteningken, Kreis Memel-Land, am 12. Oktober
Kuster, Paul, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, am 11. Oktober
Philippzik, Ruth, aus Walden, Kreis Lyck, am 6. Oktober
Schimkus, Siegfried, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 11. Oktober
Schulz, Elli, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 12. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Angerhausen, Charlotte geb. **Pätzel**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 6. Oktober
Böhnke, Dorothea, geb. **Reuter**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 9. Oktober
Dzienian, Werner, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 12. Oktober
Friedenberg, Gertrud, aus Soffen, Kreis Lyck, am 7. Oktober
Fromm, Hildegard, geb. **Pauli**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Karow, Joachim, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 7. Oktober
Kiehr, Herta, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 6. Oktober
Kottler, Hedwig, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 10. Oktober
Kreuzberger, Eva-Maria, geb. **Janzyk**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 7. Oktober
Kubernus, Georg, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 9. Oktober
Renner-Kruska, Therese, aus Lyck, am 8. Oktober
Siersleben, Hannelore, geb. **Hoppe**, aus Neidenburg, am 9. Oktober
Sziegoleit, Werner, aus Krauden, Kreis Tilsit-Ragnit, am 5. Oktober
Will, Toni, geb. **Hoefert**, aus Falkenhöhe, Kreis Elchniederung, am 7. Oktober
Wolf, Harry, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 9. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Andersen, Ruth, geb. **Kretschmann**, aus Windkeim, Groß Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 7. Oktober
Bandorski, Christel, geb. **Chudzin**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 11. Oktober
Clauß, Hildegard, aus Lyck, am 7. Oktober
Freese, Gretel, geb. **Stenzel**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 8. Oktober
Gause, Alfred, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 9. Oktober
Goltermann, Edith, geb. **Gengel**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 10. Oktober
Hammermeister, Helmut, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Hartel, Elfriede, geb. **Joswig**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 6. Oktober
Kaeber, Sieglinde, geb. **Lyhs**, aus Treuburg, am 12. Oktober
Koslowski, Horst, aus Rostken, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Krüger, Artur, aus Lyck, Stradauner Chaussee 13, am 13. Oktober
Kruschinski, Alfred, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 13. Oktober
Mohaupt, Eva, geb. **Kurreik**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 12. Oktober
Rozynski, Käthe, geb. **Behrend**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 12. Oktober
Wenning, Sigrid, geb. **Pelzer**, aus Prostken, Bahnhofstraße 18, Kreis Lyck, am 10. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Albrecht, Ursel, geb. **Czimmernings**, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 11. Oktober
Barzik, Maximilian, aus Kielen, Kreis Lyck, am 6. Oktober
Fischer, Ewald, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 6. Oktober
Greve, Bernhard, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 11. Oktober
Karczewski, Käthe, geb. **Kayka**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Kieven, Helga, geb. **Unruh**, aus Fedderau, Kreis Heiligenbeil, am 11. Oktober
Klein, Christel, geb. **Grudinski**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 10. Oktober
Kosmowski, Christa, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 10. Oktober
Kroll, Walter, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 12. Oktober
Linke, Ilse, geb. **Ganseleiter**, aus Lyck, Morgenstraße 27/28, am 7. Oktober
Mahn, Erika, geb. **Domnik**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 10. Oktober
Meier, Elisabeth, geb. **Wischniewski**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 7. Oktober
Nowak, Konrad, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 6. Oktober
Schmakowski, Josefine, geb. **Berndt**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Schmeer, Ehrentraut, geb. **Linka**, aus Ortelsburg, am 8. Oktober
Seelinger, Elsa, aus Ebenrode, am 20. Oktober
Serek, Heinz, aus Rhein und Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 13. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Jorzick, Werner, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 7. Oktober
Kirschning, Dieter, aus Schurfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 10. Oktober
Kleimann, Anneliese, geb. **Kühn**, aus Plein, Kreis Elchniederung, am 11. Oktober
Littek, Horst, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 7. Oktober
Lonn, Elisabeth, geb. **Knopf**, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 12. Oktober
Lunkowski, Helmut, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Marchlowitz, Karl-Heinz, aus Ortelsburg, am 12. Oktober
Meier, Elisabeth, geb. **Wischnewski**, aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 7. Oktober
Miefert, Edeltraut, geb. **Kasperowski**, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 13. Oktober
Nowak, Konrad, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 6. Oktober
Patommel, Lothar, aus Ragnit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 2. Oktober
Sadlowski, Horst, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 11. Oktober
Sadowski, Kurt, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 10. Oktober
Sakautzki, Roswitha, geb. **Behn**, aus Roddau, Perkuiken, Kreis Wehlau, am 10. Oktober
Schikowsky, Diethart, aus Fritschienen, Kreis Wehlau, am 10. Oktober
Wiebold, Christel, geb. **Chmielewski**, aus Paterschobensee, Kreis Ortelsburg, am 12. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Honauer, Heidrun, geb. **Heering**, aus Lötzen, am 9. Oktober
Kubeit, Klaus-Dieter, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 8. Oktober
Liefer, Sigrid, geb. **Dobat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 10. Oktober
Nicolovius, Hannelore, aus Treuburg, am 6. Oktober
Prieß, Renate, geb. **Heydeck**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 10. Oktober
Riemke, Herbert, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 8. Oktober
Spaltner, Bruno, früher **Sczepanek**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 8. Oktober
Stadie, Siegbert, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 10. Oktober

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet.
Melden Sie Ihre Glückwünsche unter Telefon (040) 4140080, Buchtstraße 4 in 22087 Hamburg oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

TERMINE DER LO

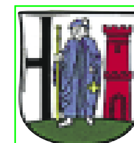
2017
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

2018
17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

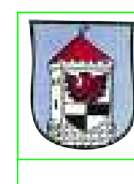
Bericht vom 62. Kreistreffen, Teil II

Weiter berichtete Gottfried Hufenbach über seinen diesjährigen Besuch in Allenstein, bei dem er auch mit der Auszahlung der Bruderhilfe begann. Die Verteilung wird in bewährter Weise von Renate Barczewski weitergeführt. An 200 Bedürftige werden jeweils 30 Euro ausgezahlt. Im nächsten Jahr werden nur etwa 4000 Euro für die Bruderhilfe zur Verfügung stehen. Im Rahmen dieses Besuchs hatte er auch Gelegenheit, den Stadtpräsidenten zu sprechen und ihn zu unserem Jahrestreffen einzuladen. Auch das Thema Belian wurde mit ihm erörtert. Im Mai war der Stadtpräsident mit einer Delegation in Gelsenkirchen. Anlass war das 25. Jubiläum der Städtepartnerschaft zwischen Gelsenkirchen und Allenstein.

Dr. Alexander Bauknecht gab einen Überblick über die Aktivitäten der AGDM während des vergangenen Jahres. Da die Pflege und der Erhalt der deutschen Sprache und Kultur zu den wichtigsten Aufgaben der AGDM gehören, kommt den Deutschkursen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene besondere Bedeutung zu. Diesem Zweck dienen auch der Ausbau der Bibliothek, Lesungen und Vorträge. In diesem Jahr wurde das 25-jährige Bestehen der Gesellschaft gefeiert. Die Veranstaltungen wurden von vielen Persönlichkeiten aus Deutschland, Polen und Vertretern befreundeter Gesellschaften besucht. Wie in jedem Jahr fand im November ein Besuch der Helfer und Betreuer, der Johanniterschwestern und Geistlichen aus der Region statt, verbunden mit einer Schulung der Schwestern. Zu weiteren Veranstaltungen des vergangenen Jahres zählen die Seniorentreffen, die Ausstellungen der Handarbeitsgruppe und das jährliche Kartoffelfest. Der Tag der Minderheiten auf dem Gelände Ataman war wieder gut besucht und ein großer Erfolg. Die Studienreise der AGDM ging in diesem Jahr zur Marienburg. Zum Tag der Deutschen Einheit lud das Generalkonsulat nach Danzig ein, es war ein sehr schöner, feierlicher Tag. Den Abschluss des Jahres bildete wie immer das Gedenken am Volkstrauertag auf dem Allensteiner Ehrenfriedhof.

Nach den Berichten des Schatzmeisters und der Kassenprüfer, die dem Schatzmeister für das vergangene Jahr eine ordnungsgemäße Geschäftsführung bescheinigten, wurde der Vorstand entlastet. Mit einem fröhlichen Beisammensein in der Gaststätte Dubrovnik klang der Tag aus.

Lesen Sie in der nächsten Woche im dritten und letzten Teil des Berichtes von den Festlichkeiten am Sonnabend und Sonntag.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Kulturpreis für Günter Kuhn

Im Rahmen des kulturellen Abends während der Angerburger Tage am 9. September überreichte Landrat Hermann Luttmann den Angerburger Kulturpreis an Günther Kuhn. In der Laudatio heißt es wie folgt:

Am 24. Mai 2017 hat das Kuratorium für die Vergabe des Angerburger Kulturpreises – Eike Holsten, Hans-Joachim Roesch, Kurt-Werner Sadowski und der Erste Kreisrat Dr. Torsten Lühring – über die Zuerkennung der Auszeichnung für das Jahr 2017 beraten. Nach eingehender Würdigung der eingesandten Werke wurde beschlossen, den Angerburger Kulturpreis 2017 Herrn Günther Kuhn für die Arbeit „Angler – Fischer – Menschenfischer" zuzuerkennen.

Es handelt sich um eine Erfassung der Bewohner aus den 73 Orten des Kreises Angerburg und deren Verbleib nach 1945 mit ihren Angehörigen in einer elektronischen Datenbank. Die Arbeit begann bereits 1994 und dauert bis heute an. Grundlage war zunächst eine Auflistung von etwa 3600 Beziehern des „Angerburger Heimatbriefes".

Zu den zunächst vorliegenden postalischen Adressen wurde ermittelt: Familienname, Vorname, Name des Vaters, Name des Ehepartners, die Telefonnummer, der Heimatort (gegebenenfalls mit Straße und Hausnummer) sowie Geburtstag. Diese Angaben wurden in einer Excel-Tabelle dargestellt. Im weiteren Verlauf wurden die Teilnehmer der verschiedenen Aktivitäten der Kreisgemeinschaft Angerburg erfasst und dazu die entsprechenden Anwesenheitslisten ausgewertet.

Aus der Kreisgemeinschaft Angerburg konnten einige Sprecher von Gemeinschaften gefunden werden, die sich mit unterschiedlicher Intensität um die Aktualisierung der Ortslisten bemühten und es teilweise auch noch heute tun. Von der Geschäftsstelle kommen immer wieder Rückläufer

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

aus dem Versand der Angerburger Heimatbriefe und den Gratulationen des Kreisvertreters zu Geburtstagen, Jubiläen et cetera. Die Angerburger geben zudem Familiennachrichten, Wünsche und Änderungen an die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft. Dieses alles wird regelmäßig ausgewertet, in die Auflistungen eingearbeitet und zur Aktualisierung der Liste der Bezieher des Angerburger Heimatbriefes weitergegeben.

Für die Schriftleitung des Angerburger Heimatbriefes werden die in einem halben Jahr in den Auflistungen erfassten Neubezieher, Geburtstagswünsche, Jubiläen und Todesfälle gespeichert und zusammengefasst zur Veröffentlichung im Heimatbrief.

Die Auflistungen der 73 Orte aus dem Kreis Angerburg sind in farbige Mappen in den Farben Masurens eingeheftet und können bei Treffen der Kreisgemeinschaft ausgelegt werden.

Das Kuratorium hat diese jahrzehntelange Arbeit besonders gewürdigt: „Herr Günther Kuhn hat mit dem Aufbau einer elektronischen Datenbank unter anderem die Voraussetzungen für die weitere wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte des Landkreises Angerburg geschaffen. Mit der Vergabe des Angerburger Kulturpreises 2017 soll diese sehr aufwendige und mühevolle Arbeit gewürdigt werden."

Im Beisein seiner Ehefrau Karin nahm Günther Kuhn den Angerburger Kulturpreis entgegen. Die Angerburger gratulieren Günther Kuhn ganz herzlich.

Susanne Hagen


Angerburg: Preisträger Günther Kuhn mit dem Rotenburger Landrat Herman Luttmann Bild: Wolfgang Malessa



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Heimatbriefe

Liebe Mitglieder und Freunde der Kreisgemeinschaft, von diesjährigen Ostpreußentreffen in Winsen sind Sie hoffentlich zufrieden und wohlbehalten nach Hause zurückgekehrt. Im Namen des Vorstandes darf ich für die Bestätigung im Amt herzlich danken. Aus den Verhandlungen mit der KG Schloßberg ist zu berichten, dass die Heimatbriefe künftig wieder getrennt erscheinen werden. Wer noch Berichte, alte Fotos oder sonstige Beiträge für den Heimatbrief parat hat, wird gebeten, sie baldmöglichst einzusenden.

Gerhard Kuebart

Rezension

„Zur Kleinbäuerlichen Struktur in Preußisch Litthauen (Regierungsbezirk Gumbinnen)" heißt eine Veröffentlichung der Ebenroder Kulturabteilung. Dazu eine Rezension von Professor George Turner:

Resultate von Geschichtsschreibung begegnen dem Leser üblicherweise in der Form zusammenfassender Darstellung und Wertung. Ergebnisse solcher Art bedürfen der Detailarbeit, die Recherche im Kleinen voraussetzen, woraus sich dann ein Gesamtbild ergibt, wie in einem Mosaik. Dafür liefern die Autoren W. Rothe, H. Keding, S. und E. Mildenberger und E. Salewski ein klassisches Beispiel. In dem zweibändigen Werk von Wolfgang Rothe und Daniela Wiemer „Zur Siedlungsgeschichte von Preußisch Litauen am Beispiel der Region des Kirchspiels Tollmingkehmen und Umgebung" ist bereits die große Linie vorgezeichnet. Sie konnte nur so eindrucksvoll gelingen, weil dem detaillierte Untersuchungen und Erkenntnisse zu Grunde lagen. Der Band „Zur kleinbäuerlichen Struktur in Preußisch Litthauen (Reg.-Bezirk Gumbinnen)" liefert sie jetzt gesondert. Mit Beispielen aus Wittigshöfen / Ballupönen, Kroscheln und Serguhnen im Kirchspiel Tollmingkehmen in Ostpreußen wird die Mikrostruktur beschrieben und erläutert.

So entsteht ein Bild von einprägsamer Deutlichkeit von den äußeren Gegebenheiten, den als selbstverständlich empfundenen Lebensumständen und der Bewältigung des täglichen Lebens der Bevölkerung. Die tägliche Mühsal, die Entbehrungen und die daraus folgende Genügsamkeit sind Erkenntnisse, die sich dem Leser als Eindruck des kleinbäuerlichen Lebens vermitteln.

Solche Darstellungen können nur durch das Zusammentragen sehr vieler Daten und Fakten gelingen. Dazu hat eine Vielzahl namentlich genannter „Helfer" beigetragen. Von den fünf als Autoren ausgewiesenen Beteiligten sind Siglinde und Edgar Mildenberger wegen ihrer Kompetenz auf dem Gebiet des Drucks für die gefällige Gestaltung und Layout hervorzuheben, ohne dass damit die Beiträge der anderen geschmälert werden sollen.

Inhaltlich ist das Buch ein Gegenstück zu dem, was man gemeinhin über die Landwirtschaft in den früheren deutschen Ostgebieten liest. Nicht das Leben auf Gütern und von Großgrundbesitzern wird vorgeführt, sondern das ärmliche Dasein und der Existenzkampf kleiner Bauern und ihrer Familien. Mit den Schilderungen des Lebens auf Höfen mit 17 ha und einem Kleinbauernhof von 6 ha, heute beide nicht mehr wirtschaftlich tragbar, denkbar bestenfalls als Nebenerwerbsstellen, wird der Blick auf das flache Land gelenkt und damit auf die Situation von Bauern, die zwei Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche der Provinz bewirtschafteten. Die Beispiele sind typisch für das einfache Leben, die Mitwirkung aller Familienangehörigen, das Inventar und die Erträgnisse. So entsteht ein farbiges Bild von Land und Leuten, das man als Mosaiksteinchen eines Gesamt-Tableaus sehen kann.

Exakte Pläne, Originale und Kopien von Urkunden aller Art, die Auskunft über vertragliche Beziehungen geben, Zeugnisse – im Grunde alles, was man aufbewahrte als rechtliche und organisatorische Basis des Lebens, ist zusammen getragen, durch glückliche Umstände gerettet, überliefert und vermittelt ein plastisches Gesamtbild der ländlichen Lebenswelt.

Wer sich ein Bild von Preußisch Litthauen, dem östlichen Gebiet des Regierungsbezirks Gumbinnen zur litauischen Grenze machen will, sollte diese Veröffentlichung kennen. Die bereits erwähnte „Siedlungsgeschichte" bildet dabei das Gesamtgemälde, die jetzt vorgelegte Arbeit ist ein Blick durchs Brennglas auf einen Ausschnitt.

Eine Reihe farbiger Abbildungen ergänzt die Texte. Sie illustrieren die beschriebenen Gegebenheiten in ihrer Kargheit, aber auch landschaftlichen Schönheit. Der Band ist für viele Erinnerung, für andere kann es die Gewinnung von Kenntnissen über eine nicht mehr existierende Welt sein – eben Geschichte, die im Detail lebendig wird.

George Turner

W. Rothe, H. Keding, E.+S. Mildenberger, E. Salewski, Hrsg.: Prussia-Gesellschaft, Kreisgemeinschaft Ebenrode, Broschüre, 190 Seiten, Senkrecht-Luftfotos, zum Teil farbige Abbildungen, Selbstverlag, 20,90 Euro plus Versand. Bezug: W Rothe, Am Vierkotten 2, 45259 Essen, Telefon (0201) 463807.



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Gumbinnen

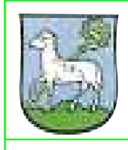
Berlin – Donnerstag, 12. Oktober, 13 Uhr, Restaurant „Mazedonia", Hans-Sachs-Straße 41, 12205 Berlin (direkt am S-Bahnhof Lichterfelde West). Auskunft erteilt Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681.

Jetzt erhältlich: Der neue Ostpreußenkalender für 2018

Ostpreußens einzigartige Schönheit hat schon immer bedeutende Maler angelockt. Die Künstlerkolonie in Nidden und die Königsberger Kunstakademie zeugen davon. Ausgewählte Werke solcher Maler, die sich von Ostpreußen faszinieren und inspirieren ließen, sind jährlich in den exklusiven Kalendern des Dortmunder Verlages „type art satz & grafik" zu sehen. Das gilt natürlich auch für 2018. Die farbenfrohen „Ostpreußische Spät-Expressionisten" sind diesmal das Thema. Der Kalender hat das Format: 50 x 35 Zentimeter und kann bis zum 30. September inklusive Versand zum Vorzugspreis von 21,50 Euro bestellt werden (später 22,60 Euro).

Zu erhalten ist der Kalender bei „type art satz & grafik", Südrandweg 15, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 5573780, Fax (0231) 55737820, E-Mail: info@typeart-dortmund.de.


Eines der Kalendermotive: Ernst Mollenhauers (1892–1963) „Blick auf Purwin" Bild: typeart



HEILSBERG

Kreisvertreter: Erwin Popien, Eichendorffstraße 30, 41564 Kaarst, Telefon (02131) 62403, E-Mail: erwiniptus@aol.com.

Kreistreffen

Sonnabend, 14. Oktober, Kolpinghaus Messehotel, Theodor-Hürth-Straße 2–4, 50679 **Köln**: Kreistreffen. Die Bewirtung ist frei. Fahrtkosten werden auf Antrag erstattet. Voranmeldung: Kreisgemeinschaft Heilsberg, Eichendorffstraße 30, 41564 Kaarst, oder Erwin Popien, Telefon (02131) 62403.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, E-Mail: info@insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Kreistagssitzung

Darmstadt – Sonnabend, 14. Oktober, 11.30 Uhr, Taverna Hella, Bahnhofstraße 17, 62491 Darmstadt-Wixhausen: Treffen.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Geschäftsst.: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

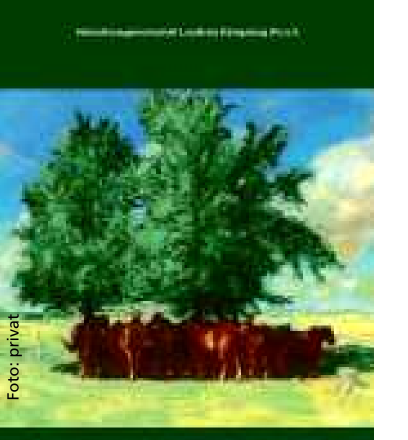
Kalender

Liebe Landsleute, liebe Freunde Ostpreußens,

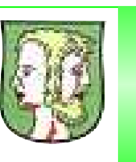
wir bieten Ihnen auch für das Jahr 2018 einen farbenprächtigen Kalender an, der die Schönheit unserer heimatlichen Landschaft und Kunst widerspiegelt. Aus der Vielfalt ostpreußischer Motive haben wir eine Auswahl von abwechslungsreichen Darstellungen getroffen. Sie sehen viele Abbildungen von Exponaten, die zu der heute im Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg befindlichen Stiftung Königsberg gehören beziehungsweise sich bereits im Bestand dieses Museums befanden. Den Herren Grimoni und Barfod danken wir für die freundliche Unterstützung und Bereitstellung des Bildmaterials. Ohne ihre Hilfe hätte ein solcher Kalender nicht gestaltet werden können.

Der Kalender (Format DIN A4) kann bestellt werden bei Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns bei unserer ehrenamtlichen Tätigkeit unterstützen und uns eine Spende für den Kalender zukommen lassen, die zumindest den Unkostenbeitrag von zwölf Euro deckt. Konto: Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg, IBAN: DE 96490501010064006885 BIC: WELADED1MIN.

Gisela Broschei, Kreisvertreterin, Carl Mückenberger, Stellvertretender Kreisvertreter



Der Kalender kann bei Gisela Broschei bestellt werden



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Hauptkreistreffen

Das diesjährige 63. Hauptkreistreffen in Hagen am 26. und 27. August stand unter dem Motto „70 Jahre Kreisgemeinschaft Lyck". Bedingt durch die rückläufigen Teilnehmerzahlen der letzten Jahre, fand das Treffen im „Kleinen Grünen Saal" der Stadthalle Hagen statt. Zu diesem kleinen Jubiläum reiste auch eine zwölfköpfige Gruppe der Deutschen Minderheit aus Lyck an. Turnusgemäß nutzte der Vorstand diese Zusammenkunft für die Durchführung der obligatorischen Kreisausschuss-Sitzung.

An der öffentlichen Kreistags-Sitzung, im Rathaus der Stadt Hagen, nahmen die angereisten beschlussfähigen Kreistagsmitglieder und zahlreiche Gäste teil. Nach der Begrüßung durch die Kreisvertreterin, Bärbel Wiesensee, folgte die Feststellung der Beschlussfähigkeit und Ernennung der Protokollführung. Mit einer Gedenkminute wurde an die verstorbenen Landsleute der Kreisgemeinschaft gedacht.

Pater Eduard Prawdzik wurde für seine langjährige Mitarbeit in der Kreisgemeinschaft mit dem Verdienstabzeichen und einer Urkunde der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Dadurch, dass der Inhalt der einzelnen Tätigkeitsberichte den Kreistagsmitgliedern schon bekannt war, ergaben sich nur wenige Fragen und Anmerkungen. Dem Kassenbericht 2016, dem Kassenprüfungsbericht sowie dem Haushaltsplan 2017 stimmten die anwesenden Kreistagsmitglieder einstimmig zu und erteilten dem Vorstand Entlastung.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Nach einer zweijährigen Überarbeitungsphase der neuen Satzung kam es zu einer Beschlussfassung über die 1. Änderungssatzung. Von den 19 Kreistagsmitgliedern waren 13 Personen anwesend, die Änderungssatzung wurde einstimmig angenommen. Den weiteren Verlauf zur Eintragung in das Vereinsregister durch einen Notar, übernimmt die Kreisvertreterin.

Zur bevorstehenden Wahl des Kreistages sind bislang 28 Vorschläge eingegangen. Desweiteren wurde die nächste Busreise nach Lyck vom 8. bis 18. Juni 2018 angekündigt. Das nächste Kreistreffen am 25. und 26. August 2018 findet erstmals in den Räumlichkeiten des „Hotel Mercure" statt, die Vorbereitungen dazu sind schon in der Planung.

Traditionsgemäß folgte am Nachmittag eine kleine Gedenkveranstaltung an den „Lycker Steinen" im Stadtgarten, die mit einem Trompetensolo zur Kranzniederlegung umrahmt wurde. Redebeiträge vom Bürgermeister der Stadt Hagen Hans-Dieter Fischer und Pater Eduard Prawdzik rundeten dieses kurze Innehalten zu Ehren aller Vertriebenen, die viel Leid und Elend ertragen mussten, ab.

Auch die Archivbesichtigung fand wieder bei den Teilnehmern reges Interesse. Bei dezenten musikalischen Klängen eines Alleinunterhalters klang der erste Tag mit zahlreichen Gesprächen in vertrauter Runde aus.

Die Feierstunde im Rahmen des Kreistreffens fand am Sonntag im Kleinen Grünen Saal der Stadthalle statt. Wie gewohnt übernahm freundlicherweise Peter Mook, vom Fachbereich des OB in Hagen, die Moderation und stellte die anwesenden Ehrengäste vor. Nach dem gemeinsamen Singen des Ostpreußenliedes begrüßte die Kreisvertreterin alle Festgäste sehr herzlich. Der Oberbürgermeister von Hagen Erik O. Schulz gratulierte der Kreisgemeinschaft in seinem Grußwort zum 70-jährigen Bestehen und bekundete seine Freude, Gast dieser Veranstaltung zu sein. Zwei Gesangsbeiträge des Ostdeutschen Heimatchores Hagen, unter der Leitung von Ingrid Struck, umrahmten würdevoll die Festansprache, die vom Kreisältesten und ehemalige Kreisvertreter Gerd Bandilla gehalten wurde. Als Leitfaden seines Vortrages wählte er die persönliche Geschichte seiner Familie und nahm Bezug auf die von ihm herausgegebene Festschrift „70 Jahre Kreisgemeinschaft Lyck".

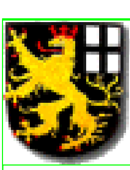
Die Kreisvertreterin verlas dann ein Grußwort vom BdV-Präsidenten Bernd Fabritius. Die Festveranstaltung klang mit dem Singen der dritten Strophe der Nationalhymne aus. Während eines einstündigen Zusammentreffens der Gruppe der Mittleren Generation wurden neue Interessenten begrüßt und über die bevorstehenden Termine und Vorhaben informiert. Das Gemeinschaftsgefühl wurde am Nachmittag mit angeregten Gesprächen, bei Kaffee und Kuchen, in fröhlicher Runde gepflegt.

Das Reiseunternehmen Scheer aus Wuppertal stellte die schon angekündigte Bus-Reise vom 8. bis 18. Juni 2018, über Kiel, Memel, Tilsit nach Lyck mit einem vorläufigen Programm, vor. Interessenten konnten sich im Foyer über Einzelheiten informieren. Aufmerksamkeit und Zuspruch erhielten auch wieder der Bücherstand, der Stand mit der Heimatkreiskartei sowie die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme zum Thema Familiengeschichtsforschung.

Zum Gelingen dieser Veranstaltung haben uns wieder einmal viele treue Helfer(innen) zur Seite gestanden. Ihnen gebührt unser aufrichtiger Dank.


Foto: privat

Lyck: Kreisältester Gerd Bandilla, Chorleiterin Ingrid Struck, Hagens Bürgermeister Hans-Dieter Fischer, Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee und Hagens Oberbürgermeister Erik O. .Schulz (v.l.)



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Jubiläum in Mohrungen

Der Verein der Deutschen Bevölkerung „Herder" in Mohrungen (Morag) feierte am 26. August sein 25-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass reisten von der Kreisgemeinschaft Vorstandsmitglieder und Heimatfreunde an. Der Festakt fand in der Herder-Aula im Herder-Gymnasium jetzt: Leon-Kruczkowski-Lyzeum, statt. Man dankte der Vorsitzenden Urszula Manka für die 25 Jahre für ihr Engagement mit Glückwünschen, Blumen und Geschenken. Für ihre langjährige Vereinsarbeit wurde Urszula Manka vom Sprecher der LO Stephan Grigat und Vizepräsidenten des Bundes der Vertriebenen mit der Goldenen Ehrennadel des BdV geehrt.

Gisela Harder als langjährige Betreuerin des Herder-Vereins, wurde von Urszula Manka ebenfalls geehrt. Es folgte ein hoch interessanter Vortrag von Prof. Fred Manthey über „Martin Luther und Johann Gottfried Herder." Ein Männerchor aus Königsberg trug zu der Unterhaltung bei. Dann wurden zirka 70 Teilnehmer zum Umtrunk und Köstlichkeiten geladen.

Nach den Feierlichkeiten trafen sich viele Besucher in den Mohrunger Stuben. Sehr erfreut war ich, dass Herr Grigat meiner Einladung folgte. Er war sehr überrascht und erfreut über die sehr gelungene Einrichtung mit vielen Exponaten, Dokumenten, Gemälden mit Heimatmotiven und Fotos. Die Heimatstube wurde von unserem Kreistagsmitglied Erwin Kornitzki weiter mit der Mohrunger Kreiskarte in der jetzt 22 Kirchspiele bebildert wurden, bereichert. Dazu sind alle Orte aufgezeichnet, die zu jedem Kirchspiel gehörten. Weiter wurde eine Aufzeichnung der Geschichte von Johann Gottfried Herder (von Geburt bis zum Tod) angebracht. Desweiteren eine Tafel mit den Gründungsdaten der einzelnen Ortschaften. Auch hier haben wir alle zusammen auf das zehnjährige Bestehen der Mohrunger Stuben angestoßen.

Es gab noch weiter Anlässe, an den wir teilgenommen haben und zwar: J. G. Herders Geburtstag mit Blumenniederlegung am Herder-Denkmal. Danach wurde im Herder-Museum des „Nacht mit Herder" gefeiert. Zum zehnjährigen Bestehen der Gedenkstätte „Lapidarium" in Liebstadt wurde mit Blumenniederlegung gedacht. Auch auf dem Schwesterngrab in Mohrungen wurden zum Gedenken Blumen niedergelegt.

Bruderhilfe

Für das Jahr 2017 wurden Bruderhilfegelder in den Mohrunger Stuben, Herder-Verein, Schwalgendorf und Umgebung an bedürftige deutschstämmige Landsleute ausgezahlt. Die Gespräche mit den Menschen waren sehr herzlich und sie waren über die finanzielle Unterstützung sehr dankbar. Es war, wie immer sehr beeindruckend, erlebnis- und arbeitsreich. Ganz besonders habe ich mich über das Interesse unseres Enkels gefreut, der Ostpreußen zum ersten Mal gesehen und kennengelernt hat. Er hat es in einigen Zeilen festgehalten.

Ingrid Tkacz
Kreisvertreterin

Zum ersten Mal in Mohrungen

Im August bin ich mit meinen Großeltern nach Ostpreußen geflogen, mit relativ niedrigen Erwartungen. Als sich meine Reise dem Ende näherte, musste ich feststellen, dass Ostpreußen moderner, größer und insgesamt schöner ist, als ich dachte. Sehr erfreut hat mich auch die maßlose Freundlichkeit der Polen im südlichen Ostpreußen. Ich rate jedem, sich ein eigenes Bild von der Gegend zu machen! Der kurze Aufenthalt, was ich dort sehen und erleben durfte, hat mich tief beeindruckt. Es ist ein schönes Land.

Mike Tkacz, 16 Jahre



Mohrungen: Ingrid Tkacz und ihr Enkel Mike gratulieren Urszula Manka Bild: privat



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Stellvertretender Vorsitzender: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau. Geschäftsführerin: Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Hauptkreistreffen

Über 400 Gäste konnte Bürgermeister Erich Leichner als Hausherr beim diesjährigen Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Ortelsburg im Kulturzentrum der Stadt Herne begrüßen. Aus allen Teilen Deutschlands und aus dem Ausland waren Menschen angereist, die sich der Kreisgemeinschaft Ortelsburg verbunden fühlen. Aus Ortelsburg war eine Gruppe von acht Personen aus dem dortigen „Kulturverein Heimat" angereist, in dem Mitglieder der deutschen Minderheit organisiert sind. Diese Gäste wurden von dem evangelischen Pfarrer Alfred Borski begleitet.

Vor 55 Jahren übernahm Wanne-Eickel die Patenschaft über die Kreisgemeinschaft Ortelsburg, die nach der kommunalen Zusammenlegung von Herne weitergeführt wurde. Die Ratsvertreter der verschiedenen Parteien sowie die EU-Abgeordnete Dr. Renate Sommer unterstrichen durch ihre Anwesenheit die immer noch bestehende Aktualität dieser Patenschaft.

Paul Ziemiak, neues Mitglied des Bundestages, der als Kind mit seinen Eltern aus Stettin in die Bundesrepublik übersiedelte, betonte in seinen Grußworten, wie wichtig die Rolle der Vertriebenen und Ihrer Nachkommen im Rahmen der Völkerverständigung ist. In seiner Festansprache ging Dr. Wolfgang Thüne als Vertreter des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen auf die Geschichte des ehemaligen Ostpreußens ein und brachte historische Zusammenhänge unter Einbeziehung der Gegenwart auf den Punkt, wobei er auch die aktuelle politische Situation einbezog. Vielen Anwesenden war Thüne vor allem als „Fernsehstar", als ehemaliger Wettermoderator des ZDF bekannt, was ihn für Autogrammjäger besonders attraktiv machte.

Der Kreisvorsitzende Dieter Chilla ging in seiner Rede auf die aktuelle Situation in Polen ein: „Auch wenn das politische Leben im Nachbarland heute mancherorts kühler erscheint als noch vor einigen Jahren, lassen wir uns als Mitglieder der Kreisgemeinschaft nicht davon abhalten, auch weiterhin aktiv Völkerverständigung zu betreiben. Vor allem die alten Menschen in Masuren sind dankbar für unsere materielle Unterstützung."

Dieter Chilla,
Kreisvertreter



Ortelsburg: Monika Krzenzek und Robert Arbatowski überreichen Dieter Chilla ein Gastgeschenk Bild: Privat



Tilsit-Stadt: Regenwetter trübte das Stadtfest. Die Kreisgemeinschaft wurde mit besonderer Wertschätzung behandelt Bild: Privat



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Beim Stadtfest

Leider wurde das Stadtfest in diesem September Opfer des Regens. Nur wenige Stände waren auf der Hohen Straße aufgebaut; auch litt die Zuschauerzahl unter den heftigen Regenschauern. Teil des offiziellen Programms des Stadtfestes war die Begrüßung der Partnerstädte durch die Stadt. Fast alle Partnerstädte Tilsits waren der Einladung gefolgt: Neben Städten aus dem südlichen und nördlichen Ostpreußen wie Heilsberg und Tauroggen, aus der Slowakei und Rumänien war auch Deutschland mit Kiel vertreten. Die Stadtgemeinschaft Tilsit ist bei diesem Empfang eine feste Größe und wird gleichrangig wie die anderen Partnerstädte Tilsits behandelt. Dies kann als Ausdruck einer besonderen Wertschätzung der Arbeit der Stadtvertretung im Sinne des gegenseitigen Verständnisses und der Partnerschaft gesehen werden

Alle Seiten »Heimatarbeit«
auch im Internet

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



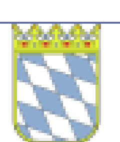
BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Dienstag, 24. Oktober, 15 Uhr, „Krauthof", Beihinger Straße 27: Stammtisch.

Reutlingen – Sonnabend, 7. Oktober, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a: Erntedankfest der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen Reutlingen. Beim Treffen nach langer Sommerpause mit Kaffee und Kuchen feiern wir unser Wiedersehen und laden alle Landsleute unserer verlorenen Heimat, Freunde und Gäste herzlich ein. Den Erntegabentisch werden wir mit den Früchten und Gemüse des Jahres 2017 nicht nur bestücken und präsentieren, sondern wir wollen für die reichliche Ernte danken. Mit kleinen Vorträgen und Gedichten schlagen unsere Gedanken eine Brücke zur fernen Heimat. Auch nach 72 Jahren Flucht und Vertreibung ist die Erinnerung, wie das Erntedankfest in unserer Heimat gefeiert wurde, hellwach. Eine Tombola wird wieder für Abwechslung, Spannung und Unterhaltung beitragen. Spenden für den Erntegabentisch und für die Tombola bitte bei Frau Ilse Hunger, Steinlachstraße 54, 72770 Reutlingen, abgeben. Bis zum Wiedersehen verbleibe ich mit dem herzlichen. *Ilse Hunger*

Stuttgart – Mittwoch, 11. Oktober, 18 Uhr, Haus der Heimat, Schloßstraße 92: Treffen der Frauengruppe. Dr. Mario Kandil aus Linnich spricht über den „Deutschen Bauernkrieg von 1524/1525". Der Referent ist freier Historiker und Publizist und beschäftigt sich in seinen Büchern und Aufsätzen vorwiegend mit dem Zeitalter der Glaubenskriege, der Ära der Französischen Revolution und Napoleons, der Epoche der Weltkriege und der Zeit des Kalten Kriegs. Es erwartet uns ein interessanter Vortrag mit anschließender Diskussion. Der Eintritt ist frei. – Mittwoch, 25. Oktober, 18.30 Uhr, Parkhotel Pforzheim, Salon Dachgarten: 142. Preußische Tafelrunde. Referent und Thema noch offen. Informationen erteilt Uta Lüttich, Telefon (0711) 854093.



BAYERN

Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www. low-bayern.de.

Ansbach – Sonntag, 8. Oktober, 14.30 Uhr, Orangerie, Grüner Saal: Tag der Heimat. – Mittwoch, 25. Oktober, 15 Uhr, Orangerie: Besuch der Vorstände der Deutschen Minderheit aus dem südlichen Ostpreußen. Einladung zu Kaffee, Kuchen und guten Gesprächen.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 19

Bamberg – Mittwoch, 18. Oktober, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Monatstreffen mit einem Vortrag über die Nachkriegsjahre in Ostpreußen.

Hof – Sonnabend 14. Oktober, 10.30 Uhr, Jugendzentrum Q. Hans-Böckler-Straße 4: Gedenkstunde zum Tag der Heimat.

Landshut – Dienstag, 17. Oktober, 14 Uhr, „Insel“: Treffen, Bericht über Agnes Miegel.

Weiden – Der Erste Vorsitzende Norbert Uschald konnte nach der Sommerpause wieder zahlreiche Mitglieder und Gäste zum Heimatnachmittag im Cafe Mitte begrüßen. Nach den Heimatliedern „Land der dunklen Wälder“ und „Westpreußen mein lieb Heimatland“ gratulierte die Schatzmeisterin Ingrid Uschald den Geburtstagskindern des Monats September. Der Vorsitzende berichtete im Anschluss daran von Obstanbaugebieten in Niederbayern und der bevorstehenden Ernte.

Zusammen mit seiner Gattin Anita brachte er danach einige Volkslieder zu Gehör. Ingrid Uschald trug mit einem Herbstgedicht zum Gelingen der Versammlung bei. Norbert Uschald erinnerte anschließend daran, wie es zur Gründung des Bundes der Vertriebenen als Dachorganisation aller Landsmannschaften kam und sprach auch die Charta der Heimatvertriebenen aus dem Jahre 1950 an. Uschald lud noch zum Tag der Heimat am 16. September in die Max-Reger-Halle ein.

Die Kreisgruppe der Landsmannschaft beteiligt sich auch in diesem Jahr wieder mit einem Wortbeitrag und Norbert Uschald wird wieder die Moderation übernehmen. Mit dem Lied „Kein schöner Land“ verabschiedeten sich die Mitglieder und Gäste bis zum 8. Oktober, um 14.30 zum Erntedankfest im Café Mitte.

Norbert Uschald, Vorsitzender

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

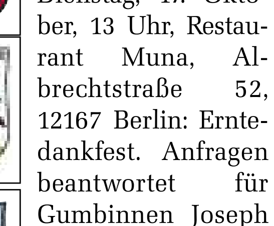


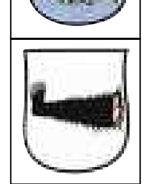
Rastenburg – Sonntag, 8. Oktober, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Erntedankfest. Anfragen beantwortet Martina Sontag, Telefon [033232] 188826.



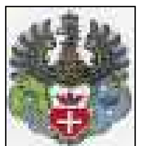
Frauengruppe – Mittwoch, 11. Oktober, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Erntedank. Anfragen beantwortet Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.







Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 17. Oktober, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Erntedankfest. Anfragen beantwortet für Gumbinnen Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg Andreas Maziul Telefon (030) 5429917, für Lötzen Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



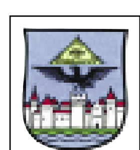
Königsberg – Freitag, 20. Oktober, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10: Erntedankfest mit Tombola. Anfragen beantwortet Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

Noch Plätze frei

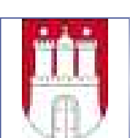
Kulturhistorisches Seminar

Vom 5. bis 8. November veranstaltet die Landsmannschaft Ostpreußen in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt ein Kulturhistorisches Seminar. Unter dem Thema „Ostpreußen und die Reformation – Martin Luther und seine Zeit“ werden unter anderem Vorträge über Luther und den Beginn der Reformation, die Einführung der Reformation im Preußenland durch Albrecht von Brandenburg, den Deutschen Bauernkrieg und das heutige evangelisch-lutherische Gemeindeleben im Königsberger Gebiet angeboten. Die Übernachtung im Zweibettzimmer mit Dusche, WC und Vollverpflegung kostet 150 Euro Einzelzimmer sind gegen Zuschlag erhältlich.

Die Anmeldeunterlagen können bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Hanna Frahm, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826. Fax (040) 41400819, E-Mail: frahm@Ostpreussen.de angefordert werden.



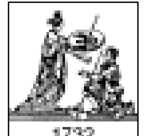
Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 21. Oktober, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee, 102, Anfragen beantwortet Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

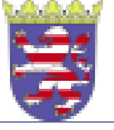
Landesgruppe – Sonnabend, 7. Oktober, 11 bis 17 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Historischer Heimatmarkt mit musikalischen Darbietungen. Anreise: Das Haus der Heimat liegt nahe der Haltestelle S1-, S3-Stadthausbrücke; U3-Rödingsmarkt, oder es ist mit den Buslinien 6 und 37 zu erreichen. Haltestelle: Michaeliskirche .



Salzburger Verein – Sonnabend, 7. Oktober, 13 Uhr, Hotel „St. Raphael“, Adenauerallee 41. Treffen. mit folgendem Programm:

1) „Der deutsche Dualismus – Wechsel der Vorherrschaft in Deutschland von Österreich zu Preußen“. Referent ist Dr. Manuel Ruoff, Redakteur für Geschichte/Preußen in der Preußischen Allgemeinen Zeitung.

2) Bericht über die Tagung des Weltbundes der Auslandsösterreicher in Salzburg im September. Referent ist Dr. Eckhard Schlemminger, Leiter der Landesgruppe Nord.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 7. Oktober, 14.30 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Grundstraße 10, Darmstadt – Kranichstein: Treffen. An diesem Tag wollen wir das Fest des Erntedankes feiern. Zu einem guten Gelingen wird die uns schon bekannte Musik-Gesangsgruppe aus Biebesheim-Dornheim mit ihren Vorträgen beitragen. Geburtstage und Eiserne Hochzeit sollen auch im Kreise der Landsmannschaft nachgefeiert werden.

Alle Landsleute und Gäste sind herzlich zu gesponsertem Kaffee und Kuchen eingeladen. Über eine rege Beteiligung an der Veranstaltung würden wir uns freuen. Allen Kranken wünschen wir eine gute Besserung und eine baldige Genesung.

– Bericht –

Unser erstes Treffen nach der Sommerpause, das unter dem Thema „Wer bin ich und wo komme ich her“ stand, war eine gut besuchte Veranstaltung.

Bevor der eigentliche Teil der Veranstaltung begann und die Leute alle recht frühzeitig da waren, nutzte man die Zeit zum ausgiebigen „Plachandern“ in der mit Kerzen und Blumen liebevoll gestalteten Umgebung.

Nach kurzen Begrüßungsworten durch Gerhard Schröder und Christian Keller, konnte Herr Turowski mit seinen geistigen Worten zum Nachdenken anregen. Hannelore Neumann trug das Gedicht „Der Herbst“ von Erich Kästner vor. Anni Oest beglückwünschte unsere Geburtstagskinder der letzten beiden Monate und trug ebenfalls ein Gedicht vor. Nach einer kurzen Pause startete Willi Posegga mit seinem Bericht über Herkunft und Verlauf der Flucht aus Ostpreußen und Eintreffen in Pfungstadt unser Programm.

Reinhard Kröhnert folgte mit seinem Bericht, einer ausführlichen geschichtlichen Information über das ostpreußische Memelland, die eines separaten Beitrages würdig gewesen wären, auch über seine einzelnen Lebensstationen und die Ankunft in Hessen. Sigurd Struwecker informierte uns über die Stationen seiner Flucht und die Gegebenheiten in seiner Heimatstadt Königsberg aus heutiger Sicht. Christian Keller, der zwar keine ostpreußischen Wurzeln aber eine sehr große Bindung zu den Ostpreußen hat (seine Ehefrau ist Ostpreußin mit Leib und Seele, eine Schwester war verheiratet mit einem Königsberger der älteste Bruder mit einem Waisenkind deren Schwester im heutigen Polen lebt) stellte in Bild, Text und Wort seinen Lebensweg vor.

Die Einladung zu Kaffee und Kuchen durch unser Geburtstagskind Gisela Wolf rundete einen gelungenen Nachmittag ab.

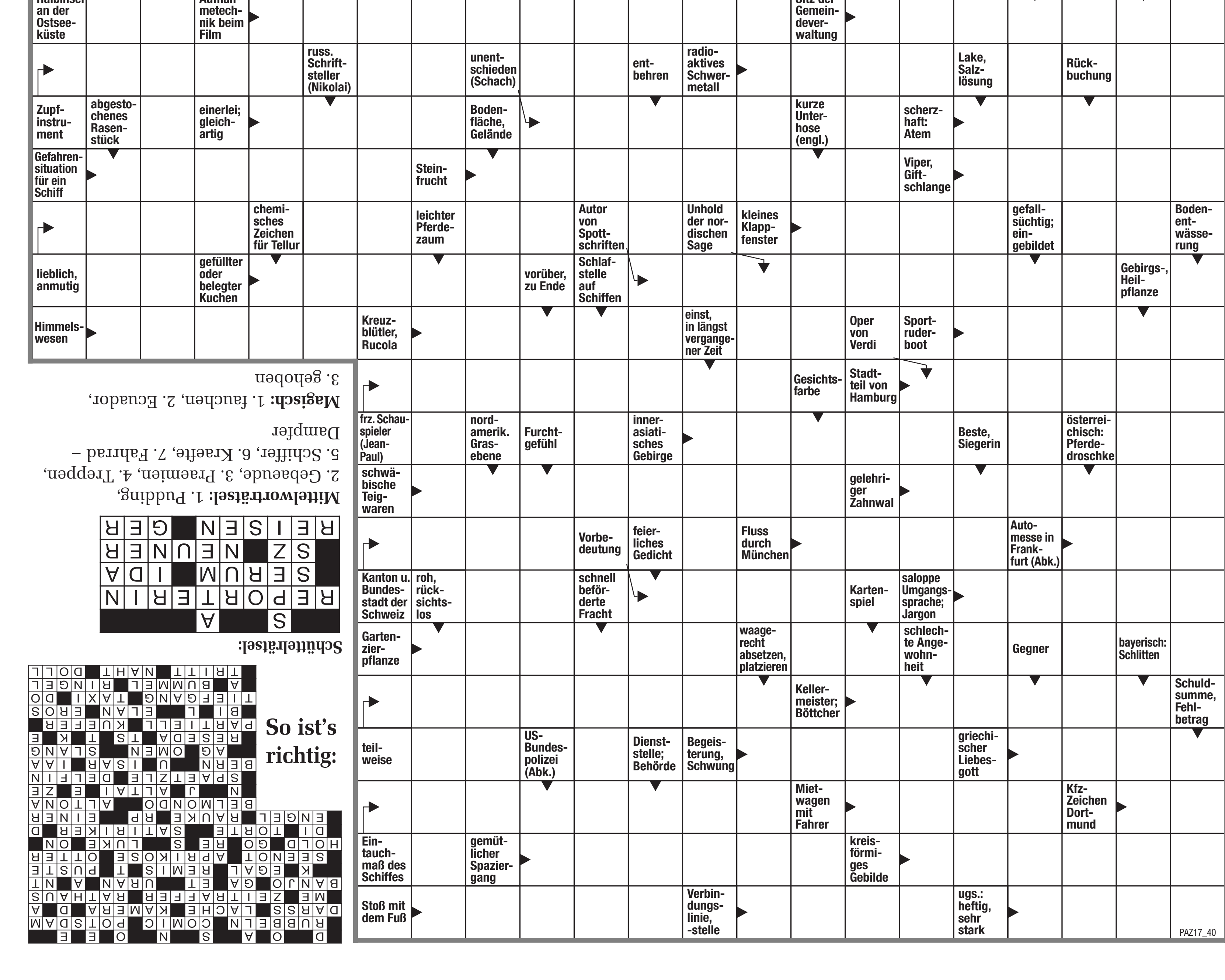
Kassel – Das Septembertreffen der Gruppe stand ganz im Zeichen eines Erinnerungsberichtes des stellvertretenden Landesvorsitzenden, Gerhard Schröder. Mit ihm aus Südhessen angereist war Hannelore Neumann, welche den Heimatnachmittag mit einem Herbstgedicht von Erich Kästner einstimmte.

Nach der Kaffeepause schilderte dann Gerhard Schröder unter dem Titel „Überlebt im Nachkriegschaos – zwischen Pobethen und Königsberg“ seine schicksalhaften Jahre als Hunger- und Waisenkind in Nordostpreußen. Die Zeit des Schreckens und des Leidens im Osten nach 1945 ist ja in unseren Kreisen weithin bekannt, gleichwohl ergriff es die 30 Zuhörer über die Maßen, was da aus berufenem Munde an Unfassbarem zur Sprache kam.

Ja so war es wirklich: Die vom Hunger geplagten Kinder, oft elternlos, suchten in den Kellern von Königsbergs Ruinen nach Essbarem. Sie sammelten genießbare Wildkräuter wie Löwenzahn, Melde und Brennnessel, kochten sie oder verzehrten sie roh. Manche Jungen, wie auch der Berichterstatter, kletterten im Frühjahr sogar auf Bäume, um mit jungen Knospen den knurrenden Magen etwas zu besänftigen.

Gerhard Schröder wies aber auch auf erlebte menschliche Größe hin. Zu ihnen gehörte ein katholischer Pfarrer, der Waisenkinder aufsammelte und dieselben mit Schwestern so gut es ging betreute. Vereinzelt zeigten auch Russen ein mitleidiges Herz. Manches Leben zerbrach, anderes hielt durch. Was der Vortragende nach der Ausweisung erlebte, war gleichermaßen denkwürdig, muss aber hier unerwähnt bleiben. Nach zurückhaltendem Applaus aus Betroffenheit und anschließender reger Diskussion endete ein Heimattreffen mit besonderem Tiefgang. *Gerhard Landau*

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

EEINO PRRRT | EESS | EIPSZ | ENRU | AEMNT | GINR | DEEI | ANRR | EMRSU | ADI | EEIN RS | EENN RU | EGR

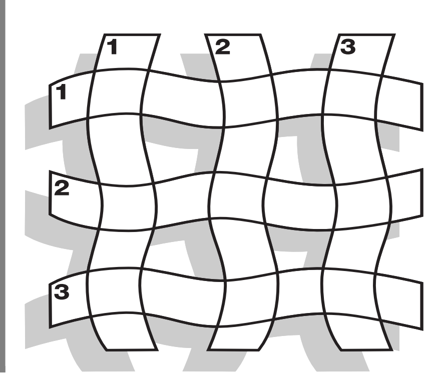
Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort eine Bezeichnung für einen Schiffstyp mit Kessel (Kurzwort).

1	SAHNE		FORM
2	BANK		TEIL
3	SIEG		SPAREN
4	HOLZ		STUFE
5	FLUSS		MUETZE
6	ZAUBER		MESSEN
7	KINDER		WEG

Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.



1 gereizt zischen (Tiere)
2 Staat in Südamerika
3 gepflegt, vornehm (Sprache)

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Wetzlar – Montag, 7. Oktober, 19 Uhr, Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: Erntedankfeier. Pfarrer Christian Silbernagel wird eine Andacht halten. Die Kulturbeauftragte der Landsmannschaft, Karla Weyland (Rauschenberg), hält einen Vortrag zum Thema „Manchmal seh‘ ich im Traum unser‘n alten Kruschkenbaum“. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 77055.

Wiesbaden – Dienstag, 10. Oktober, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Frauengruppe, Erntedank-Nachmittag. – Donnerstag, 12. Oktober, 12 Uhr, Gasthaus „Haus Waldlust“, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird Grützwurst. Es kann auch nach Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte unbedingt anmelden bis 6. Oktober bei Irmgard Stellen, Telefon (03611) 844938. ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.

– Bericht –

In einem bebilderten Vortrag sprach Dr. Bärbel Beutner über das „Wirken Luthers in Ostpreußen“ und zur Geschichte der Reformation im Ordensstaat, als dessen Hochmeister seit 1511 Markgraf Albrecht von Brandenburg amtierte. „Nach dem Thesenanschlag in Wittenberg 1517 war die Lehre Luthers nicht mehr aufzuhalten“, so die Referentin. Im Dom von Königsberg hatte bereits 1523 Bischof Polentz die erste evangelische Weihnachtspredigt gehalten. Ausgehend von Königsberg verbreitete sich die Reformation in alle Staaten des Ostseeraums.

Markgraf Albrecht, persönlich mit Luther und Melanchthon befreundet, bekannte sich am 6. Juli 1525 offen zur Reformation und verwandelte als späterer erster Herzog von Preußen den bisher wesentlich katholisch geprägten weltlichen Ordensstaat in das nunmehr evangelische Herzogtum Preußen. Beutner: „Luther hat entschieden zur Auflösung des Ordensstaates beigetragen und die Umwandlung vorangetrieben.“ Es wurde eine Kirchenordnung verabschiedet und die erste deutsche evangelisch-lutherische Landeskirche gegründet. Zwei Jahre später gab es die ersten beiden in Königsberg gedruckten Kirchenliederbücher, jedoch noch ohne Noten.

Die von Herzog Albrecht 1544 gegründete Königsberger Universität galt als Hochburg des Luthertums und bildete an ihrer theologischen Fakultät Pastoren aus, die in Deutsch, Litauisch und Polnisch predigten.

In den Folgejahren wurde Ostpreußen mehr und mehr zum Anziehungspunkt für verfolgte protestantische Gruppen in anderen Ländern. So fanden evangelische Salzburger, Hugenotten, Böhmische Brüder und Calvinisten in Ostpreußen eine neue Heimat und bauten ihre eigenen Gotteshäuser.

Die Familien Luthers und Melanchthons standen in vielfältigen Beziehungen zu Königsberg und dem Herzogtum Preußen. So sind in der Dorfkirche von Mühlhausen Luthers jüngste Tochter Margarete mit fünf ihrer Kinder in der Gruft vor dem Altar beigesetzt.

Beispielhaft zeigte Bärbel Beutner einige Bilder von Kirchen, die noch von reformatorischer Zeit zeugen. Darunter Gotteshäuser in Königsberg, Groß Legitten, Arnau, Heinrichswalde, Gumbinnen und Pobethen im Samland, wo Pfarrer Abel Will den Lutherschen Katechismus ins Altpreußische übertrug.

Mit ihrem Heimat- und Herkunftsort Heiligenwalde und der Dorfkirche, dem „Juwel am Pregel“, fühlt sich die Referentin als Vorsitzende des „Vereins zur Erhaltung der Kirche von Heiligenwalde“ besonders verbunden.

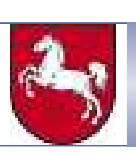


Wiesbaden: Bärbel Beutner mit Dieter Schetat Bild: Privat

„Luthers Persönlichkeit, seine Familienbeziehungen und natürlich besonders seine Lehre haben die Geschichte, die Geistesgeschichte und das gesamte Leben in Ostpreußen geprägt wie in kaum einer anderen Provinz Deutschlands und überhaupt Europas“, resümierte Beutner.

Die Referentin bereicherte ihren Vortrag mit Ausführungen zur Geschichte des deutschen Ordensstaates und zu den Ureinwohnern Preußens, den Prußen, die sich gegen die Christianisierung und gegen die Zerstörung ihrer Sitten gewehrt hatten, aber im 13. Jahrhundert der militärischen Übermacht des „Deutschen Ritterordens“ weichen mussten.

Dieter Schetat



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 12. Oktober, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen.

Osnabrück – Dienstag, 17. Oktober, 16.30 Uhr, Hotel Novum, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 20. Oktober, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 12. Oktober, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Monatstreffen mit Vortrag von Pfarrer Wolfram Wiemer „Martin Luther und die Reformation“. Neben den Mitgliedern sowie Angehörigen, Freunden und Bekannten sind auch interessierte Gäste aus Nah und Fern herzlich willkommen. Weitere Auskünfte gibt es beim Vorsitzenden der landsmannschaftlichen Gruppe, Joachim Rebuschat, unter Telefon (05751) 5386 oder über: rebuschat@web.de.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 12. Oktober, 15 Uhr, Geschäftsstelle, 2. Stock, Wilhelmstraße 1b: Erntedankfest. – Donnerstag, 19. Oktober, 15 Uhr, Geschäftsstelle, Wilhelmstraße 1b, 2. Stock: Heimatliteraturkreis.

Dortmund – Montag, 16. Oktober, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3 (Eingang Märkische Straße): Monatliche Zusammenkunft. – Montag, 18. September, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3 (Eingang Märkische Straße): Die LO-Kreisgruppe trifft sich zur monatlichen Zusammenkunft.

Düren – Am Heimatabend,wurden in einer feierlichen Runde zwölf langjährige Mitglieder geehrt. Anwesend waren: Brigitte Schüller-Kreuel (Geschäftsführerin der Landesgruppe NRW), Ursula Kluge (Vorsitzende vom Bund der Vertriebenen, Kreisgruppe Düren) und Gerda Wornowski (Vorsitzende der Landsmannschaft Ost- Westpreußen Kreisgruppe Düren). Die Ehrungen übernahm Wilhelm Kreuer, (Vorsitzender der Landesgruppe NRW),.

Für langjährige Mitgliedschaft in der Landsmannschaft Ost-Westpreußen wurden geehrt: Ernst und Gerda Wornowski (45 Jahre), Christine Graw (40 Jahre), Bertram Graw (40 Jahre), Ansgar Graw(40 Jahre), Gerold Graw (40 Jahre), Manfred und Roswitha Barsuhn (25 Jahre), Ruth Nötzel (25 Jahre), Hanni Zamzow (20 Jahre), Franz Grunwald (15 Jahre), Ulrich Porschke (15 Jahre). Christine Graw nahm die Urkunden für ihre Söhne entgegen.

Mit einem kleinem Imbiss, fröhlichen Vorträgen und Liedern klang der Heimatabend aus.

Düsseldorf – Sonnabend, 7. Oktober, 15 Uhr, GHH, Eichendorffsaal: Herbsttreffen der Memelländer. – Donnerstag, 19. Oktober, 19.30 Uhr, GHJH, Raum 412: Offenes Singen mit Marion Cals. – Sonnabend, 21. Oktober, 10 Uhr: Herbsttagung der LMO Landesgruppe NRW in Oberhausen.

Neuss – Sonntag, 29. Oktober, Einlass ab 10 Uhr, Beginn ab 11 Uhr, Marienhaus, Kapitelstraße 36: Feierlichkeiten 65 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Neuss.

– Bericht –

Neuss gedachte am Tag der Heimat, Sonnabend, 9. September, am Ostdeutschen Gedenkstein, der Opfer von Flucht und Vertreibung vor 73 Jahren. Der Ostdeutsche Gedenkstein und das Glockenspiel in der Oberstraße sind zu einem Neusser Mahnmal gegen den Krieg und für den Frieden geworden.

Die Kreisgemeinschaft der Vertriebenen und Flüchtlinge (Ostpreußen, Pommern, Schlesier, Sudetendeutschen und Deutschen aus Russland) (BdV) legte dort in stillem Gedenken an die Opfer von Flucht und Vertreibung einen Kranz nieder. Der Kreisvorsitzende, Peter Pott, hatte alle Aktivisten eingeladen, dabei zu sein. Viele waren seinem Ruf gefolgt.

In Zeiten, in denen die Armeen verstärkt und Milliarden in die Modernisierung von Waffenbeständen investiert werden, ist es besonders wichtig, an die Gräuel des Zweiten Weltkriegs und die Opfer von Flucht und Vertreibung vor 73 Jahren zu erinnern, zu mahnen und Lehren daraus zu ziehen.

In bewährter Form wurde die Veranstaltung um 15 Uhr im Marienhaus, Kapitelstraße 36, fortgesetzt. Ein Shuttle-Bus brachte die Teilnehmer vom Gedenkstein dorthin. Das Thema des Tags der Heimat lautete: 60 Jahre Einsatz für Menschenrechte, Heimat und Verständigung“. Im Mittelpunkt der Veranstaltung im Marienhaus stand der Vortrag von Ralf Hörsken, Beigeordneter für Jugend, Integration und Soziales der Stadt Neuss. Der Ablauf des Treffens war so organisiert, dass vor und zwischen den Darbietungen Musikvorträge der “Düsseltaler Musikanten” zu hören waren, zu denen die Heimatlieder der Ostpreußen, Schlesier, Pommern, Sudetendeutschen und der Deutschen aus Russland gesungen wurden, außerdem das Neusser Heimatlied und die Nationalhymne. Den Abschluss bildete ein gemütliches Beisammensein mit Kaffee und Kuchen, zu dem die Kreisgemeinschaft (BdV) einlud.

Viersen-Dülken – Sonnabend, 7. Oktober, 15 Uhr, „Dülkener Hof“, Lange Straße 54: Erntedankveranstaltung. Für das leibliche Wohl ist in bewährter Weise gesorgt. Der Unkostenbeitrag beträgt für Kaffee, Kuchen und Garantielos sieben Euro pro Person. Spenden für unsere Erntedankverlosung werden vom 2. bis 6. Oktober erbeten, An der Hees 15. Bitte bringen Sie Freunde und Bekannte mit.

Wesel – Sonnabend, 7. Oktober, 16 Uhr, Heimatstube: Erntedankfest. Für das leibliche Wohl ist gesorgt. Informationen erteilt Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657 oder M. Rohde, Telefon (03963) 4403.

Witten – Montag, 16. Oktober, 15 Uhr, Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6-10: Nördliches und südliches Ostpreußen im Urteil unserer Landsleute heute.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Sonnabend, 7. Oktober, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Erntedankfest. Gaben für den Erntedanktisch werden gern entgegengenommen. – Donnerstag, 19. Oktober, 15 Uhr, Treffpunkt vor Isis-Tempel, Römerpassage 1: Besuch des Isis-Tempels, ohne Führung, mit anschließender Einkehr.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 7. Oktober, 14 Uhr, Eschemuseum, Sachsenstraße 3: Erntedankfest. Der gemischt Chor aus Langenberg wird uns mit schönen Liedern erfreuen. Einige Schüler der Gerhard-Hauptmann-Oberschule bereiten schon eifrig ein kleines Programm für uns vor.

Zwickau – Am Sonnabend, 16. September waren wir eingeladen in die DRK Begegnungsstätte in Zwickau. Der Vorsitzende Kurt Klaus hatte es durch die *Preußische Allgemeine Zeitung* bekannt gemacht. Dieter Am Ende war als Referent aus Johanngeorgenstadt gekommen und hatte einen Reisebericht von seinen persönlichen Erlebnissen „Mit dem Fahrrad nach Ostpreußen“ für uns mitgebracht.

Zu Beginn wurden wir durch den Vorsitzenden Klaus recht herzlich begrüßt und sangen gemeinsam unser Ostpreußenlied. Der Vorsitzende berichtete über die geleistete Arbeit und gab wichtige Hinweise für die Zukunft. Die nächsten Termine für die Veranstaltungen wurden bekannt gegeben. Nach diesen Informationen und Beratungen folgte eine erholsame Pause. Bei Kaffee und selbstgebackenen köstlichen Kuchen wurde viel plachandert.

Nun übergab Herr Klaus dem Referenden Dieter Am Ende das Wort. Zu diesem Bericht seiner ganz persönlichen Erlebnisse hatte der Referent einen wunderbaren herzergreifenden Film mitgebracht. Es folgten viele Aufnahmen über schöne Städte und Dörfer sowie über besondere Persönlichkeiten wie Königin Luise, den Adel in Ostpreußen und „Ännchen von Tharau“, um nur einige zu nennen. Es war ein Spaziergang gemeinsam erlebt durch unsere Heimat. Alle Beiträge wurden mit heimatlichen Liedern unterstützt. Bei seiner Tour mit dem Fahrrad führte er viele Gespräche mit Bewohnern, vor allem mit Menschen, welche damals in der Heimat zurück geblieben sind. Bei seinen Ausführungen herrschte absolute Stille im Saal.

Dem Referenten Dieter Am Ende möchten wir unseren herzlichsten Dank aussprechen für diesen wunderbaren Vortrag, zumal er kein Ostpreuße ist, sich aber für die Geschichte und die wunderbare Landschaft interessiert und begeistert.

Allen, die mitgeholfen haben, diesen herrlichen Nachmittag auszugestalten, sagen wir ein herzliches Dankeschön.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

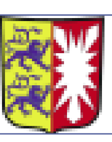


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Sonnabend, 20. Oktober, 12 Uhr, Wiesencafé „Breiteiche“: Erntedank mit Programm.

Magdeburg – Sonntag, 15. Oktober, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Erntedank. – Dienstag, 17. Oktober, 13 Uhr, Immermannstraße 19: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 13. Oktober, 16 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singkreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Burg – 10. Oktober, 15 Uhr, „Haus im Stadtpark“: „Erntedank - der Dank an Gott für die Ernte“. Unter diesem Motto feiert die Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen - Danzig“ mit dem ehemaligen Propst Matthias Wiechmann an das Erntedankfest. Gäste sind herzlich willkommen!

Flensburg – Mittwoch, 18. Oktober, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafé Flensburg: Kaffeetafel und Gespräche zum Thema „Meine Vorfahren stammen aus ...“.

Neumünster – Mittwoch, 11. Oktober, 15 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: Erntedankfest. Bereichert wird der Nachmittag durch die große Ausstellung: „Rund um die Kartoffel“ mit dem Museumsdirektor Achim Jabusch aus Hohenlokstedt. Gäste sind willkommen.

Pinneberg – Donnerstag, 12. Oktober, 12 Uhr, Restaurant „Mondea“, Mühlenstraße 70d: Preußische Tafelrunde mit Vortrag „Praktische Erfindungen von Frauen“ und gemeinsamen Essen.

Uetersen – Freitag, 13. Oktober, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueters End, Kirchenstraße 7: Preußische Tafelrunde, gemeinsam mit dem Verein zur Erhaltung ostdeutschen Kulturgutes und dem KvD.

Ein Trauerspiel

Zu: Späte Anerkennung für Wolfskinder (Nr. 34)

Die Ende 2015 vom Bundestag beschlossene Regelung ist sehr zu begrüßen. Zwar haben die *PAZ* und andere Vertriebenenzeitschriften sogleich und ausführlich darüber berichtet, nicht aber die Tageszeitungen.

Ich habe sogleich eine Antragsberechtigte benachrichtigt (sie erhielt genau zum 93. Geburtstag ihre Entschädigung), doch hätte sie ohne meine Nachricht gar nichts von der Einmalzahlung erfahren. Weiteren Überlebenden und Hochbetagten wird es ähnlich ergangen sein, sie waren also recht chancenlos.

Meine intensiven Bemühungen, zwei heimische Tageszeitungen zu einer redaktionellen Meldung zu bringen, scheiterten. Ich erhielt keinerlei Antwort. Ich muss annehmen, dass meine Bemühungen auch bei weiteren Tageszeitungen vergeblich gewesen wären. Die Vorgehensweise erfüllt „idealtypisch“ den Tatbestand der lückenhaften Berichterstattung beziehungsweise des völligen Verschweigens.

Es ist schon ein kleines Trauerspiel: Hochbetagten, krank und geschwächten sowie vom Schicksal schwer gezeichneten Menschen wird mit sozialer Kälte und Gleichgültigkeit begegnet, die doch sonst immer so verurteilt wird.

Bernhard Hartz, Salzhemmendorf

Schwedentrunk

Zu: Mitten hinein in die blauäugige Visage (Nr. 35)

Wenn Einwanderer die Deutschen verachten, kommt das nicht von ungefähr. Der angekränkelte Teil der Oberschicht im Land macht es ihnen vor. Insbesondere Vertreter von Politik und Medien geißeln sich voller Selbsthass, indem sie jede Äußerung von deutschem Volkstum beschimpfen, bekämpfen und in den Schmutz ziehen. Antifaschismus ist nur ein anderes Wort dafür.

Auch der sogenannte Kampf gegen rechts oder für die Politische Korrektheit sind nur verschiedene Namen des Schwedentrunks, den Fernsehen und Presse dem Volk tagtäglich eintrichtern. Das führt aber allseits zu Erbrechen.

Volker Wittmannn, Philippsburg

In Sachen Vertreibung geht Macht vor Recht

Zu: „Vertreibung ächten“ (Nr. 36)

Und was hat es (die Erinnerung an die Vertreibungen, d. Red.) genutzt? Nuscht: 60 Jahre abstrampeln für Menschenrechte, Heimat und Verständigung wäre das treffendere Motto. Den Weltführungsmächten USA, UdSSR/Russland und China gehen diese Attribute bis heute staatsmännisch am „Selbigen“ vorbei und in deren Fahrwasser ebenso Polen, Tschechien, Israel, Türkei, Ruanda, Kongo oder Kambodscha. Bedauerliches Ergebnis nach 60 Jahren: Macht geht vor Recht.

Und im Inneren der *B*iologischen *R*esterampe *D*eutschland? Da verarbeiten Herr de Maizière und seine Brüder und Schwestern im Geiste in stiller Eintracht das, was mal Einigkeit und Recht und Freiheit sein sollte, zu einem staatstragenden potemkinschen Dorf.

Die AfD als Heilsbringer gegen dieses potemkinsche Dorf? Mitnichten! Zurzeit ist die Partei für die Anführer dieser unserer Demokratie höchstens eine Bodenwelle auf der schneller werdenden Fahrt in den rechtlichen Abgrund. Aber unsere Hoffnung stirbt zuletzt, und so wollen wir also weiter daran arbeiten, dass dieses Totenglöckchen niemals das Ende der Hoffnung einläuten möge.

Klaus-Peter Steinwender, Kamputschen

Bild: Imago

Dieselwähler beim Tanken: Millionen von Autofahrern, die Dieselfahrzeuge besitzen, sind verunsichert. Bei den Bundestagswahlen könnten sie der Kanzlerin ihre Quittung präsentiert haben

Gut beobachtet

Zu: Die Siebengescheiten oder Neunmalklugen (Nr. 33)

Ein erschreckend wahrer Erfahrungsbericht, den Eva Herman geschrieben hat. Er deckt sich komplett mit meinen Erfahrungen in sämtlichen gesellschaftlichen Umfeldern, sei es Kirchengemeinde, Sportverein, Nachbarschaft, Freundeskreis und auch Familie.

Dabei handelt es sich um Menschen mit ansonsten normalem IQ, doch er scheint partiell außer Kraft zu treten durch ein Denken der Verdrängung nach dem Motto: Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Die Katastrophe besteht auch darin, dass die „Mahner“ und „Missionare“ einst dasselbe Schicksal erleiden werden wie die Verdränger.

Danke, dass die *PAZ* diesen Kommentar von Eva Herman veröffentlicht hat.

Marlies Veldung, Bad Schwartau

750 Millionen in die Augen gestreute Sandkörner

Zu: Diesel in der Diskussion (Nr. 33)

Dieselwähler? Das sind die Millionen Deutsche, die in ihrem Pkw einen Dieselmotor haben, zu einem großen Teil mit überholten Abgasnormen wie E3, E4, E5. Dieselwähler sind die Hunderttausende von Arbeitnehmern, die Diesel-Pkw herstellen oder Zubehör liefern. Dieselwähler sind die Aktionäre, die um ihre Dividende fürchten: Der Absatz von Diesel-Pkw bricht ein.

Die Dieselwähler sind mehr als verunsichert, sie sind verärgert, ja wütend: In mindestens 28 deutschen Städten werden die Grenzwerte für Stickoxide – zum Teil massiv – überschritten, und dies schon seit Jahren. In Stuttgart hat sich ein Gericht für ein komplettes Fahrverbot in der Innenstadt ausgesprochen, wenn die Luftverpestung durch Dieselabgase nicht umgehend gestoppt wird. Weitere Städte werden Niederlagen in Sachen Fahrverbot erleben. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) ist am Drücker.

Und was unternimmt die deutsche Bundeskanzlerin, unterstützt von CDU und SPD und dem Grünen Kretschmann in Baden-Württemberg? Sie sichert den Kommunen per sofort eine Milliarde Euro zu, 750 Millionen aus Steuergeldern, 250 Millionen sollen die Autohersteller – VW, Daimler und BMW – bezahlen.

Das Ziel dieses Milliardeneinsatzes ist klar definiert: Fahrverbote müssen mit allen Mitteln vermieden werden. Allerdings weiß eigentlich noch niemand, wozu diese Milliarde in den betroffenen Städten eingesetzt werden soll. Bundeskanzlerin Merkel spricht vom Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge (Marktanteil von elektrisch oder teilelektrisch betriebenen Fahrzeugen zirka zwei Prozent) und von der „Verkehrslenkung“. Grüne Wellen gibt es in der Schweiz seit gut 40 Jahren, sie sind aber nicht unproblematisch, wie eine Schlagzeile bewies: „Countdown-Ampel in Zürich ein Flop“.

Frau Merkel will die Milliarde auch für den öffentlichen Nahverkehr einsetzen. Das ist vernünftig, denn Deutschland ist im Vergleich zur Schweiz diesbezüglich unterentwickelt. Doch ein solcher Schritt beansprucht Jahre. So soll in Zürich der Anteil des öffentlichen Nahverkehrs innerhalb von zehn Jahren von 64 auf 74 Prozent erhöht werden. Dies ist das ehrgeizige Ziel der von den Stimmbürgern 2011 angenommenen zürcherischen Städteinitiative.

Deutsche Politiker haben in ihrer Verzweiflung davon gesprochen, dass in den Städten Luftreinigungsanlagen erstellt werden – gleichsam gigantische Kläranlagen. Diese 750 Millionen Euro, die aus dem laufenden Bundes-Haushalt „durch Priorisierung“ den Kommunen zur Verfügung gestellt werden, sind 750 Millionen Sandkörner, die den Deutschen ins Stimmauge gestreut werden – mehr nicht!

Denn erst nach den Wahlen, Ende Oktober, Anfang November, soll in einem weiteren Treffen beraten werden, was man mit diesem vielen Geld konkret tun will oder kann.

Die deutschen Diesel-Fahrzeuge aber werden nach wie vor viel zu viele Schadstoffe ausstoßen. Mit einem Software-Update ist es längst nicht getan, das sagen die Fachleute, und das wissen auch die verzweifelten Politiker: Fahrverbote machen uns – so denken die Berufspolitiker – arbeitslos.

Jürg Walter Meyer, Leimen

Lidl lenkt ein

Zu: Waren und Menschen gleich (Nr. 34)

Angesichts der unverschämten Eliminierung christlicher Kreuze auf den Verpackungen von Kühlprodukten (eigentliches Fotomotiv: Kirchen der griechischen Insel Santorin) habe ich mich beim Lidl-Konzern beschwert und postwendend immerhin folgende Antwort erhalten:

„Es tut uns leid, wenn wir mit der Produktgestaltung unserer Eigenmarke ‚Eridanous‘ für Unmut bei unseren Kunden gesorgt haben. Wir können bestätigen, dass wir das Produktdesign schnellstmöglich ändern werden. Es war nie und wird auch nie unsere Absicht sein, mit unseren Produkten oder der Produktgestaltung weltanschauliche Positionen zu vertreten. Wir verkaufen die sehr beliebte Eigenmarke ‚Eridanous‘ seit einigen Jahren in ganz Europa. In dieser Zeit sind verschiedene Gestaltungsvarianten zum Einsatz gekommen. Wir haben im Zuge der letzten Überarbeitung der Produktverpackung einen Fehler gemacht und behandeln das Thema nun mit höchster Priorität. Mit freundlichen Grüßen Ihr Lidl Kundenservice.“

Auch wenn ich dem anonymen Schreiber nur zum Teil glaube, so scheint sich ein Protest doch zu lohnen. Das deutsche Volk und vor allem auch die Christen lassen sich viel zu viel gefallen, es wird höchste Zeit, sich gegen die Dauerbevormundung in allen Lebenssituationen zu wehren. Dazu gehören nicht nur gezielte Beschwerden, sondern auch die Überlegung, wo man seine Einkäufe tätigt. Denn auch andere Lebensmittelketten schwimmen eifrig auf der Multikulti-Welle mit, wie man unschwer gegenwärtig auch an den Fotomodellen in den Aldi-Prospekten erkennen kann.

S. Becker, Bad Homburg

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Über die Wupper

Einst die größte Stahlbogenkonstruktion Deutschlands, heute ein begehrtes Ausflugsziel: die Müngstener Brücke

Kaiser Wilhelm I. machte sich rar, als vor 120 Jahren im Bergischen Land eine nach ihm benannte Brücke eingeweiht wurde. Heute heißt sie Müngstener Brücke und gilt als technisches Wunderwerk.

Die mit 107 Metern Höhe bis heute höchste Eisenbahnbrücke Deutschlands verbindet Solingen mit Remscheid. Die Müngstener Brücke gilt nicht nur als technisches Meisterwerk, sondern auch als Pionierleistung der Ingenieurskunst. Ihre Stahlbogenkonstruktion hatte die größte Spannweite zuzeiten des Deutschen Reiches. Die Brücke trug wesentlich zur wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung des im Bergischen Land liegenden Städtedreiecks Solingen – Wuppertal – Remscheid bei.

Dies ist mit in den geologischen Gegebenheiten vor Ort begründet. Wer vor dem Bau der Brücke von Solingen nach Remscheid fahren wollte, musste einen Umweg von 44 Kilometern hinnehmen, obwohl beide Städte nur acht Kilometer Luftlinie voneinander entfernt sind. Die Müngstener Brücke ist eine der ganz wenigen noch im Original erhaltenen Großbrücken in Deutschland aus der Phase der Zweiten Industriellen Revolution Ende des 19. Jahrhunderts. Erst sie ermöglichte es, beide Städte problemlos zu erreichen.

Für beide Städte war dies auch wirtschaftlich wichtig. Solingen war ein Zentrum der Schneidwarenindustrie, während die Werkzeug- und Maschinenproduktion in Remscheid vorherrschend war. Das Tal bei Müngsten war jahrhundertelang ein Zentrum der bergischen Kleineisenindustrie. Der Name des Ortes wird von den Historikern auf die Schwertschmiedefamilie Müngsten zurückgeführt. So war der Schwertschmied Peter Müngsten 1597 Bürgermeister von Solingen. Auch die Familien Hasenclever sowie Krupp von Bohlen und Halbach waren hier mit Produktionsstätten vertreten.

Im benachbarten Morsbachtal war die Nutzung der Wasserkraft noch vorherrschender. Im späten 17. Jahrhundert gab es hier schon 28 Hämmer und 20 Schleifkotten. Anfangs war die Region noch mit einer Eisenbahnstrecke nach Wuppertal-Ronsdorf angeschlossen. Die Strecke der Barmer Bergbahn wurde zwar 1902 gebaut, aber schon 50 Jahre später wieder stillgelegt. Die Müngstener Brücke verstärkte den Ausflugsverkehr, der zu einer weiteren Einnahmequelle wurde.

Die Brücke geht auf eine Initiative der Königlichen Eisenbahndirektion Elberfeld (heute zu Wuppertal gehörig) zurück. Ausgehend von deren Entwürfen ordnete das zuständige preußische Ministerium 1891 einen Wettbewerb an. Die Gutehoffnungshütte in Oberhausen stellte eine Gerüstbrücke als Möglichkeit vor, die Überquerung zu bauen. Eine Auslegerbrücke (Firma Harkort in Duisburg) und eine Bogenbrücke (Firma Maschinenbau-Aktiengesellschaft Nürnberg) kamen als Varianten hinzu. Die Nürnberger Vorläuferfirma von MAN erhielt den Zuschlag. Der eingespannte Bogen mit beidseitig anschließender Gerüstbrücke stellte sich als die kostengünstigste Variante heraus. Anton von Rieppel war federführend für den Brückenbau verantwortlich.

> Beim Bau des Wunderwerks starben sechs Arbeiter

„Die gesamte Stahlkonstruktion wurde nach den Berechnungen des Entwurfs vorgefertigt", heißt es seitens der Tourismusförderung Solingen, „im Gustavsburger Werk der MAN sind die zur Montage vorgesehenen Brückenteile ein erstes Mal zur Probe zusammengefügt worden, bevor sie für den Transport mit der Eisenbahn teilweise zerlegt wurden. Auf dem Solinger Bauplatz wurden die Brückenstücke dann erneut zusammengesetzt, von elektrischen Kränen in den wachsenden Bogen gehoben und mit Rückspannseilen gesichert." Die zur Befestigung benötigten Niete sollen vom Feuerplatz im Tal aus von Hand zu Hand nach oben bis zum Bestimmungsplatz geworfen worden sein.

Die Grunderwerbskosten beliefen sich damals auf exakt 1,6 Millionen Mark, die tatsächlichen Baukosten knapp 2,65 Millionen Mark. Beim Bau der 465 Meter langen Brücke, deren Stahlkonstruktion 4978 Tonnen und dessen Mauerwerk 25 000 Tonnen schwer ist, waren durchschnittlich 200 Arbeiter beschäftigt. Sechs von ihnen starben.

Am 22. März 1897 – dem 100. Geburtstag von Kaiser Wilhelm I, wurde dann die letzte Niete eingeschlagen – das Richtfest konnte gefeiert werden. Dem Zeitgeist entsprechend (es war schließlich Kaiserreich) hieß die Brücke in ihren Anfangstagen „Kaiser-Wilhelm-Brücke". Die Einweihung fand am 15. Juli 1897 mit rund 1000 Besuchern statt. Allerdings ohne den Kaiser. Der verpasste zwar Champagner, die besten Weine, Hummer, Rheinlachs und Diplomateneis, besichtigte die Brücke am 12. August 1899 aber doch noch.

Im Rahmen der Regionale 2006 wurde ein Park eröffnet. Seit dem Jahr 2012 gehört er zu der „Straße der Gartenkunst". Er liegt direkt unterhalb der Brücke. Im selben Jahr hat das Bergische Städtedreieck mit der DB Regio AG, der Eigentümerin des Bauwerks, einen Antrag zum Unesco-Weltkulturerbe gestellt.

Die Wupper ist an dieser Stelle etwa 60 Meter breit. Man kann sie mit einer Schwebefähre überqueren. Angetrieben wird sie durch Muskelkraft wie eine Fahrraddraisine. Diese bewegt sich auf zwei stark gespannten Seilen. Etwa zehn Personen, aber auch Fahrräder, Kinderwagen und Rollstühle können mitfahren.

„Die Müngstener Brücke und ihre Umgebung geben viele Rätsel auf. Einige sind auf stählerne Platten geschrieben. Wer die Lösungen finden möchte, muss sich auf die Suche machen. Zu jeder Frageplatte findet sich irgendwo im Park ein Zwilling. Sobald man ihn gefunden hat und sich mit beiden Beinen auf das Podest stellt, erklingt eine Stimme", werben die Solinger Touristiker.

Wer mit dem Zug über die Brücke fährt, fühlt sich dem Himmel ganz nahe. Der darunter liegende Park ist an den ÖPNV angeschlossen und mit Bus und Bahn gut zu erreichen. Bei sonnigem und warmem Wetter ist der Park durchaus familientauglich. Die Erwachsenen können Radwandern, Wandern und zu Kaffee und Kuchen einkehren, die Kinder herumtollen und spielen. Vom Niederrhein und aus dem Ruhrgebiet ist es nicht weit. Die Besucher strömen jedenfalls in Scharen von dort. *Andreas Rüdig*



465 Meter weit geht es über die Wupper: Die Müngstener Brücker, die bis 1918 Kaiser-Wilhelm-Brücke hieß, verbindet die Städte Solingen und Remscheid Bild: Rainer Knäpper, Free Art License

Der erste Amerikaner

Ein Hoch auf die Wikinger – USA feiern den Leif-Erikson-Tag

Seit 1964 ist am 9. Oktober in den Vereinigten Staaten von Amerika der „Leif Erikson Day" (Leif-Erikson-Tag). In der Einführung dieses kurios anmutenden gesetzlichen Feiertage sahen manche seinerzeit so etwas wie einen Trostpreis für den Wikinger Leif Erikson, der mutmaßlich als erster Europäer amerikanischen Boden betrat, trotzdem aber allgemein nicht als Entdecker der Neuen Welt anerkannt ist, seitdem Christoph Kolumbus nachweislich über den Atlantik gesegelt ist.

Als gesichert gilt, dass Leif Erikson und seine Begleiter um das Jahr 1000 mit den typischen Langschiffen der Wikinger den Atlantik überquerten und zuerst in Labrador, dann in Neufundland an Land gingen. Vermutlich waren sie in Grönland gestartet und fuhren in Richtung Westen – aus Abenteuerlust, 500 Jahre vor Kolumbus.

Der Termin des Leif-Erikson-Tags bezieht sich auf den 9. Oktober 1825. An diesem Tag erreichte das norwegische Schiff „Restaurationˮ mit 52 Immigranten aus Stavanger den Hafen von New York. Damit begann die organisierte Immigration aus Norwegen in die USA. Zum Gedenken an dieses Ereignis fand im Juni 1925 in Minnesota eine Feier statt, bei der US-Präsident Calvin Coolidge als Redner auftrat und die Forderung unterstützte, man solle sich von offizieller Seite auf Leif Erikson als Entdecker Amerikas verständigen. Das bedeutete Wasser auf die Mühlen einer Bürgerbewegung in den Bundesstaaten des Mittleren Westens, die sich genau dies zum Ziel gesetzt hatte.

Im Mittleren Westen hatten sich im 19. Jahrhundert viele skandinavischstämmige Immigranten niedergelassen. In den USA und weltweit blieb jedoch die Festlegung auf den 12. Oktober 1492 als Datum der Entdeckung Amerikas bestehen und damit auf den genuesischen Seefahrer Christoph Kolumbus als Entdecker des Doppelkontinents.

Leif Erikson wurde um 970 in Island geboren und starb um 1030 auf Grönland. Populär wurde die These, dass er und seine Begleiter als erste Europäer die Neue Welt erreicht hätten, durch das 1874 veröffentlichte Buch „America Not Discovered by Columbus" von Rasmus Bjørn Anderson (1846–1936). Aufgrund eigener Forschungen war der US-amerikanische Skandinavistik-Professor zur Auffassung gelangt, dass die Berichte über Leif Erikson und seine Seereisen, wie sie in den nordischen Sagas und einigen Geschichtsquellen überliefert sind, im Wesentlichen auf historischen Tatsachen beruhen. 1929 erreichte er, dass der Leif-Erikson-Tag im US-Bundesstaat Wisconsin als staatlicher Feiertag anerkannt wurde. Diesem Beispiel folgten bis 1956 fünf weitere Bundesstaaten.

1963 brachte der demokratische Kongressabgeordnete John Blatnik aus Duluth einen Gesetzesentwurf zur Abstimmung ein, wonach der Leif-Erikson-Tag im ganzen Land als staatlicher Feiertag eingeführt werden sollte. Ein Jahr später wurde der Entwurf im Kongress einstimmig angenommen. Seitdem proklamiert jeder Präsident der USA am 9. Oktober diesen Gedenktag und würdigt die Verdienste skandinavischstämmiger Amerikaner. *D. Jestrzemski*



Erikson-Statue vor der Hallgrimskirche in Reykjavik Bild: CF

Pause für Glücksvögel

Auf ihrem Zug nach Afrika machen Kraniche Rast in Brandenburg

Zehntausende Kraniche sind im Landeanflug auf das Bundesland Brandenburg. Dort machen sie in den kommenden Wochen Zwischenstopp auf ihrem Langstreckenflug von Osteuropa und Skandinavien nach Spanien, Frankreich und Nordafrika und tanken Kraft sowie Energie auf Stoppelfeldern und Gewässern.

Besonders reger Flugbetrieb herrscht jedes Jahr in Linum. Der kleine Ort nördlich von Berlin nahe der A24 Berlin-Hamburg gilt sogar als Drehkreuz der majestätischen Flieger und ist das größte binnenländische Rastgebiet in Mitteleuropa. Rund 70 000 der sogenannten Glücksvögel werden dort bis Anfang November anreisen. Im Herbst des vergangenen Jahres zählten Vogelkundler sogar um die 130 000 Kraniche. Kein Wunder, bietet doch das Vogelschutzgebiet Rhin-Havelluch mit seinen Teichen, Wiesen und Äckern ideale Bedingungen, sich für den Flug ins sonnige Winterquartier zu stärken.

Etwas beschaulicher, aber nicht weniger spektakulär geht es in der Prignitz, rund 150 Kilometer südöstlich von Hamburg, zu. Im Sommer klappern dort die Störche auf den Dächern, und kaum sind sie weg, nehmen Kraniche Kurs auf die Elbaue und das Rambower Moor, das 2014 von der Heinz-Sielmann-Stiftung unter 18 Moor-Landschaften zu Deutschlands schönstem Naturwunder gekürt wurde.

Auch eine sogenannte Bergbaufolgelandschaft hatte es dem Tierfilmer Heinz Sielmann angetan. Mit seiner Stiftung erwarb er im Jahr 2000 ein ehemaliges Tagebaurevier in der Nähe des Spreewaldes, um die Natur zu schützen. Denn die einstige Kohlengrube hat sich in ein wertvolles Areal aus Wäldern, Dünen, Seen und Sümpfen verwandelt. Und dass es dort schön ist, haben auch die Kraniche erkannt, die zu Tausenden in der Bergbaulandschaft Zwischenstopp machen. Vom Aussichtsturm am Natur-Erlebniszentrum ist der Vogelzug am besten zu beobachten.

Kranichpaar im Moor bei Finsterwalde Bild: tws

Beliebter Rastplatz der Langstreckensegler ist auch der Nationalpark Unteres Odertal an der deutsch-polnischen Grenze. Dort äsen die grauen Reisegesellschaften tagsüber überwiegend auf der deutschen Seite der Oder und fliegen zum Schlafen in die unzugänglichen Poldergewässer auf der östlichen Oderseite.

Wer das Flugspektakel sehen möchte, muss entweder früh aus den Federn, denn die grauen Großvögel sind Frühaufsteher, oder man schaut dem Fluggeschehen bei Anbruch der Dämmerung zu. Dann kommen die Vögel in Flugstaffeln mit lauten Trompetenrufen von den Stoppelfeldern zurück, wo sie sich die Bäuche mit Mais, Getreide, Würmern und Insekten vollgeschlagen haben, und landen auf ihren Schlafplätzen. Das sind meist flache Gewässer oder feuchte Wiesen, wo sie sich sicher fühlen.

In allen Regionen bieten Naturschutzeinrichtungen Führungen zu den Rastplätzen an. Der Nationalpark Unteres Odertal lädt noch bis zum 8. Oktober in Gartz nahe Schwedt zur Kranichbeobachtung ein. *Barbara Eising*

Weitere Informationen über Kraniche: www.kraniche.de

Alltagsleben im heutigen Iran

Nach dem vor zwei Jahren erreichten Nuklearabkommen mit dem Iran ist der schiitische Gottesstaat etwas aus den Schlagzeilen verschwunden. Gleichwohl ist das Interesse am Iran nach wie vor groß. Davon zeugen zwei jüngst erschienene Bücher, die auf ganz unterschiedliche Weise Politik und Gesellschaft dieses oft fremden, mitunter auch unheimlich anmutenden Landes zu erklären versuchen.

Während das in dieser Zeitung bereits vorgestellte Buch des Hamburger Nahostexperten Henner Fürtig (siehe Nr. 20/2017) in mehr politikwissenschaftlicher Art Geschichte und heutige Strukturen Irans aufzeigt, geht die Journalistin Charlotte Wiedemann einen anderen Weg.

In zahlreichen Begegnungen mit Frauen und Männern aus ganz unterschiedlichen Berufen und unterschiedlichem Bildungsniveau spiegelt Wiedemann am jeweiligen Einzelschicksal den Alltag der Menschen, der einerseits noch immer von den Vorgaben der führenden schiitischen Geistlichkeit bestimmt wird, sich aber andererseits immer größere Freiräume gegenüber engen religiös-ideologischen Bestimmungen erkämpft.

Das anschaulich geschriebene Buch nimmt den Leser durch die lebendigen Porträts der vorgestellten Menschen gleich für diese ein. Es sind Künstler, Regisseure und Schriftsteller, ferner einfache Angestellte, höhere Beamte, Wissenschaftler, auch zahlreiche Frauen, die sich nach oben gearbeitet haben. Fast alle hatten die Revolution von 1979 und den Machtantritt Khomeinis unterstützt.

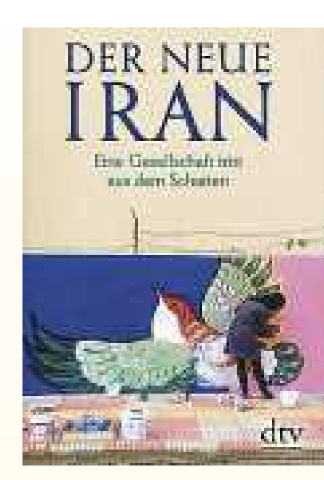
Zwiespalt dem Westen gegenüber

Heute ist bei vielen die damalige Begeisterung verflogen, zumindest ist Ernüchterung eingetreten, aber ein Zurück will niemand. Die Auflagen und Vorgaben der Geistlichkeit werden nolens volens akzeptiert, aber immer mehr gelingt es vielen Menschen, sich künstlerische, berufliche, ja überhaupt freiere Alltagsgewohnheiten zu erkämpfen, allerdings immer, das zeigt die Autorin sehr deutlich, stets unter dem „Damoklesschwert“, dass eben doch ab und zu die Obrigkeit rigoros mittels Berufsverboten, polizeilichen Vorladungen und oft auch harten Gefängnisstrafen ihren Vorschriften Geltung verschafft.

Die Menschen im Iran leben, so die Autorin, gegenüber dem Westen in einem Zwiespalt. „Achtet uns“ sei das immer wieder gehörte Verlangen, womit ein Minderwertigkeitsgefühl kompensiert wird. Andererseits fühlen sich die Menschen in diesem Vielvölkerstaat – nur gut die Hälfte der 80 Millionen Einwohner ist ja wirklich iranischen oder persischen Ursprungs – wegen ihrer jahrtausendealten Kultur den benachbarten Staaten überlegen und dem Westen zumindest ebenbürtig. 60 Prozent der Bevölkerung haben eine universitäre Bildung, und das ehrgeizige Ziel der Staatsführung, Iran bis Mitte der 2020er Jahre zur führenden Nation in Nahost und Zentralasien zu machen, lässt solche Prognose angesichts einer für uns fast unglaublichen Technikbegeisterung im Land keineswegs als Utopie erscheinen.

Das eigentliche Machtzentrum Irans, der aus 80 Geistlichen bestehende Expertenrat mit dem inzwischen hochbetagten Revolutionsführer Khamenei an der Spitze, bleibt im Buch recht unscharf. Hier hätte man sich eine genauere Darstellung der unterschiedlichen Positionen, soweit erkennbar, gewünscht, vielleicht auch, welche Spielräume Parlament und Regierung unter Präsident Hassan Rohani letztlich haben. Aber dafür entschädigt eben doch die plastische Darstellung des alltäglichen Lebens.

Wiedemann nennt es Lebenskunst, die sich die Menschen im heutigen Iran mit seinen formal strengen religiösen Bestimmungen und den mannigfachen, aber auch unsicheren Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens, notgedrungen zugelegt haben: „Es ist tatsächlich eine Kunst, im Iran zu leben. Und sie entzieht sich, wie alle Kunst, völliger Erklärbarkeit.“ *Dirk Klose*



***Charlotte Wiedemann: „Der neue Iran. Eine Gesellschaft tritt aus dem Schatten“**, dtv, München 2017, gebunden, 288 Seiten, 22 Euro*

Heimische Wale beobachten

Wer einmal einen Wal sehen möchte, muss gar nicht so weit reisen. Denn auch in unseren heimischen Meeren sind Wale zu Hause. Die kleinen Schweinswale leben in der Nord- und Ostsee. Wenn man zum Beispiel auf den Nordseeinseln auf das Wasser blickt, kann man sie hin und wieder auftauchen sehen. Das Buch „Der kleine Schweinswal und das Meer“ von Claudia H. M. Hangen entführt die kleinen Leser und Leserinnen in eine unbekannte Unterwasserwelt und lässt sie so liebevoll am Leben der Schweinswale teilhaben.

Erzählt wird davon, wie sich ein Schweinswalweibchen und Schweinswalmännchen kennenlernen und zehn Monate später ein Schweinswalbaby geboren wird. Wunderbare, ausdrucksstarke Bilder unterstreichen die Texte. Ganz nebenbei und eher unauffällig wird die Unterwasserwelt erklärt, welche Pflanzen hier nämlich auch noch gedeihen und welche Fische und Lebewesen sich sonst noch im Meer tummeln.

Der kleine Schweinswal wird nun ein Jahr lang begleitet. Und man staunt, dass ihn sein Weg sogar bis in einen norwegischen Fjord führt. Er begegnet Freunden, aber auch Feinden, bis er nach glücklichen Jahren im Norden wieder zurückkehrt ins Meeresgebiet von Sylt und sogar ins Hafenbecken von Hamburg. Schweinswale unterhalten sich durch Klicklaute. Der kleine Schweinswal ist nun ein ausgewachsenes Männchen geworden, das per Klicklaut eine Partnerin sucht.

Der Autorin ist gemeinsam mit der Illustratorin Alessa Dostal ein preiswürdiges Kinderbilderbuch gelungen, das auf jeder Seite die Liebe zu den Tieren deutlich macht. *Silvia Friedrich*

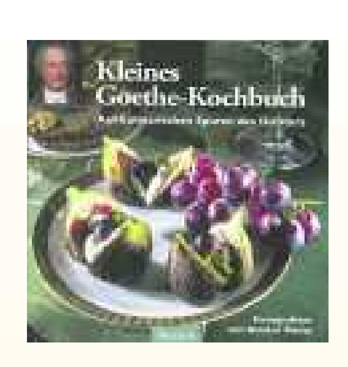


***Claudia H.M. Hangen/Alessa Dostal: „Der kleine Schweinswal und das Meer“**, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2017, gebunden, 40 Seiten, 12,95 Euro*

Was Goethe schmeckte

Johann Wolfgang von Goethe war nicht nur Feingeist, sondern auch Feinschmecker. Darüber geben die Briefwechsel mit Charlotte von Stein oder seiner Frau Christiane Auskunft. Gerade die Briefe der Eheleute geben Aufschluss über die Ess- und Trinkgewohnheiten des Haushalts von Goethe. War Goethe länger von zu Hause abwesend, schrieb er seiner Frau, dass sie ihm bestimmte Speisen an seinen jeweiligen Aufenthaltsort nachsenden möge. Auch Goethes Mutter schickte dem Sohn regelmäßig Frankfurter Spezialitäten wie Presskopf, Brenten oder Pfeffernüsse.

Eine Auswahl der Rezepte sind, versehen mit ansprechenden und appetitanregenden Fotos von Günter Pump und Originalzitaten von Goethe, im „Kleinen Goethe-Kochbuch“ zusammengestellt und auf heutige Essgewohnheiten angepasst, damit sie jeder nachkochen kann. Ein ideales Geschenk für jeden Kochbegeisterten. *MRK*



***„Kleines Goethe-Kochbuch. Auf den Spuren de Dichters. Fotografiert von Günter Pump“**, Husum Verlag, Husum 2017, gebunden, 96 Seiten, 9,95 Euro*

Autobiografie des Schöpfers der »Goldenen Bulle«

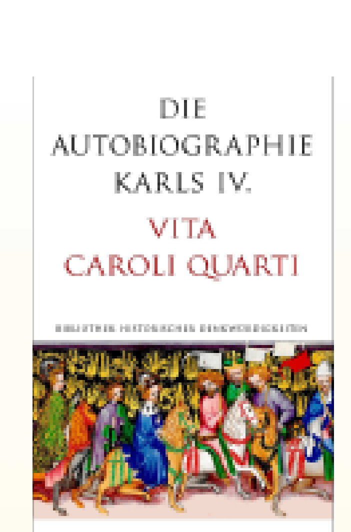
Im vergangenen Jahr wurde des 700. Geburtstags von Kaiser Karl IV. gedacht. Von Fachleuten als bedeutendster Herrscher des deutschen Spätmittelalters bezeichnet, schuf er in seiner 30-jährigen Regierungszeit eine Art erstes Grundgesetz „Die goldene Bulle“ für das Deutsche Reich, das bis zu dessen Ende 1806 Gültigkeit hatte. Die Nachwelt hat das Glück, dass dieser Kaiser als erster mittelalterlicher deutscher Herrscher seine Memoiren geschrieben hat. „Die Autobiografie Karls IV. Vita Caroli Quarti“ ist in der „Bibliothek Historischer Denkwürdigkeiten“ erschienen. Für jedermann nachlesbar zeigt hier ein Kaiser des ausgehenden Mittelalters, welche Dinge er für wichtig hielt. Er beschreibt seine prägenden Jahre bis 1350 und sein politisches Programm.

Wie mit diesem Vermächtnis umzugehen ist, erläutert der Herausgeber Wolfgang F. Stammler in seinem Vorwort über Karl als einen Kaiser, an dem sich über Jahrhunderte hinweg die Geister schieden. War er der würdelose Ränkeschmied, der unehrenhafte, eitle Geschäftemacher und nur an der Erweiterung seiner Hausmacht interessiert oder der wichtigste Herrscher seiner Zeit?

Eine vergleichende Betrachtung gleich zu Anfang gibt darüber Aufschluss. An der Tatsache, dass Karl IV. ein großer Europäer war, der die europäische Kultur auf eine neue Höhe geführt hat, ist nicht zu zweifeln. Dennoch ist für die Historiker seine Autobiografie ein Forschungsproblem. Und das nicht nur, weil man an keiner Stelle seiner Lebensbeschreibung erfährt, wann sie genau verfasst wurde. So bleibt den Historikern nur, aus dem Text Rückschlüsse zu ziehen.

Der sehr aufschlussreiche erste Teil des Buches ist als eine Art Leseanleitung und Erläuterung des sich im zweiten Teil anschließenden, historisch so bedeutenden Lebensberichtes zu sehen. Es ist eine Art Schatzkarte, die den Leser auf wichtige Dinge hinweist, Erklärungen liefert, um somit das folgende Dokument besser zu verstehen. Etwa in der Mitte des sehr kostbar ausgeschmückten Werkes beginnt die Selbstdarstellung eines Mannes aus dem Mittelalter. Natürlich auf Latein geschrieben und jeweils auf der rechten Seite übersetzt ins Deutsche. Der Historiker Eugen Hillenbrand zeichnet verantwortlich für die Einführung, Übersetzung und den sich anschließenden Kommentar.

Die Abbildung auf dem Umschlag ist aus drei Miniaturen der „Goldenen Bulle“ montiert und gibt einen Vorgeschmack auf den kostbaren Inhalt des Buches. Denn die Texte sind mit Abbildungen erlesener, themenbezogener Prachthandschriften durchsetzt. Ein wahrer Genuss fürs Auge und ein gelungenes Werk für Liebhaber historischer Themen. *S.F.*



***Wolfgang F. Stammler (Hg.): „Die Autobiographie Karls IV. Vita Caroli Quarti“**, Alcorde Verlag, Essen 2016, gebunden, 307 Seiten, 36 Euro*

Über die Lebensverhältnisse der »Salzburger« in Ostpreußen

Hatte George Turner, Universitätsprofessor und früherer Berliner Wissenschaftssenator, in seinem ersten Buch „Die Heimat nehmen wir mit“ den Schwerpunkt auf die Salzburger und seine Familie gelegt, die 1732 aus Glaubensgründen ihre Heimat verlassen musste, so konzentriert sich der Autor in seinem neuen Buch auf die Lebensverhältnisse der „Salzburger“ in Ostpreußen und deren mühsamen Versuch, den Zusammenhalt trotz des Auseinanderdriftens nach 1945 zu erhalten und zu fördern. Vieles ist von ihm zu summarisch, auch zu euphorisch behandelt worden.

Dies betrifft vor allem das Verhältnis zur ansässigen Bevölkerung. Friedrich Wilhelm I. hatte die Verwaltung im Jahr 1714 in zwei Kammern gegliedert, die Deutsche und die Litthauische mit den Ämtern Insterburg, Tilsit, Ragnit und Memel. Von den etwa 15 000 im Jahr 1732 angekommenen „Salzburgern“ wurden rund 12 000 in Gumbinnen angesiedelt. Obwohl der König die Domänenkammern angewiesen hatte, die Salzburger „soviel immer möglich ... unzertrennt anzusiedeln“, kam es zu keiner geschlossenen Ansiedlung.

Waren sie „bisher bei ihrem Zug von der Bevölkerung mit Freude und Hochachtung empfangen worden“, so wurden sie vor Ort „von den schon Ansässigen misstrauisch betrachtet“. Unterstützung erfuhren sie nicht, was sich in Krankheiten und vermehrten Todesfällen äußerte. Groß waren die „Mentalitäts- und Sprachprobleme“ zu den Ansässigen mit deutschen, litauischen, schweizer und französischen Wurzeln.

Aber auch ansonsten hatten die Salzburger schwere Zeiten zu überstehen: „Der Winter 1742 war besonders hart, dass die Obstbäume ruiniert waren; 1745 herrschte eine extreme Missernte; 1750 hat eine Viehseuche die Bestände bis auf zehn Prozent reduziert; 1755 herrschte so starker Frost, dass sogar Menschen erfroren; 1756 machte der Wassermangel sehr zu schaffen.“

Die Bauern erhielten grundsätzlich an Grundbesitz etwa so viel wie sie in der Heimat besessen hatten, dazu ein Wohnhaus mit den notwendigen Wirtschaftsgebäuden und Geräten. Den Salzburgern wurde durch „den Sozietätsvertrag vom 17. September 1736 eine gewisse Sonderstellung“ eingeräumt.

Nach dem „ersten Erschrecken über eine Umwelt, die sich von ihrer Heimat so grundsätzlich unterschied“, haben die Salzburger „rasch zu einem Gefühl der Landeszugehörigkeit gefunden, aber dennoch ihr Gruppenbewusstsein bewahrt“.

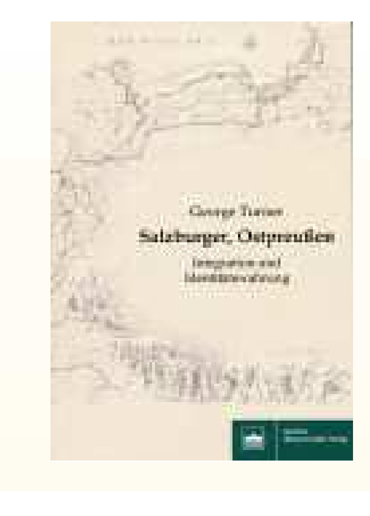
Die Salzburger waren gute Pferde- und Viehzüchter. Für den Ackerbau entwickelten sie eine ertragreiche Arbeitsweise und verstanden es, Butter und guten Käse herzustellen. „Preußisch-Litthauen war nicht nur die Kornkammer sondern auch das Kartoffelland Preußens.“ „Fleiß und Arbeitseifer waren bestimmende Faktoren des Lebens, wobei wirtschaftlicher Wohlstand in der protestantischen Ethik als gottgefällig“ verstanden wird.

Exulanten siedelten vor allem in Gumbinnen

Die Salzburger haben 1758 den Einmarsch der Russen, 1807 den Durchmarsch der Franzosen, den Weltkrieg 1914/18 und den Weltkrieg 1939/45 mitgemacht – bis zur Vertreibung. Besonders hat es die „selbstständigen Landwirte“ getroffen, bei denen „von der Politik die Hoffnung genährt“ wurde, „dass es ein Zurück gäbe“.

Diese Hoffnung war 1961 auch noch „bei über 50 Prozent der Vertriebenen vorhanden“. Als diese Hoffnung langsam zerbrach, reduzierte sich alles auf die Pflege des „Bewusstseins der Herkunft“.

Eines Tages wird Ostpreußen wie Elsass-Lothringen betrachtet: „Ich hab gehört, das soll mal deutsch gewesen sein“. Umso wichtiger ist es, dass „Oma und Opa“ mit diesem Buch den Enkeln und Urenkeln das Wissen um die Herkunft im „Land der dunklen Wälder“ weitergeben und ihnen die landschaftlichen Reize ihrer Heimat zeigen. *Wolfgang Thüne*

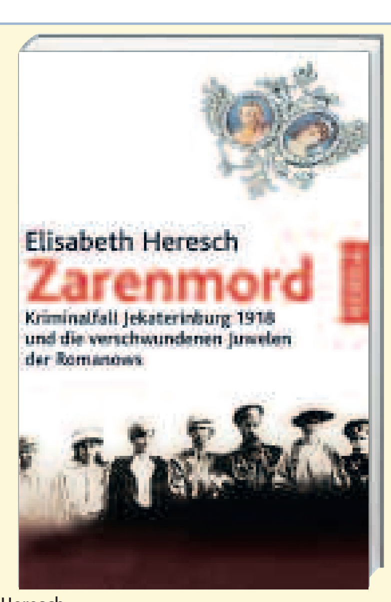


***George Turner: „Salzburger, Ostpreußen. Integration und Identitätswahrung“**, Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2017, gebunden, 128 Seiten, 14,96 Euro*



Zana Ramadani
Die verschleierte Gefahr
Die Macht der muslimischen Mütter und der Toleranzwahn der Deutschen

„Der Islam gehört nicht zu Deutschland", sagt Zana Ramadani. „Muslime gehören zu Deutschland – aber nur, wenn sie sich dieser Gesellschaft anpassen." Doch das kann nicht gelingen, solange die überkommenen Regeln einer vormodernen Religion auf die heutige westliche Welt angewendet werden und muslimische Mütter frauenfeindliche Werte an ihre Söhne und Töchter weitergeben. Ramadanis Forderung: „Wir sollten in Deutschland weniger über Islamkritik debattieren und mehr über die negativen Auswirkungen dieser Religion, einschließlich des Terrorismus." Die ehemalige Femen-Aktivistin, die mit aufsehenerregenden Frauenrechtsaktionen für Furore sorgte, ist heute CDU-Mitglied. Als Tochter einer muslimischen Einwandererfamilie nennt sie Dinge beim Namen, die sich sonst kaum jemand sagen traut: „Die muslimischen Frauen herrschen in der Familie. Ihre Töchter erziehen sie zu willenlosen Lemmingen, ihre Söhne zu verwöhnten Machos. 264 Seiten.
Nr. P A1184 Gebunden 18,90 €

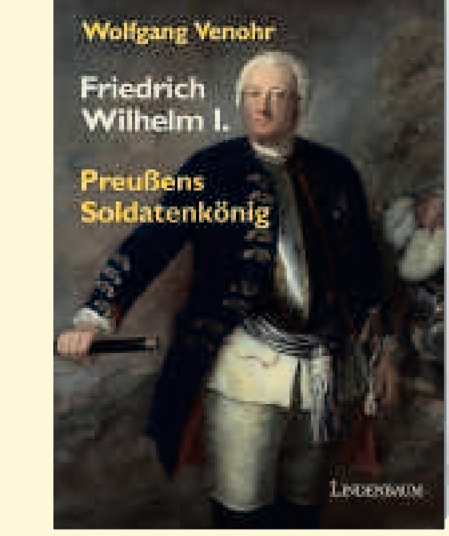


Elisabeth Heresch
Zarenmord
Kriminalfall Jekaterinburg 1918 und die verschwundenen Juwelen der Romanows

Beinahe ein Jahrhundert hat es gedauert, bis die letzten Rätsel um das Verbrechen an Zar Nikolaus II. und seiner Familie endgültig gelöst werden konnten. Die Russlandexpertin Dr. Elisabeth Heresch rollt den spannenden „Kriminalfall Jekaterinburg" in seiner Tragik und Reichweite noch einmal auf. Sie beschreibt die letzten Monate der Zarenfamilie unter Arrest in Tobolsk und Jekaterinburg, die zaghaften Rettungsversuche des deutschen Kaiserhauses, die Verweigerung des Exils durch das englische Königshaus – immerhin direkte Verwandte der Zarenfamilie – und die Bluttat selbst aus der Erinnerung der Mörder. Sie schildert die detektivische Suche nach ersten Indizien, Zeugenaussagen und Hinweisen auf die Grabstellen von 1918/19 und die abenteuerlichen Umstände der Funde von 1979/91 und 2007, die das perfide Versteckspiel der Mörder beendeten. Die Recherchen der Autorin legen dabei offen, wie brutal und skrupellos die „neuen" Machthaber des angeblich proletarischen Regimes aus einfachen, ehrlichen Menschen Informationen über den Verbleib der Zarenjuwelen herauspressten, um die Schmuckstücke für revolutionäre Propaganda zu Geld zu machen. 256 Seiten
Nr. P A1159 Gebunden 9,99 €

Wilma Deißner
Paul Gerhardt
Miniaturausgabe
(Format 6,2 cm x 9,5 cm)
128 Seiten/Gebunden
Nr. P A1049 5,00 €

Der in Gräfenhainichen geborene evangelisch-lutherische Theologe Paul Gerhardt (1607–1676) ist einer der bedeutendsten deutschsprachigen Kirchenlieddichter. Obwohl seine Werke vierhundert Jahre alt sind, sind sie lebendig wie nie: Seine Gedichte wurden nicht nur von Johann Sebastian Bach vertont, sondern sind auch zu Liedern geworden, die bis heute fester Bestandteil vieler katholischer und reformierter Gesangbücher sowie in viele Sprachen übersetzt worden sind. So hat seine Lyrik nicht nur alle Zeiten überdauert, sondern auch konfessionelle und sprachliche Schranken überwunden. Die schönsten Lieder und Gedichte Gerhardts sind in diesem kleinen Bändchen vereint mit einem einfühlsamen Porträt des berühmten Kirchenlieddichters.



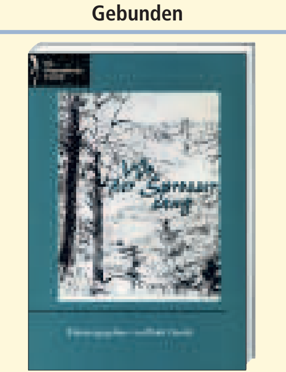
Friedrich Venohr
Friedrich Wilhelm I.
Preußens Soldatenkönig

König Friedrich Wilhelm I. – die Geschichtsschreibung stellte ihn bis heute zu Unrecht in den Schatten seines berühmten Sohnes, Friedrich des Großen. Seine älteste Tochter, Wilhelmine von Bayreuth, zeichnete in ihren Memoiren ein Zerrbild von ihm, das sich von Voltaire bis zu den Liberalen des 19. Jahrhunderts bis zur Verdammung steigern sollte. Nach Sichtung der zur Verfügung stehenden historischen Fakten rückt der Autor das Bild des „Soldatenkönigs", wie er auch genannt wurde, in ein neues Licht: Friedrich Wilhelm I. (1688–1740), der Despot, Berseker, Wüterich und Prügelfetischist, war andererseits ein Wohlfahrtsfanatiker, ein Finanz- und Ökonomiegenie, der erste Staatssozialist der Geschichte, ein „Revolutionär auf dem Thron". Der klügste, mutigste Verfechter der Menschenrechte, der Preußen zum Hort der Toleranz machte, schuf die Voraussetzungen für den Aufstieg Preußens zur europäischen Großmacht und – war der friedlichste König seines Jahrhunderts. Dr. Wolfgang Venohr präsentiert in dieser überarbeiteten Biographie des „Soldatenkönigs" das umfassende Lebensbild des „widersprüchlichsten, orginellsten und wohl verblüffendsten Herrschers der preußischen Geschichte". 366 Seiten
Nr. P A1158 Gebunden 24,80 €



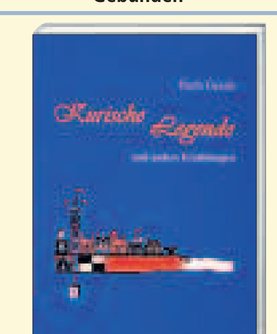
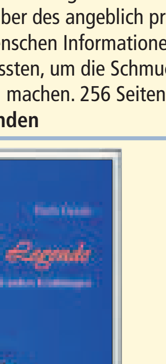
Hans Freiherr von Rosen
Grocholin
Die Geschichte eines deutschen Gutes in Posen

Die Geschichte des Gutes Grocholin führt uns nach Posen in das Gebiet zwischen Weichsel, Warthe und Netze, einer zwischen zwei Völkern umstrittenen Landschaft, in der Polen und Deutsche lange nebeneinander lebten. Hans Freiherr von Rosen, der letzte Eigentümer von Grocholin, beschreibt in diesem Werk die wechselvolle Geschichte seines Gutes, das 1836 durch Carl von Treskow-Friedrichsfelde erworben wurde und damit in den Besitz der Familie gelangte. Neben der Schilderung des Landlebens auf den östlichen Gütern, den alten Bräuchen und der Familiengeschichte ist dabei noch einiges mehr herausgekommen: Eine Dokumentation des Zusammenlebens zwischen Polen und Deutschen in den Jahrzehnten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Die letzten Kapitel des Buches, die die Flucht vor der Roten Armee nach Westen beschreiben, wurden von Eva Freifrau von Rosen, der Ehefrau von Hans Freiherr von Rosen geschrieben, die die Erlebnisse im Winter 1945 festgehalten hat. **Eine Leserstimme:** Was für ein kluger Mann, der hier die Zeit der Umbrüche in Posen beobachtet und treffend analysiert hat. 320 Seiten
Nr. P 533183 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €



Ruth Geede
Wo der Sprosser sang

Eine bunte Sammlung von berührenden Erzählungen, Erinnerungen und Gedichten der Ostpreußischen Familie, gesammelt und zusammengestellt von Ruth Geede, laden zum Träumen und Schmunzeln ein. Enthaltene Erzählungen: „Nidden", „Im Schulhaus von Kiaulkehmen", „Die Roggenmuhme", „Trakehner Blut", „Die Hochzeit auf dem Lande", „Zu Martini wird gezogen", „Mien Derpke" und viele mehr. 128 Seiten
Nr. P 1850 Kartoniert 10,50 €

Ruth Geede
Kurische Legende und andere Erzählungen

Einfühlsame Erzählungen von Ruth Geede, die die unberührte Schönheit des Landes mit See, Haff und Strom unter dem hellen nordischen Himmel in Erinnerung rufen und das harte, genügsame Leben seiner Bewohner beschreiben. Enthaltene Erzählungen: „Heimkehr im Herbst", „Die große Wassernot", „Hannas Kette", „Die Kornkinder", „Spiegelmarie" und viele mehr. 128 Seiten
Nr. P 9087 Kartoniert 10,50 €



Christopher Spatz
Nur der Himmel blieb derselbe
Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben

Eine der größten humanitären Katastrophen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs spielte sich von 1945 bis 1948 im nördlichen Ostpreußen, in Königsberg und der weiteren Umgebung, ab. Über 100.000 Menschen starben an Seuchen und Unterernährung. Die Übriggebliebenen waren oft Kinder. Ohne Eltern, ohne Familie, ohne ein Zuhause waren sie ganz auf sich gestellt. Manche landeten in sowjetischen Heimen, andere flohen auf eigene Faust nach Litauen, um ihr Leben zu retten. Von der Tragödie dieser Kinder nahm die Welt jahrzehntelang nahezu keine Notiz. Erst in den 1990er-Jahren wurde die Öffentlichkeit auf ihre Schicksale aufmerksam. Christopher Spatz rekonstruiert das Leben der damaligen Bettelkinder und lässt die Betroffenen selbst zu Wort kommen. In mehr als 50 lebensbiografischen Interviews erzählen die zwischen 1930 und 1942 Geborenen, wie sie das Unmögliche schafften und überlebten. Ihre Erinnerungen sind ein erschütterndes Dokument. Die Geschichte der ostpreußischen Hungerkinder bietet berührende Einblicke in ein uns heute fernes, doch so nahes Land. Es sind Blicke in die Seelen seiner letzten Kinder. 336 Seiten
Nr. P A1032 Kartoniert 16,95 €



Fahne Pommern
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9955 Fahne 12,50 €

Landsmannschaftsfahne Ostpreußen mit Elchschaufel-Wappen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9905 Fahne 12,50 €



Ostpreußenfahne mit Wappen Ostpreußen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9907 Fahne 12,50 €



Marjellchen
Schwarzer Johannisbeerlikör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5693 17,95 €



Moosbeere mit Wodka
Baltische Spezialität
20 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5685 17,95 €



Nalewka
Weichselkirchen-Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5684 17,95 €



Gumbinner Marillchen
Aprikosen-Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5686 17,95 €



Schit-Lot-Em
Pommerscher Magenlikör
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5689 21,45 €



Bärenjäger
Ostpreußischer Bärenfang
35 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5680 19,90 €



Breslauer Dom
Benediktiner Abtei-Likör
42 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5677 19,50 €

Wir verschicken Flaschen in absolut bruchsicherer Verpackung. Dieses kostenintesive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.



Kurenkaffee
Ostpreußischer Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5688 17,95 €



Meschkinnes
Der Ur-Bärenfang
50 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5692 21,45 €



Bärenblut
Honig und Holunder
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5694 21,45 €



Danziger Goldwasser
Danziger Liqueur
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5811 21,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Mahmoud L. hat nachgegeben

Berlin – Keine Dessous mehr in der Auslage des Modegeschäftes von Mahmoud L. Folge eines Überfalles vor vier Wochen: Mit den Worten, Reizwäsche neben Kopftüchern zu präsentieren sei Sünde, war eine vollverschleierte Muslimin in seinen Laden in Neukölln gestürmt und hatte die Verkäuferin gekratzt und geschlagen. Die Frau konnte festgenommen werden. Mahmoud L. beugte sich trotzdem dem Druck und dekorierte islamgerecht um. *FH*

AfD normal behandeln

Berlin – Im neuen Bundestag soll es auch in Bezug auf die AfD fair und sachlich zugehen. 63 Prozent der Deutschen wünschen sich, dass die nationalkonservativen Neuen genauso behandelt werden wie jede andere Fraktion auch Das ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Forsa. Besonders interessant: Die Anhänger aller im Bundestag vertretenenen Parteien waren innerhalb ihrer Gruppe mehrheitlich dieser Meinung, *FH*

ZUR PERSON

Unbequemer Nachtrag

Als meistgehasster deutscher Fußballverein gilt der Bundesligist Rasenballsport (RB) Leipzig. Viele Fans stören sich daran, dass dieser Parvenü der Liga völlig durchkommerzialisiert und Werbeträger für ein österreichisches Brauseunternehmen ist. Das Vereinskürzel RB steht auch für Red Bull, jenen Multikonzern, hinter dem der Milliardär **Dietrich Mateschitz** steht.

Der 73-jährige Unternehmer, Mäzen und Förderer von Extremsportarten könnte sich jetzt noch zusätzlichen Hass zuziehen. Denn er sponsert eine Rechercheplattform im Internet, die sich nicht mit Limonade oder Sport befasst, sondern mit Politik. In „addendum.org“ will man „das, was fehlt“, also das, was von den Leitmedien nicht abgebildet wird, suchen.

Gleich in der ersten Ausgabe ging man in die Vollen und hinterfragte das „Recht auf Asyl“, das sich durch die Hintertür etabliert habe. Um bloß nicht in Verdacht zu geraten, „populistisch“ zu sein, wird jedes Thema – wöchentlich wird ein neues kritisch unter die Lupe genommen – mit einem Faktenberg untermauert.



Bild: pa

„Ich bin jemand, der sich grundsätzlich jedem Meinungsdiktat widersetzt“, sagte Mateschitz. Als jemand, der sich klare Worte erlauben kann, rechnete er kürzlich mit der „Willkommenskultur“ ab. Er sei entsetzt, sagte er in einem Interview, über „das unverzeihliche Ausmaß der politischen Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen bei der Nichtbewältigung der Flüchtlingswelle oder, besser gesagt, der Auswanderungswelle“.

„Es scheint schon so“, fügte er hinzu, „dass sich niemand mehr die Wahrheit zu sagen traut, auch wenn jeder weiß, dass es die Wahrheit ist.“ Nun soll ihm „Addendum“ zum Ärger vieler politisch weichgespülter Politiker und Medienleute als werbefreies politisches Sprachrohr für seine Wahrheiten dienen. *H. Tews*



Aufbruch in die Moderne

Merkels Tentakel

Warum es die CDU nicht mehr gibt, wo sich Normalität wie Revolution anfühlt, und wie die Wahrheit über die AfD ans Licht findet / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Teuflisch süffisant grinsen kann er wie kein anderer. Als ihm die Fernsehtante am Donnerstag nach der Wahl das Gerücht zum Fraß vorwarf, dass die Liberalen bereits das Finanzministerium für sich reklamierten, griff Jürgen Trittin beherzt zu. Das sei eben die „alte FDP“: Die Verhandlungen über eine Jamaika-Koalition hätten noch gar nicht begonnen, da „gieren“ die schon nach Posten, kostete der Altgrüne unter seinem gefürchteten Raubtierlächeln die Nachricht aus.

Noch gar nicht begonnen? Vielleicht war Trittin nicht ganz auf dem Laufenden, oder hat er geflunkert? Einen Tag später jedenfalls reicht die „Rheinische Post“ ein Papierchen herum, nach dem Grüne und FDP bereits Gespräche führten und – aha! – sogar schon die gewünschten Ministerien unter sich aufgeteilt hätten.

Derweil plaudert Thomas Oppermann in die Kamera, dass es möglicherweise doch wieder zur Großen Koalition kommen könne. Ist das ehrlich gemeint? Kaum: Die Sozis haben es jetzt zum zweiten Mal erlebt, wie CDU-Chefin Merkel sie ausgesogen hat. 2009, nach der ersten Groko mit ihr, purzelte die SPD bereits auf ihr bis dahin schlechtestes Ergebnis seit den 30er Jahren, nun auf ein noch mieseres. Da verliert man irgendwann die Lust.

Deshalb postiert der Ex-SPD-Fraktionschef auch eine unerfüllbare Bedingung vor sein scheinbares Angebot: Merkel solle gehen. Die CDU ohne Merkel obendrauf? Unvorstellbar. Während Grüne und CSU rote Linien ziehen beim Begriff „Obergrenze“ und die FDP verkündet, sie lehne die französischen Zudringlichkeiten beim Geld „kategorisch“ ab, während also alle anderen Jamaikaner Profil zeigen, herrscht in der CDU nahezu völlige Stille. Ein ganz kleines bisschen Merkel-Kritik höchstens, aber bloß von erwartbarer Seite und – das ist entscheidend – ohne spürbaren Widerhall in der Partei.

Diese Stille, diese Blässe macht für alle erkennbar: Merkel hat es geschafft. Die CDU besteht nur noch aus ihr und einem ihr ganz persönlich verpflichteten Hofstaat, der Rest ist Staffage oder willfähriges Fußvolk. Mit wem also wollen die Sozialdemokraten koalieren? Mit einer CDU ohne die bisherige Chefin, wenn die CDU doch eh nur noch aus Merkel und ihren Tentakeln besteht? Geht schon rein physisch nicht.

Aus der Höhle des Kopffüßlers, dem Kanzleramt, tönt derweil die triste Botschaft, dass sich die Bildung einer neuen Regierung bis Anfang nächsten Jahres hinziehen könnte. Bei der vergangenen Groko habe man es so gerade eben bis Weihnachten hinbekommen, erinnert uns Kanzleramtsminister Peter Altmaier. Diesmal werde es aber möglicherweise noch komplizierter.

Wenn wir gerade dabei sind, den Blick gezwungenermaßen in die etwas fernere Zukunft zu lenken, gehen wir gleich noch einen Schritt weiter. Auch wenn die Nachricht wehtut, aber selbst Angela Merkel wird nicht ewig auf ihrem Stuhl sitzen bleiben können, sie wird schließlich nicht jünger.

> Wenn die Chefin eines Tages geht, bleibt nur noch eine FDP-kleine Zentrumspartei übrig

Was jedoch soll nach ihr aus der CDU werden, wo sie die Partei doch komplett vereinnahmt hat? Wie es derzeit aussieht, nimmt die Kanzlerin ihre Partei wohl im Wesentlichen mit in den Ruhestand. Nach Merkels Abgang zukken die Tentakel vielleicht noch ein wenig im Schlamm, um sich dann bestenfalls zu einer Neuauflage der alten Zentrumspartei zu verknoten, die sich FDP-klein zwischen den übrigen Fraktionen unter der Reichstagskuppel verliert.

In anderen europäischen Ländern erging es den einst so machtvollen Christdemokraten recht ähnlich, besonders brutal in Italien. Dies wäre die große Stunde der AfD als neuer freiheitlich-konservativer Volkspartei. Jeff Kornblum, der immer noch in Berlin wirkende einstige US-Botschafter in Deutschland, sieht die Bundesrepublik mit dem Einzug der Blauen in den Bundestag denn auch bloß auf dem Weg in die europäische Normalität, nicht mehr.

Allerdings bedeutet „Normalität“ in einem Land wie Deutschland fast so etwas wie eine Revolution. Und so fühlen sich die Vorgänge, deren Zeuge wir gerade sind, ja auch an. Um damit einigermaßen zurechtzukommen, muss man wohl einen neuen, weniger propagandaverhangenen Blick auf die junge Konkurrenz werfen.

Da tut sich offenbar auch was. Nach und nach scheint es den blamierten Experten zu dämmern, dass sie mit ihrem sorgsam aufgebauten Bild vom „typischen“ AfD-Wähler weitgehend danebenlagen. Bislang hieß es fast unisono: Abgehängte Modernisierungsverlierer seien das, ordinäre Nazis, Dummköpfe oder Leute mit „diffusen“ Ängsten und ausländerfeindlichem Weltbild.

Mit dieser simplen Verdammung im Kopf streiften sie in Scharen durchs Land und waren dann immer ganz verdattert, wenn sie beim Aufeinandertreffen mit AfD-Sympathisanten und -Politikern auf intelligente, gut ausgebildete und auskömmlich verdienende, umgänglich-zivilisierte Mittelschichtler trafen. Da galt es, den Nazi oder das Abgehängte aus diesen Typen herauszuquetschen. Wenn das partout nicht gelang, blieben nur noch zwei Erklärungen übrig: Entweder, der Betreffende sei nur ein vorgeschicktes Aushängeschild oder schlichtweg eine ganz seltene Ausnahme.

Mit diesen Erklärungen konnte man sich jeden Erkenntnisgewinn vom Halse halten und seine Ressentiments bis zur nächsten „Recherche“ über die Runden retten. Seit dem 24. September ist jedoch kaum noch zu bestreiten, dass die blauen Bösewichte „aus der Mitte der Gesellschaft“ stammen und nicht aus der Gosse nebenan. Nur deswegen konnten sie auch so stark werden.

Hätte man das nicht schon viel früher erkennen können? Das ist ja das Problem: Die Journalisten und Sozialwissenschaftler, von denen wir hier reden, haben sich seit Längerem selbst darauf dressiert, nicht mehr nach der Wahrheit zu suchen, sondern propagandistisch verwertbare Befunde zu stricken. Die haben sie dann, in pseudowissenschaftliches Kauderwelsch verpackt, als „Studie“ verkauft oder, im Falle der Journalisten, dergestalt aufbereitet, dass das Gewünschte fast wie Wahrheit aussah und von vielen sogar dafür gehalten wurde.

Tragischerweise glaubten die Macher ihren Machwerken irgendwann sogar selbst, weshalb sie die Fähigkeit eingebüßt haben, zwischen dem gebastelten Quatsch und der Wirklichkeit zu unterscheiden. Aber was soll's, für die Wahrheit ist es nie zu spät, und – wie eben erwähnt – die ersten Gegenwartsbeschauer tasten sich tatsächlich an sie heran. Das ist doch schon was!

Derweil wird so manchem Wahlverlierer erst nach und nach die volle Dimension der Katastrophe bewusst, die ihm widerfahren ist. Der CSU zum Beispiel, die sich bereits in den nächsten Schlamassel trudeln sieht und richtig Angst bekommt. Deren Vorsitzender Horst Seehofer hat derart viele Drehungen vollzogen, dass seiner Partei schließlich die Orientierung abhandenkam und zahlreichen Wählern schlecht wurde.

2015 machte Seehofer den harten Hund, drohte mit Klagen gegen Merkels Grenzöffnung, gar mit der Auflösung der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU und stellte knallige Ultimaten.

Geschehen ist dann nie etwas, doch immerhin hatten die Bayern mit Seehofers Gepolter das Etikett „rechter Flügel der Union“ und „Merkel-Kritiker“ für sich reserviert. Das aber riss Seehofer eigenhändig wieder ab, als er vor der Wahl volle Merkeltreue schwor. Nach der Wahl wollte er dagegen plötzlich wieder nach rechts, um dort eine „Flanke zu schließen“, um dann schon wieder mit den Grünen in Koalitionsverhandlungen treten zu wollen.

Die Schar derer, die da noch mitkamen, wurde schließlich immer kleiner. So mancher bayerische Wähler könnte spätestens bei der letzten Pirouette das Gleichgewicht verloren haben und bei den Landtagswahlen im Herbst 2018 ins blaue Lager kippen. Da dürfte es noch rumpelig werden bei der Bayern-Union.

MEINUNGEN

***Rainer Zitelmann** zweifelt auf „Tichys Einblick“ (26. September) an **Merkels Beteuerung**, sie habe aus der Asylflut von 2015 gelernt:*

„Das war alles geheuchelt ... Merkel hat ihre verfehlte Flüchtlingspolitik noch nie bereut. Die Einsicht war nur vorgetäuscht. Unverständlich ist, wie so viele Journalisten und Wähler darauf hereinfallen konnten.“

***Roger Köppel**, Chefredakteur der Schweizer „Weltwoche“, nennt in einem Videobeitrag (26. September) eine Vermutung, warum die etablierten Parteien mit **solcher Wucht gegen die AfD** vorgehen:*

„Der Versuch, die AfD dauernd in diese rechtsextreme Naziecke zu stellen, ist Ausdruck der Verzweiflung, und auch irgendwie der Ratlosigkeit der etablierten Parteien. Sie spüren, dass ihnen die Felle davonschwimmen, sie sehen auch, dass die AfD die richtigen Themenfelder besetzt, gerade auch mit der Flüchtlingspolitik. Aber in der Politik darf man nicht zugeben, dass der Gegner recht hat, und wenn man schon keine Argumente hat, dann muss man ihn persönlich anschwärzen, um die Wähler abzuschrecken.“

***Viola Schäd**, CDU-Gemeinderätin im sächsischen Gohrisch, erklärt im „Focus“, warum die AfD in ihrem Ort mit 41,9 Prozent triumphierte und die **CDU** auf 19,5 Prozent **abgestürzt** ist:*

„Kritische Stimmen wurden mundtot gemacht, man hat uns hingehalten. Die Entscheider haben einfach nur weiter gemütlich vor sich hingelebt und sich in diesem System eingerichtet, ohne sich hier um die Probleme zu kümmern. Das hat uns viel Glaubwürdigkeit gekostet.“

*„Cicero“-Reporterin **Sarah Stricker** zitiert am 26. September, was ihr eine **Israelin in Tel Aviv** auf die Frage geantwortet habe, ob sie der Aufstieg der rechten **AfD** in Deutschland nicht **beunruhige**:*

„Ach Kindchen, wir reden hier von einer Partei, deren Spitzenkandidatin lesbisch ist und mit einer Frau aus Sri Lanka zusammenlebt. Wenn das das Rechteste ist, was ihr zu bieten habt, bringt mich das erstmal nicht um den Schlaf.“

*Autor **Thilo Sarrazin** (SPD) erklärt in der „Luzerner Zeitung“ (30. September), warum die **AfD** weiteren **Zulauf** gerade aus dem Kreis der **einfachen Leute** erhalten werde, wenn sich die etablierte Politik nicht besinne:*

„Bald schon wird Deutschland jährlich 50 Milliarden für Flüchtlinge und ihren Familiennachzug ausgeben. Der kleine Mann weiß: Diese Gelder müssen irgendwo herkommen. Er hat Angst, dass das den Staat ärmer macht und dass das eines Tages auch ihn betreffen wird, weil sein Lebensstandard zumindest teilweise von staatlichen Leistungen abhängt. Dazu kommt die verstärkte Konkurrenz am unteren Ende des Arbeitsmarkts. Zudem sind die 1,5 Millionen Menschen, die seit 2015 zu uns kamen, zumeist Moslems. Sie sind oft schlecht ausgebildet und vor allem junge Männer um die 20. Im Berliner Jugendknast sind mittlerweile 80 Prozent der Essensausgaben halal, also moslemisch. Das sagt alles über die relative Kriminalitätsverteilung.“